

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 - C 21

- 01)** Beschlossene BVFG-Änderung ist insgesamt „deutliche Verbesserung“ der aktuellen Situation.
BdV hatte sich für weitergehende Lösungen eingesetzt
- 02)** Zentrale Schrift von Herbert Czaja liegt nun auf Polnisch vor
- 03)** Uljana Wolf mit Eichendorff-Literaturpreis ausgezeichnet
- 04)** Banater Brauchtummuseum erhält Kulturpreis 2023.
Ehrengaben für Ernst Schroeder und Jakob Fischer
- 05)** Historische Ostdeutsche Gedenktage 2022 und 2023

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften

Seiten C 22 – C 48

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 24 – C 31)

- 01)** Zu Gast in der Villa Oppenheim: Schriftstellerin Judith Schalansky
- 02)** 250. Kiezspaziergang: Auf den Spuren der religiösen Vielfalt in Wilmersdorf
- 03)** Gedenken an Mete Eksi 2023
- 04)** „Wilmersdorfer S- und U-Bahnhöfe“: Kalender 2024 des Heimatvereins erschienen
- 05)** Annäherung an Marta Feuchtwanger: Ein Gespräch mit Künstlerin Sonya Schönberger und Journalistin Marianne Heuwagen
- 06)** Kranzniederlegung am Volkstrauertag
- 07)** Neue Reihe: Die Bezirksverordneten-Vorsteherin lädt ein
- 08)** Commonwealth Remembrance Day: Bezirksstadtrat Arne Herz besucht Soldatenfriedhof an der Heerstraße
- 09)** Bezirksverordneten-Vorsteherin besucht Gedenkveranstaltung zum 9. November im jüdischen Gemeindehaus

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 32 - C 46)

- 01)** Demokratie Mitgestalten! Lesung und Gespräch mit Dr. Harry Waibel "Rechte Kontinuitäten" am 13.12.2023
- 02)** Enthüllung der Informationsstele „Der Filmpionier Karl Wolffsohn am Stölpchensee“ am 13.12.2023
- 03)** Workshop zur Entwicklung des Areals „Insulaner“ für Freizeit- und Tourismusnutzungen am 28. November erfolgreich abgeschlossen
- 04)** Einladung zum 17. RegioTalk „Tourismusjahr 2024 – Herausforderungen und Chancen in einer Zeit des Wandels“ des Regionalinkubators Berlin Südwest am 12.12.2023

- 05)** Amtsplausch – Folge 42 ist online! Die SPK stellt sich vor - Stärkung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements
- 06)** Der 16. RegioTalk des Regionalinkubators Südwest: „Räumliche Einzelhandelsentwicklung im Berliner Südwesten - Vorstellung des Zentrenkonzepts für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf“
- 07)** 150 Jahre Erwachsenenbildung in Steglitz und Zehlendorf - Einladung zur Publikations-Präsentation mit Vortrag am 6.12.2023 im Gutshaus Steglitz
- 08)** "Demokratie will gelebt werden!" - Jugendforum am 02. Dezember 2023
- 09)** Einladung zur Auftaktveranstaltung ISEK Zehlendorf-Mitte
- 10)** Nachschau: Benennungsfeier "Anna- und Hermann-Muthesius-Steig"
- 11)** Kranzniederlegung am 09.11.2023 an der Spiegelwand in Steglitz

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 47 – C 48)

- 01)** Feier zum Jüdischen Lichterfest im Rathaus Schöneberg
- 02)** Veröffentlichung des Fortbildungsprogramms für ehrenamtlich Engagierte in Tempelhof-Schöneberg
- 03)** „Breslauer-Blumen-Platz“ - Pflanzkübel-Rettung in Friedenau
- 04)** 60. Todestag: Bezirk Tempelhof-Schöneberg würdigt US-Präsident John F. Kennedy
- 05)** Veranstaltungsreihe „Starke Seiten – Starke Worte“
- 06)** Gedenken zum Volkstrauertag
- 07)** Gemeinsames Gedenken an die Reichspogromnacht vor 85 Jahren
- 08)** 18. Hanza Jazz Festiwal in polnischer Partnerstadt Köslin / poln. Koszalin

C. c) Berichte

Seiten C 49 – C 52

- 01)** Volkstrauertag Berlin 2023
- 02)** „Krieg und Vertreibung - Geißeln der Menschheit“. Tag der Heimat des BdV mit beachtenswerten Reden
- 03)** Dr. Bernd Fabritius bleibt Präsident des BdV. Neues Präsidium gewählt – Aufgabenspektrum bleibt breit
- 04)** Dr. Christoph Bergner mit der Ehrenplakette ausgezeichnet. „Leidenschaftlicher Einsatz für die Menschen- und Minderheitenrechte
- 05)** Änderung des Vertriebenengesetzes kommt endlich voran. Wichtige BdV-Forderungen enthalten
- 06)** Die Sehnsucht nach Heimat lässt niemanden los“. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen in Lettland Ilze Garda hielt die Festrede bei der zentralen Gedenkveranstaltung des hessischen BdV-Landesverbandes
- 07)** Thema: Haushalt, Härtefallfonds und Spätaussiedleraufnahme. BdV-Präsident im Austausch mit SPD-Abgeordneten

- 08)** Kulturstiftung verbindet: Europäisches Friedenskonzert.
Deutscher und ukrainischer Botschafter in Lettland danken für Unterstützung
- 09)** OMV-Bundesdelegiertentagung: Egon Primas mit 98,5 % bestätigt
- 10)** Situation der katholischen Kirche auf dem Westbalkan. Priestertreffen in Stuttgart-Hohenheim. Von Stefan P. Teppert
- 11)** Bedrängtes Christentum in Tschechien.
Diözesantagung der Ackermann-Gemeinde. Von Stefan P. Teppert
- 12)** Landestreffen das Ostpreußen, Schlesier und Pommern in NRW.
Politik, Geschichte und Kultur im Gerhart-Hauptmann-Haus
Von Bärbel Beutner

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen	Seite C 91
--	-------------------

- keine Berichte -

C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen	Seite C 92
--	-------------------

- keine Berichte -

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe	Seiten C 93 – C 100
---	----------------------------

- 01)** Viel Propaganda und wenig Hilfe – Vertriebene in der SBZ.
Vor 75 Jahren wurde in Sachsen die Aktion „Neue Heimat - neues Leben“ durchgeführt. Von Peter Bien
- 02)** Ein Stück Schlesien im Westen. Der Verein Haus Schlesien begeht sein 50-jähriges Jubiläum. Von Dieter Göllner
- 03)** Christa Sammler: Mädchen mit dem Apfel.
Wie die schlesische Bildhauerin Christa Sammler mit einer Skulptur berühmt wurde. Von Peter Pragal

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 - C 21

01) Beschlossene BVFG-Änderung ist insgesamt „deutliche Verbesserung“ der aktuellen Situation. BdV hatte sich für weitergehende Lösungen eingesetzt



Pressemitteilung

Beschlossene BVFG-Änderung ist insgesamt „deutliche Verbesserung“ der aktuellen Situation BdV hatte sich für weitergehende Lösungen eingesetzt

In der Nacht vom 16. auf den 17. November 2023 wurde im Deutschen Bundestag in 2./3. Lesung die lange angekündigte Änderung des Bundesvertriebengesetzes (BVFG) mit breiter Mehrheit verabschiedet. Dadurch soll im Bereich des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum zur früheren Aufnahmepraxis für Spätaussiedler zurückgekehrt werden können.

„Die Gesetzesänderung ist in der aktuellen Lage eine deutliche Verbesserung, auch wenn wir uns als Verband im Sinne der Betroffenen für weitergehende und vor allem klarere Formulierungen im Gesetz eingesetzt haben. Ausdrücklich danken möchte ich allen Mitstreitern in der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und den Selbstorganisationen der Deutschen in den betroffenen Ländern, in der CDU/CSU-Fraktion sowie in allen Fraktionen, die unsere Argumente mit offenen Ohren und Herzen aufgenommen haben“, erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius dazu.

„Die Anpassungen stellen nun endlich unmissverständlich klar, dass ein aktuelles Bekenntnis zum deutschen Volkstum Vorrang vor historischen Bekenntnissen zu einem nichtdeutschen Volkstum hat und dass ernsthafte Änderungsbemühungen zur Glaubhaftmachung ausreichen können. Es gilt nun, dies in eine wohlwollende Verwaltungspraxis zu übersetzen und an die Änderungsbemühungen keine allzu hohen Anforderungen zu stellen, zumal in vielen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine Änderung der Nationalität rechtlich nicht mehr möglich ist oder Änderungsbemühungen aufgrund der politischen Lage mit Gefahr für Leib und Leben verbunden sind“, so Fabritius weiter.

„Aus diesem Grund hatten wir uns von Beginn an – unterstützt von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – um einen Bezug zum im BVFG bereits etablierten Rechtsbegriff eines ‚Bekenntnisses auf andere Weise‘ ausgesprochen, um unbürokratisch zu regeln, dass auch hier etwa ausreichende Sprachkenntnisse als Bekenntnis zum deutschen Volkstum genügen. Dieser Argumentation ist die Regierungskoalition leider nicht gefolgt, obwohl auch eine Sachverständigen-Anhörung vor dem Innenausschuss entschieden dazu geraten hatte“, bedauert der BdV-Präsident und ergänzt: „Ein Erfolg ist jedoch, dass sämtliche mit der Begründung ‚Gegenbekenntnis‘ abgelehnte Anträge nunmehr wiederaufgenommen werden können.“

„Wertungswiderspruch“ soll durch Rechtsverordnung aufgelöst werden

„Zu begrüßen ist ebenfalls, dass die Ampelfraktionen ihren ursprünglichen Antrag um einen wichtigen Punkt erweitert haben: Wir haben stets betont, dass Angehörige der deutschen Minderheiten aus der Ukraine oder aus der Russischen Föderation, die aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine in die europäischen Nachbarländer, nach Deutschland oder weiter nach Westen geflüchtet sind, mit dieser Flucht

17. November 2023

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Hauptstadtvertretung:
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Pressestelle:
Telefon +49 (0) 228 81007-28/-26
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



nicht ihren Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten aufgeben. Genau das ist aber durch die deutsche Verwaltung bislang pauschal unterstellt worden, sobald die Fluchtdauer sechs Monate überstieg. Die Folge war für die Betroffenen, dass sie sich mit der Entscheidung konfrontiert sahen, sich in die Kriegs-, Diskriminierungs- oder Verfolgungssituation zurückzugeben, um von dort aus einen Antrag auf Aufnahme als Spätaussiedler zu stellen – oder diesen Anspruch für immer zu verlieren.

Nunmehr haben sowohl die Bundestagsfraktionen als auch das Bundesministerium des Innern und für Heimat sich unserer Überzeugung angeschlossen, dass dieser ‚Wertungswiderspruch‘ aufgelöst werden muss. Sie haben klar kommuniziert, dass das bisherige Vorgehen aus humanitären Gründen nicht zu vertreten ist. Mit der Gesetzesänderung soll das BMI daher jetzt per Rechtsverordnung festlegen können, für welche Länder eine Ausnahme von der genannten Frist besteht“, erklärt Fabritius.

„Jedoch“, so schränkt der BdV-Präsident ein, „hätten wir auch hier eine unbürokratischere Lösung bevorzugt. Hierzu hatten wir vorgeschlagen, dass für jeden potenziellen Spätaussiedler, der hier in Deutschland oder in den EU-Ländern vorübergehenden Schutz nach dem Aufenthaltsgesetz oder vergleichbarer EU-Richtlinien gefunden hat, automatisch die Vermutung eines fortbestehenden Wohnsitzes in den Aussiedlungsgebieten gilt. Außerdem wollten wir klarstellen, dass die Betroffenen auch vom Zufluchtsort aus das Aufnahmeverfahren betreiben können, sobald sie selbst entschieden haben, dass sie nicht mehr an ihren Wohnsitz zurückkehren können oder wollen.“

Da die jetzt gefundene Regelung über eine Rechtsverordnung hier sehr viel offenlässt, gilt es nun auch in diesem Fall, den Rahmen so zu setzen, dass er die Lebenswirklichkeit der Menschen aufnimmt und in die Entscheidungsfindung einbezieht. Keinesfalls darf es hier zu neuen Härten kommen. Dafür wird sich der BdV weiterhin einsetzen, auch im Spätaussiedlerbeirat beim BMI.“

02) Zentrale Schrift von Herbert Czaja liegt nun auf Polnisch vor

Zentrale Schrift von Herbert Czaja liegt nun auf Polnisch vor

Berlin. (dod) Im September 1953 wurde Dr. Herbert Czaja über die Landesliste Baden-Württemberg in den Deutschen Bundestag gewählt. 37 Jahre lang war er ununterbrochen Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion. 1983 und 1987 wurde er mit über 46 % der Erststimmen im Stuttgarter Wahlkreis Nord direkt gewählt. Nie zuvor war dieser Wahlkreis von der CDU bei Bundestagswahlen erobert worden. Herbert Czaja entfachte eine umfangreiche publizistische Tätigkeit, auch schon in der Zeit als Stuttgarter Stadtrat (1947-1953). Neben Beiträgen für Tages- und Wochenzeitungen sowie Sammelwerken veröffentlichte er zahlreiche Einzelschriften. In dem wegweisenden und vielbeachteten Taschenbuch „Ausgleich mit Osteuropa. Versuch einer europäischen Friedensordnung“ (Seewald-Verlag, Stuttgart 1969 u. 1979) legte er seine Vorstellungen von einer europäischen Friedensordnung dar, die auf einem europäischen Volksgruppenrecht gründet. Rückblick und Vermächtnis zugleich ist sein Buch „Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik“ (Knecht-Verlag, Frankfurt a. M. 1996), in dem Czaja nachdrücklich für die Aufnahme Polens in die NATO eintritt und als Gegenleistung den „Ausbau des Volksgruppenschutzes auch für Deutsche“ fordert (S. 913), samt dem Recht auf deutsche Schulen. Inzwischen hat Frau Dr. Evelyne Adenauer (geb. im oberschlesischen Groß-Strehlitz) den anspruchsvollen Text von „Ausgleich mit Osteuropa“ ins Polnische übersetzt. Vorläufig ist diese Übersetzung nachzulesen bei www.kulturstiftung.org/30782-2.

03) Uljana Wolf mit Eichendorff-Literaturpreis ausgezeichnet

Uljana Wolf mit Eichendorff-Literaturpreis ausgezeichnet

Wangen. (dod) Am 15. Oktober 2023 fand die Verleihung des Eichendorff-Literaturpreises an Uljana Wolf statt. Der Preis wird vom Wangener Kreises „Gesellschaft für Literatur und Kunst des Ostens“ e. V. und von der Stiftung Kulturwerk Schlesien finanziert. Die Autorin wurde durch die Jury des Wangener Kreises ausgewählt und für ihre Lyrik geehrt. Die Laudatio auf Uljana Wolf hielt die ebenfalls bereits vielfach ausgezeichnete Lyrikerin Dagmara Kraus. Die beiden Autorinnen sind sich nicht nur auf sprachschöpfender Ebene nah, sondern geben ihre Bücher im gleichen Verlag, dem Hause kookbooks, der Verlegerin und Autorin Daniela Seel heraus. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Ministerialdirigent a. D. Paul Hansel, übergab den Preis, der mit 5.000 € dotiert ist. Aus der Begründung der Jury: „Uljana Wolfs literarisches Schaffen eröffnet [...] Räume des Transliterarischen, die uns ermöglichen, Dinge neu zu sehen. In ihren Arbeiten deutet und verhandelt sie Phänomene des Lebens zwischen den Sprachen. Zugleich mit Witz wie literaturhistorischem Wissen ausgestattet, weist ihr Werk der zeitgenössischen Lyrik einen relevanten Stellenwert zu, gibt so dem lyrischen Sprechen eine neue Dignität.“



04) Banater Brauchtummuseum erhält Kulturpreis 2023. Ehrengaben für Ernst Schroeder und Jakob Fischer

KULTUR

DOD 5 | 2023

Banater Brauchtummuseum erhält Kulturpreis 2023

Ehrengaben für Ernst Schroeder und Jakob Fischer

Auch in diesem Jahr wurden bei der Zentralveranstaltung zum „Tag der Heimat“ der BdV-Kulturpreis und die zugehörigen Ehrengaben überreicht. Zum elften Mal würdigte der Vertriebenenverband damit herausragende künstlerische, literarische oder wissenschaftliche Beiträge zu Themen der Vertriebenen und Spätaussiedler, der deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa oder für solche aus dem Bereich der Brauchtumspflege. Der Kulturpreis, besteht aus dem Hauptpreis, der mit 2.000 Euro dotiert ist, sowie bis zu zwei Ehrengaben mit einer Ausreichung von jeweils 500 Euro. Die Preise werden von einer fünfköpfigen Jury vergeben, von denen zwei Mitglieder durch das für die Heimatvertriebenen jeweils zuständige Staatsministerium und drei Mitglieder vom BdV-Landesvorstand berufen werden.

Der Kulturpreis 2023 wurde gemeinsam von der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, Landrätin Tamara Bischof und dem BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer an das Brauchtums- und Trachtenpuppenmuseum im Heimathaus der Banater Schwaben Würzburg verliehen. Bei der Überreichung der Ehrengabe an Jakob Fischer assistierte der Vertriebenenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Kaltenhauser, bei der Ausreichung an Ernst Schroeder die CSU-Abgeordnete Barbara Becker. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus den Laudationes auf die Preisträger, die von Landesschatzmeister Paul Hansel, Landesgeschäftsführerin Stefanie Sander-Sawatzki und Landesvorsitzendem Christian Knauer gehalten wurden.

Brauchtums- und Trachtenpuppenmuseum

Der diesjährige BdV-Kulturpreisträger zeichnet sich durch eine generationenübergreifende Pflege der ostdeutschen Kultur aus. Seine Einrichtung begeistert ihre Besucher nicht nur aus den Reihen der eigenen Landsleute, sondern auch aus ganz Franken und darüber hinaus. Sie ermöglicht einen umfassenden Blick auf die Volkskultur, aber auch auf die Geschichte und die wirtschaftliche Leistung der Banater Schwaben.

Das tägliche Leben im Banat vor der Vertreibung bzw. der weitgehenden Übersiedlung seiner deutschen Bevölkerung nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft im Jahr 1989 wird durch Inszenierungen mit echten Möbeln und Gegenständen sowie Schaufensterpuppen nachgestellt. So ist beispielsweise eine Bauernküche mit Vorrats-



Strahlende Gesichter bei der Verleihung des Kulturpreises 2023 des BdV-Bayern: die Preisträger umrahmt von Ehrengästen.

kammer und eine „gute Stube“ mit originalen Möbeln, Hausrat und Textilien zu sehen. Geehrt wurde nicht nur das Museum, sondern vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um Betreuerin Katharina Haidt, ohne deren ehrenamtlichen Einsatz Errichtung und Betrieb des Museums nicht möglich wären.

Jakob Fischer

Ob als stellvertretender Theaterdirektor des Deutschen Schauspieltheaters Temirtau/Alma-Ata, als Projektleiter der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ oder Entertainer und Hüter des russlanddeutschen Liedgutes, stets hat Jakob Fischer einen erfolgreichen Beitrag geleistet, die bundesdeutsche Öffentlichkeit über die Geschichte und Kultur der Deutschen in und aus der ehemaligen Sowjetunion zu informieren. Dabei ging es ihm stets darum, die Akzeptanz der Spätaussiedler in der deutschen Gesellschaft zu verbessern und Vorurteile abzubauen.

Ernst Schroeder

Mit der zweiten Ehrengabe wurden die besonderen Leistungen des Preisträgers im langjährigen ehrenamtlichen Engagement bei der Pflege und Darstellung des pommerschen Kulturguts gewürdigt. Mit bewundernswertem Eifer und großem Engagement hat Ernst Schroeder Kulturschätze seiner Heimatregion und einschlägige Literatur zusammengetragen und für deren sinnvolle Nachnutzung gesorgt. Zudem ist es ihm gelungen, durch seine in die Zukunft gerichtete „BrückenbauArbeit“ in seine Heimatstadt Kolberg, gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt, deutsches Kulturgut vor Ort zu sichern und wertvolle Sammlungsstücke aus Deutschland im Foyer des Hotels „New Skanpol“ interessierten Gästen zu präsentieren.

(PM)

05) Historische Ostdeutsche Gedenktage 2022 und 2023

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2022 und 2023
Posteingang
Ernst Gierlich

Anhänge 06.09.2023, 14:41

ernst.gierlich@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

gewiss kennen Sie die seit vielen Jahren bestehende Reihe unserer Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: "Ostdeutsche Gedenktage" bzw. seit einigen Jahren "Historisch Ostdeutsche Gedenktage". Zurzeit bereiten wir die Herausgabe der Bände für die Jahre 2022 und 2023 vor.

Es ist unser Anliegen, Persönlichkeiten des historischen deutschen Ostens sowie für diesen Raum bedeutende historische Ereignisse in kurzen, aber prägnanten Beiträgen vorzustellen, können dabei auf einen Kreis kompetenter Autoren für die einzelnen Beiträge bauen, sind aber auch stets bemüht, neue Autoren für die Abfassung zu gewinnen.

Die Beiträge werden dann in Buchform erscheinen, aber ebenso in der Internetpräsenz unserer Stiftung abrufbar sein.

Ich übersende Ihnen anhängend ein entsprechendes Anschreiben, dem Sie Näheres entnehmen mögen, sowie eine Vorschlagsliste, die natürlich nicht bindend ist, so dass Sie auch weitere, Ihnen relevant erscheinende Persönlichkeiten und Ereignisse für von Ihnen zu verfassende Beiträge wählen können.

Mit bestem Dank vorab und
mit freundlichen Grüßen

Dr. Ernst Gierlich
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Mobil 0171/ 9956092

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



Kulturstiftung d. dt. Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

An die Mitarbeiter der
Historisch Ostdeutschen Gedenktage

An die mit ostdeutscher Kultur und Geschichte
befassten Institutionen und Einzelpersonen

An die ostdeutschen Landsmannschaften und
an die Landesverbände des BdV

__Bonn, den 6. September 2023

Dr. Ernst Gierlich

Vorsitzender

Bonner Geschäftsstelle

Godesberger Allee 72-74

53175 Bonn

Telefon: +49 228 915 12 - 22

Mail

ernst.gierlich@kulturstiftung.org

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2022 und 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem im Frühjahr des vergangenen Jahres Bände unserer seit vielen Jahren bestehenden Reihe der Ostdeutschen bzw. Historisch Ostdeutschen Gedenktage für die Jahre 2019, 2020 und 2021 erschienen sind, können wir nun die Herausgabe der Bände für 2022 und 2023 angehen. Wir sind dankbar, dass das Land Nordrhein-Westfalen über die Bezirksregierung Köln hierfür wieder finanzielle Mittel bereitgestellt hat.

Ich würde mich also sehr freuen, wenn Sie (erneut) für die Bände Beiträge zu bedeutenden Persönlichkeiten und Ereignissen des historischen deutschen Ostens zu verfassen könnten. Wie schon in den vergangenen Jahren werden wir die Beiträge nicht allein in die gedruckten Bände aufnehmen, sondern sie zudem online unter „Historisch Ostdeutsche Biographien“ auf unserer Homepage www.kulturstiftung.org veröffentlichen. Gerne setzen wir dort übrigens jederzeit Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu in früherer Zeit verfassten, aktualisierungsbedürftigen Beiträgen um.

Wie gewohnt, füge ich diesem Schreiben eine Auswahl möglicher Themen bei. Die Liste ist wie immer lediglich als Vorschlag bzw. Anregung gedacht, und so bitte ich um deren Ergänzung aus Ihren jeweiligen Arbeitsbereichen. Sollten Sie also Themen finden, die Sie bearbeiten möchten, so geben Sie uns bitte entsprechende Nachricht. Gerne können Sie die Liste auch an andere, Ihnen geeignet erscheinende Personen weiterreichen.

Denjenigen von Ihnen, die uns dankenswerterweise bereits Vorschläge oder gar fertige Beiträge übersandt haben, lege ich eine gesonderte Auflistung hiervon bei.

A) Persönlichkeiten

Die Gedenktage sind vor allem der Würdigung bedeutender ostdeutscher Persönlichkeiten gewidmet, also solcher Frauen und Männer, die aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten stammten bzw. stammen oder dort ihre Wirkungsstätte hatten bzw. haben.

Wir bitten Sie, bei Ihren Themenvorschlägen zu beachten, dass bei verstorbenen Persönlichkeiten der 50., 100. und jeder weitere 50. Geburtstag bzw. der 10., 25., 50. und jeder weitere 50. Todestag berücksichtigt werden kann. Lebende Persönlichkeiten sollten nur in Ausnahmefällen gewürdigt werden.

Ebenfalls dürfen wir darauf hinweisen, dass die einzelnen Beiträge den Umfang von je drei Druckseiten einschließlich der Literaturangaben wahren sollten. Die Seite wird mit 40 Zeilen und jeweils 55 Anschlägen pro Zeile gerechnet (insgesamt ca. 6.000 Zeichen zzgl. Leerzeichen). Für jede Persönlichkeit sollte nach Möglichkeit ein Bild (unbedingt mit Angabe der Bildquelle) beigebracht werden. Der Satzspiegel und die Text- bzw. Bildanordnung werden früheren Ausgaben gleichen. Zu lang geratene Artikel behält sich die Redaktion vor, in Abstimmung mit den Autoren zu kürzen. Falls Sie keine Möglichkeit haben sollten, den Text als Word-Datei zu übersenden, so ist auch eine maschinenschriftliche Fassung kein Problem.

B) Historische Ereignisse

Die Gedenktage 2022 und 2023 werden wie bisher eine Reihe von Rückblicken auf für den deutschen Osten bedeutsame historische Ereignisse enthalten. Wir haben, gemäß den Erfahrungen der Vorjahre, keine Vorschläge für zu würdigende Ereignisse der Liste beigelegt, setzen vielmehr darauf, dass Sie hierzu Ideen beisteuern werden. Die Einzelereignisse sollen jeweils in ihre geschichtlichen Zusammenhänge eingeordnet werden. Auswahlkriterium ist eine 50- bzw. 100jährige Wiederkehr, aber auch hier sind Ausnahmen möglich. Wegen des vorgegebenen Umfangs der Bände (ca. 300 Druckseiten) ist es notwendig, auch diese Beiträge knapp zu halten.

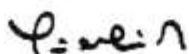
C) Honorar

Jeder veröffentlichte Beitrag wird (einschließlich des Bildes) mit 35,- € honoriert. Dass das Honorar damit keineswegs der aufgewandten Arbeit entspricht, ist uns bewusst, doch sind wir auch hier an die Förderbedingungen gebunden. Drei Belegexemplare gehen jedem Autor unabhängig von der Anzahl seiner Beiträge zu, weitere können mit Autorenrabatt (30 %) bezogen werden.

D) Zeitplanung

Nach Sichtung der eingegangenen Vorschläge wird die Redaktion die Autoren benachrichtigen bzw. um Zusendung der aufzunehmenden Beiträge – nach Möglichkeit in Form von Text- und Bild-Dateien, gerne per E-Mail – bitten. Über die Aufnahme unaufgefordert eingehender Beiträge entscheidet die Redaktion. Redaktionsschluss ist der 30. November 2023. Die Druckfahnen werden den Autoren rechtzeitig zur abschließenden Durchsicht zugeschickt.

Wir freuen uns auf eine (erneute) gute Zusammenarbeit und verbleiben mit freundlichen Grüßen



(Dr. Ernst Gierlich)

Vorschläge für Persönlichkeiten OGT 2022

Januar 2022

Blaschke Julius		* 1866, 31.3. Kostenblut, Kr. Neumarkt + 1922, 23.1. Glogau	100. +	Schlesien
Heermann Johann	Schriftsteller, Pfarrer	* 1585, 11.10. Rauthen + 1647, 17.2. Lissa	375. +	Schlesien
Kunkel Karl	Widerständler	* 1913, 8.11. Seeburg + 2012, 30.1. Bensheim	10. +	Ostpreußen
Natan Joseph Martin	Generalvikar, Weihbischof	* 1867, 11.11. Stolzmütz, Krs. Leobshütz + 1947, 30.1. Troppau	75. +	Schlesien
Raupach Hans	Osteuropaforscher	* 1903, 10.4. Prag + 1997, 12.1. Söcking	25. +	Schlesien
Skrodzki Günter	Maler	* 1935, 11.12. Kehlerwald Kr. Angerburg + 2012, 16.1. Hattstedt/ Ostfriesland	10. +	Ostpreußen
Tau Max	Schriftsteller	* 1897, 19.1. Beuthen + 1976, 13.3. Oslo	125. *	Schlesien
Tiedemann- Seeheim Heinrich von	Politiker	* 1843, 22.10. Dembogorsch bei Putzig * 2.1.1922 Berlin	100. +	Pommern
Voigt Friedrich Wilhelm	„Hauptmann von Köpenik“, Schuster	* 1849, 13.4. Tilsit + 1922, 3.1. Luxemburg	100. +	Ostpreußen

Februar 2022

Bergel Hans	Schriftsteller, Journalist	* 1925, 26.7. Rosenau + 2022, 26.2. Starnberg	+	Baltikum
Berzeviczy Gregor Franz von	Jurist, Politiker	* 1763, 5.6 Großlomnitz + 1822, 23.2. Großlomnitz	200. *	Slowakei
Conrad Walter	Schriftsteller, Fachbuchautor, Erzähler	* 1922, 22.2. Breslau + 2006, 4.5. Eisenach	100. *	Schlesien
Fallada Hans (Rudolf Wilhelm Friedrich Ditzen)	Schriftsteller	* 1893, 21.7. Greifswald + 1947, 5.2. Berlin	75. +	Pommern
Gilly Friedrich David	Baumeister	* 1772, 16.2. Altdamm bei Stettin + 1800 3.8. Karlsbad	250. *	Pommern
Goeppert- Mayer Maria	Physik- Nobelpreisträgerin	* 1906, 28.6. Kattowitz + 1972, 20.2. San Diego/ Kalifornien	100. +	Schlesien
Heine Edith	Lyrikerin	* 1922, 12.2. Breslau + 2006, 15.8. Straubing	100-*	Schlesien
Linck Wenzel	Missionar, Jesuit	* 1736, 29.3. Neudek + 1797, 8.2. Olmütz	225. *	Sudeten

März 2022

Dönhoff Marion Gräfin	Journalistin	* 1909, 2.12. Schloss Friedrichstein + 2002, 11.3. Schloss Crottorf	20. +	Ostpreußen
Kipphardt Heinrich „Heinar“	Schriftsteller	* 1922, 8.3. Heidersdorf + 1982, 18.11. München	100. *	Schlesien

Klech-Nolde Ingeborg	Kunsthistorikerin	* 1914, 19.4. Ortelsburg + 1997, 9.3. Paderborn	25. +	Ostpreußen
Lohwasser Kurt Paul	Druckkünstler	* 1922, 27.3. Karlsbad + 1999 München	100. *	Sudeten
Schleich Carl Ludwig	Chirurg, Schriftsteller	* 1859, 19.7. Stettin + 1922, 7.3. Saarow/ Brandenburg	100. +	Pommern
Strachwitz Moritz Graf von	Balladendichter	* 1822, 13.3. Peterwitz bei Frankenstein + 1847, 11.12. Wien	200. *	Schlesien
Wittram Reinhard	Historiker	* 1902, 9.8 Bilderlingshof bei Riga + 1973, 16.4. Meran	50. +	Baltikum

April 2022

Cyprys Werner	Sänger, Komponist, Musikproduzent	* 1922, 19.4. Hindenburg + 2000, 30.7.	100. *	Schlesien
Czaja Herbert	Politiker	* 1914, 5.11. Teschen + 1997, 18.4. Stuttgart	25. +	Schlesien
Golombek Oskar	Priester	* 1898, 4.5. Wieschowa (Beuthen) + 1972, 28.4. Köln	50. +	Schlesien
Warkentin, Johann	Schriftsteller, Dichter, Literaturkritiker	* 1920, 11.05., Spat/ Krim + 2012, 09.04., Berlin	100. *	Russland

Mai 2022

Seite C 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Harrison-Güttler B. Kämpfert schlägt vorara	Naturkundlerin, Archäologin	* 1922, 20.5. Reichenstein + 2015, 26.12. Jelsum (NL)	100. *	Schlesien
Lutsch Hans	Preußischer Staatskonservator	* 1854, 13.2. Naugard + 1922, 24.5. Bad Nauheim	100. +	Schlesien
Mischke Christian	Zeichner, Graphiker	* 1944, 8.1. Grünberg + 5.1922 München oder Nürnberg	+	Schlesien

Juni 2022

Anders Richard	Schriftsteller	* 1928, 25.4. Ortelsburg + 2012, 24.12. Berlin	10. +	Ostpreußen
Jursch Hanna Marie Margarete	Evang. Theologin, Kirchenhistorikerin	* 1902, 24.3. Oppeln + 1972, 13.7. Jena	50. +	Schlesien
Pareus David	Reformierter Theologe	* 1548, 30.12. Frankenstein 1622, 15.6. Heidelberg	400. +	Schlesien
Prutz Robert Eduard	Schriftsteller, Dramatiker	* 1816, 30.5. Stettin + 1872, 21.6. Stettin	150. +	Pommern
Salomon Horst	Schriftsteller, Drehbuchautor	* 1929, 6.5. Pilkallen + 1972, 20.6. Gera	50. +	Ostpreußen

Juli 2022

Braxein Fabian Abraham von	Politiker	* 1722, 29.7. Banners + 1798 12.3. Tharau	300. *	Ostpreußen
Kaller Maximilian Josef Johann	Theologe	* 1880, 10.10. Beuthen + 1947, 7.7. Frankfurt/ Main	75. +	Schlesien

Seite C 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Wenskus Reinhard	Historiker	* 1916, 10.3. Saugen + 2002, 5.7. Göttingen	20. +	Ostpreußen
---------------------	------------	--	-------	------------

August 2022

Doehring Johannes Martin	Theologe	* 1908, 16.9. Tiefensee + 1997, 15.8.	25. +	Ostpreußen
Stein Edith	Philosophin, Märtyrerin	* 1891, 12.10. Breslau + 1942, 9.8. KZ Auschwitz- Birkenau	80. *	Schlesien
Tilden Jane	Schauspielerin	* 1910, 16.11. Aussig + 2002, 27.8. St. Johann in Tirol	20. +	Sudeten

September 2022

Ohm Walter Albert	Schauspieler, Regisseur	* 1915, 12.2. Greifenberg + 1997, 10.9. Husum	25. +	Pommern
Paczek Baruch Jakob	Rabbiner, Naturforscher	* 1834, 4.10. Mährisch Weißkirchen + 1922, 7.9. Brünn	100. +	Sudeten
Petschek Moses ben Israel	Unternehmer	* 1822, 15.9. Petschek + 1888, 30.7. Prag	200. *	Sudeten

Oktober 2022

Schocken Julius (Joseph)	Kaufhausbesitzer, Synagogenvorsteher	* 1872, 19.10. Margonin 1934, 4.11. Berlin	150. *	Posen
-----------------------------	---	---	--------	-------

Seite C 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Ulitz, Otto	Sprecher der LdO 1953-1969	* 1885, 28.09., Kempten i.A. † 1972, 28.10., Borgholzhausen	135. *	Schlesien
----------------	-------------------------------	--	--------	-----------

November 2022

Busse Carl Hermann	Lyriker	* 1872, 12.11. Lindenstadt, Kr. Birnbaum + 1918, 3.12. Zehlendorf	150. *	Posen
Lehmann- Nitschke Robert	Etnologe und Mediziner	* 1872, 8.11. Radomitz + 1938, 9.4. Berlin	150 *	Posen
Kosegarten Friedrich Franz	Theologe, Pädagoge, Schriftsteller	* 1772, 1.11. Grevelmühlen + 1849, 19.12. Reval	250. *	Baltikum
Gerkan Meinhard von	Architekt	* 1935, 3.1. Riga + 2022, 30.11. Hamburg	+	Baltikum
Moller Martin	Kirchenlieddichter	1547, 10.11. Korpstädt bei Wittenberg + 1606, 2.3. Görlitz	375. *	Schlesien
Sennert Daniel	Arzt	* 1572, 25.11. Breslau + 1637, 21.7. Wittenberg	450. +	Schlesien
Meckert Maria Luise	Gründerin der Grauen Schwestern	* 1817, 21.9. Neisse + 1872, 14.11. Neisse	150. +	Schlesien

Dezember 2022

Brause Guido Georg Wilhelm	Botaniker, Offizier	* 1847, 7.8. Kochanowitz + 1922, 17.12. Berlin	100. +	Schlesien
Brockmann Rainer	Dichter, Übersetzer	* 1609, Schwaan Graenzdorf + 1647, 9.12.	375. +	Baltikum

Gerkan Meinhard von	Architekt	* 1935, 3.1. Riga + 2022, 30.11. Hamburg	+	Baltikum
Kantorowicz Franz	Spirituosenhersteller	* 1872, 19.12. + 1954	150. *	Posen
Klitzing Leberecht von	Rittergutsbesitzer, Politiker	* 1822, 18.12. Demerthin, Kr. Ostprignitz + 1899, 11.1. Dziembowo, Kr. Kolmar i. Posen	200. *	Posen
Muschiol Hans-Joachim	Landsmannschafter	* 1925, 25.7. Gleitwitz + 2022, 7.12. Iserlohn	+	Schlesien
Nickisch Alfred	Landschaftsmaler, Begründer des Künstlerbundes Schlesien	* 1872, 22.12. Bischdorf + 1948, 23.4. Regensburg	150. *	Schlesien
Ott Erwin	Schriftsteller	* 1892. 9.12. Jägerndorf + 1947, 14.10. See in der Oberpfalz	75. +	Sudeten
Raschke Georg Friedrich	Historien-, Porträt- und Landschaftsmaler	* 1772, 31.12. Tschepplau 1849, 5.3. Glogau	250. *	Schlesien
Schmolck Benjamin	Kirchenlieddichter	* 1672 Brauchitschdorf + 1737 Schweidnitz	350. *	Schlesien

Vorschläge für Persönlichkeiten OGT 2023

Tag unbekannt 2023

Burkhardt Johann Leopold	Orgelbauer	* 1673 Bärringen + 1741, 23.6. Elbogen	350. *	Böhmen
-----------------------------	------------	---	--------	--------

Januar 2023

Augsburger Stefan	Dichter, Religionsphilosoph	* + 1893, 19.01. Filipowa	130. +	Batschka
Bernhardt Helene	Schriftstellerin	* 1873, 14.1. Leobschütz +nach 1908	100. *	Schlesien
Cureus Joachim	Theologe, Historiker, Mediziner	* 1532, 23.10. Freystadt + 1573, 21.1. Glogau	450. *	Schlesien
Frischbier Hermann	Landeskundler	* 1823, 10.1. Königsberg + 1891. 8.12. Königsberg	200. *	Ostpreußen
Gerger Leo	Maler, Grafiker, Emaillieur	* 1923, 24.2. Klein-Olmütz + 2001, 30.11.	100. *	Sudeten
Holst Johannes von	Gynäkologe	* 1823, 23.2. Fellin + 1906, 8.10. Freiburg/ Br.	200. *	Baltikum
Meinhold Aurel Immanuel	Priester, Schriftsteller	* 1829, 26.8. Krummin + 1873, 14.1. Hochkirch bei Gramschütz	150. +	Schlesien
Ruhnken David	Bibliothekar	* 1723, 2.1. Bedlin bei Stolp + 1798, 14.5. Leiden	300. *	Pommern
Sahm Wilhelm	Lokalhistoriker, Chronist	* 1873, 30.1. Kreuzburg + 1944, 30.12. Königsberg	150. *	Ostpreußen

Seite C 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Völkel Oswald	Kunstmaler, Freskant	* 1873, 6.1. Schlegel + 1952, 12.7. Gräfelting	150. *	Schlesien
------------------	-------------------------	---	--------	-----------

Februar 2023

Fersen Dora von	Malerin, Grafikerin, Illustratorin	* 1886, 16.9. Gut Klosterhof + 1973, 22.2. Nieblum auf Föhr	50. +	Baltikum
--------------------	--	---	-------	----------

März 2023

Günther Johann Christian	Lyriker	* 1695, 8.4. Striegau 1723, 15.3. Jena	250. +	Schlesien
Heinicke Matthias	Geigenbauer	* 1873, 3.3. Maria Kulm + 1956 Skalna	150. *	Sudeten
Mursinna Christian Ludwig	Mediziner	* 1744, 17.12. Stolp + 1823, 18.3. Berlin	200. +	Schlesien
Winther Valentin von	Annalist und Hofrat	* 1578, 5.11. Treptow an der Rega + 1623, 16.3. Stettin	400. +	Pommern

April 2023

Geede Ruth	Schriftstellerin, Journalistin	* 1916, 13.2. Königsberg + 2018, 17.4. Hamburg	5. +	Ostpreußen
Kowa Viktor de	Schauspieler	* 1904, 8.3. Hohkirch bei Görlitz + 1973, 8.4. Berlin	50. +	Schlesien
Marbach Christian August Hermann	Mineraloge, Kristallograph	* 1817, 11.4. Jauer + 1873, 25.4. Breslau	150. +	Schlesien

Seite C 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Wyneken Alexander	Journalist, Publizist	* 1848, 16.4. Syke + 1939, 5.4. Königsberg	175. +	Ostpreußen
Donnersmarck Georg Graf Henckel von	Politiker	* 1902, 5.8. Grambschütz + 1973, 2.5. Bonn	50. +	Schlesien
Gellhorn Alfred	Architekt	* 1885, 26.5. Ohlau + 1972, 15t.3. London	50. +	Schlesien
Gerlach Otto	Wirtschaftswissenschaftler	* 1862, 1.11. Angerburg + 1923, 13.5. Königsberg	100. +	Ostpreußen
Mende Erich	Politiker	* 1916, 28.10. Groß Strehlitz + 1998, 6.5. Bonn	25. +	Schlesien
Wannagat Ulrich	Chemiker	* 1923, 31.5. Königsberg + 2003, 10.1. Braunschweig	100. *	Ostpreußen

Mai 2023

Juni 2023

Alexis Willibald	Schriftsteller	* 1798, 19.6. Breslau 1871, 16.12. Arnstadt	225. *	Schlesien
Bruder Anton	Maler	* 1898, 11.6. Aussig + 1983, 17.2. Aschaffenburg	125. *	Sudeten
Hanke Gerhard	Wirtschafts- und Landeshistoriker	* 1924, 22.5. Bodenbach + 1998, 11.6. Dachau	25. +	Sudeten
Meinecke Carl	Industrieller	* 1873, 16.6. Breslau + 1949, 12.9. Hannover	150. *	Schlesien

Seite C 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Wagner Hugo	Architekt	* 1873, 29.6. Wittgirren + 1944, 22.2. Insterburg	150. *	Ostpreußen
Fritsch Willy	Schauspieler	* 1901, 27.1. Kattowitz + 1973, 13.7. Hamburg	50. +	Schlesien
Gerlach Julius	Philologe	* 1819, 5.7. Bartenstein + 1873, 1.7. Tilsit	150. +	Ostpreußen
Hahn Johann Siegmund	Arzt, Stadtphysicus	* 1696, 13.11. Schweidnitz + 1773, 27.7. Schweidnitz	250. +	Schlesien
Keller Paul	Schriftsteller, Publizist	* 1873, 6.6. Arnsdorf + 1932, 20.8. Breslau	150. *	Schlesien
Klemperer Otto	Dirigent, Komponist	* 1885, 14.5. Breslau 1973, 6.7. Zürich	50. +	Schlesien

Juli 2023

August 2023

Brotze Johann Christoph	Pädagoge, Ethnograph	* 1742, 12.9. Görlitz 1823, 16.8. Riga	200. +	Baltikum Schlesien
Kudera Marian	Widerstandskämpfer	* 1923, 5.8. Myslowitz 1944, 19.7. KZ Dachau	100. *	Schlesien
Patzak Bernhard	Kunsthistoriker	* 1873, 21.8. Liegnitz + 1933, 31.10. Bad Landeck	150. *	Schlesien

September 2023

Ehlert Tamara	Lyrikerin	* 1921, 28.12. Königsberg + 2008, 8.8. München	15. +	Ostpreußen
---------------	-----------	---	-------	------------

Seite C 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Oktober 2023

Blanckenhagen Peter Heinrich d.Ä.	Kaufmann	* 1773, 3.10. Reval + 1794, 7.1. Riga	250. *	Baltikum
Brantsch, Ingmar	Schriftsteller	* 1940, 30.10., Kronstadt + 2013, 31.10. Köln	10. +	Siebenbürgen
Henirici, Johann Josef Karl	Barockmaler	* 1737, 25.1. Schweidnitz + 1823, 29.10. Bozen	200. +	Schlesien
Mühlemann Hans	Maler, Grafiker	* 1923, 11.10. Wohrlau + 1992, 2.12. Wismar	100. *	Schlesien
Preußler Otfried	Schriftsteller	* 1923, 20.10. Reichenberg + 2013, 18.2. Prien am Chiemsee	100. * 10. +	Sudeten
Winterfeld Wilhelm von	Violinist, Komponist in Bromberg	* 1880 + 1.10.1943 Zagreb	80. +	Westpreußen

November 2023

Dömpke Gustav	Musikkritiker	* 1853, 15.1. Barten + 1923, 12.11. Königsberg	100. +	Ostpreußen
Krieger Ferdinand Leopold	Jurist, Politiker	* 1823, 16.11. Angerburg + 1885, 13.7. Königsberg	200. *	Ostpreußen

Dezember 2023

Blätterbauer Theodor Bernhard Rudolf	Maler, Grafiker	* 1873, 24.12. Bunzlau + 1906, 30.6. Liegnitz	100. *	Schlesien
Gebauer Franz Xaver	Komponist, Dirigent, Chorleiter	* 1784 Eckersdorf + 1822, 13.12. Wien	200. +	Schlesien

Klimek Paul	Philologe, Historiker	* 1859, 9.1. Königlich Neudorf + 1923, 21.12. Breslau	100. +	Schlesien
Mutt Viktor	Chemiker	* 1923, 29.12. Dorpat 1998, 9.9. Stockholm	100. * 25. +	Baltikum
Neuß Wolfgang	Kabarettist, Schauspieler	* 1923, 3.12. Breslau + 1989, 5.5. Berlin	100. *	Schlesien
Opitz Martin	Dichter	* 1597, 23.12. Bunzlau + 1639, 20.8. Danzig	425. *	Schlesien, Danzig
Rumpler Franz	Maler	* 1848, 4.12. Tachau + 1922, 7.3. Wien	175. * 100.	Sudeten

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 22 – C48**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 22 – C 30)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Zu Gast in der Villa Oppenheim: Schriftstellerin Judith Schalansky



Judith Schalansky.- Bild: Alchetron

Pressemitteilung vom 05.12.2023

Zur Lesereihe „Berliner Gegenwartsliteraturen“ ist die Autorin Judith Schalansky am **Donnerstag, 7. Dezember 2023, um 19 Uhr** zu Gast in der Villa Oppenheim.

Ausgehend von Berlin als Anziehungspunkt für und Produktionsstätte von Literaten spüren die Autorin Yael Inokai und die Literaturkritikerin und Kulturjournalistin Lara Sielmann in der Reihe „Berliner Gegenwartsliteraturen“ Themen und Motiven ihrer literarischen Gäste nach.

In der Dezember-Ausgabe der Reihe ist die Autorin Judith Schalansky mit ihren Büchern „Schwankende Kanarien“ (Verbrecher Verlag, 2023) und „Verzeichnis einiger Verluste“ (Suhrkamp, 2018) zu Gast. Vergänglichkeit und Zusammenleben sind Themen der Werke. Yael Inokai und Lara Sielmann greifen diese Themen in einer filmischen Spurensuche nach Dingen auf, von denen sie nicht wussten, dass es sie gibt. Außerdem ist die Wildtierbiologin Sophia Kimming eingeladen. Mit dieser Expertin geht die Runde der Frage nach, inwiefern Berliner Stadttiere Aussagen über Klimawandel und Zusammenleben treffen.

Seite C 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Judith Schalansky, geboren 1980 in Greifswald, lebt als freie Schriftstellerin und Buchgestalterin in Berlin. Ihre Bücher, darunter der "Atlas der abgelegenen Inseln" (2009), der Bildungsroman "Der Hals der Giraffe" (2011) sowie das "Verzeichnis einiger Verluste" (2018), das sich dem widmet, was das Verlorene hinterlässt, sind in mehr als 25 Sprachen übersetzt und wurden vielfach ausgezeichnet. Zuletzt erhielt sie 2023 den Wortmeldungen-Literaturpreis für ihren Essay „Schwankende Kanarien“. Welche Erzählmuster und Dramaturgien stehen uns zur Verfügung, um unmittelbares Handeln anzumahnen? Und welche neuen Mythen und Metaphern benötigen wir, um der Erzählung vom Weltende zu widerstehen? Seit 2013 gibt Judith Schalansky die Reihe "Naturkunden" und seit 2022 die "Bibliothek Wildes Wissen" im Verlag Matthes & Seitz Berlin heraus.

Ort:

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim
Schloßstraße 55 /Otto-Grüneberg-Weg
14059 Berlin

www.villa-oppenheim-berlin.de

Eintritt frei.

Im Auftrag
Brühl

02) 250. Kiezspaziergang: Auf den Spuren der religiösen Vielfalt in Wilmersdorf



Startpunkt des Spaziergangs am Hohenzollerndamm. - Bild: BACW

Pressemitteilung vom 30.11.2023

Den 250. Kiezspaziergang führt am **Sonnabend, 09. Dezember 2023**, Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch. Treffpunkt ist um **14 Uhr** vor dem Bürgeramt am Hohenzollerndamm 177. Auf den Spuren der religiösen Vielfalt führt uns der letzte Spaziergang in 2023 durch Wilmersdorf bis zur Dänischen Kirche.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge sind unter www.kiezspaziergaenge.de zu finden.

Im Auftrag
Jüch

03) Gedenken an Mete Eksi 2023



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 22.11.2023

Auch in diesem Jahr wird der Mete-Eksi-Preis an Kinder und Jugendliche vergeben, die sich gegen Rassismus und für ein friedliches Miteinander engagieren. Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler nimmt am **Sonnabend, 25. November 2023, um 12 Uhr** an der Preisverleihung im Festsaal des Rathauses Charlottenburg (Otto-Suhr-Allee 100) teil.

Vor der Preisverleihung wird **um 11 Uhr** die Kranzniederlegung am Gedenkstein auf dem Adenauerplatz stattfinden.

Der Schüler Mete Eksi wurde am 27. Oktober 1991 in eine gewalttätige Auseinandersetzung auf dem Adenauerplatz verwickelt, bei der er tödlich verletzt wurde. An seinem fünften Todestag wurde ein Gedenkstein auf dem Adenauerplatz aufgestellt. Die Inschrift lautet: „Mete Eksi, geb. 1972, starb am 13. November 1991 an den schweren Verletzungen, die er an diesem Ort bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Berliner Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft erlitt. Gegenseitiger Respekt und der Wille zur Gewaltfreiheit hätten sein Leben schützen können.“ 1992 haben die GEW BERLIN und der Türkische Elternverein den Mete-Eksi-Fonds gegründet, um jährlich einen Preis an Kinder und Jugendliche zu vergeben, die sich in besonderem Maße für das friedliche Zusammenleben von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in Berlin bemüht haben.

Im Auftrag
Jüch

**04) „Wilmersdorfer S- und U-Bahnhöfe“: Kalender 2024 des Heimatvereins
erschienen**

Wilmersdorfer S- und U-Bahnhöfe



Bild: BACW



**Jahres-
kalender
2024**

Pressemitteilung vom 21.11.2023

Pünktlich zum Jahreswechsel ist wieder der beliebte Kalender des Heimatvereins Wilmersdorf erschienen. In diesem Jahr hat er die „Wilmersdorfer S- und U-Bahnhöfe“ zum Thema.

Bestellungen unter Angabe des Namens und der Adresse sind über den Heimatverein nach vorheriger Überweisung von 12 Euro auf das Vereinskonto (Deutsche Bank, IBAN DE80 1007 0848 0313 9219 00) möglich.

Kontakt:
Heimatverein Wilmersdorf
E-Mail: HeimatvereinWilmersdorf@aol.de
Tel. (030) 822 57 57

Im Auftrag
Jüch

05) Annäherung an Marta Feuchtwanger: Ein Gespräch mit Künstlerin Sonya Schönberger und Journalistin Marianne Heuwagen



Bild: USC Libraries

Pressemitteilung vom 16.11.2023

Aktuell zeigt das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim die [Ausstellung „Marta“](#). Die Künstlerin Sonya Schönberger hat sich dafür den alltäglichen Dingen aus dem Nachlass von Marta Feuchtwanger zugewandt, inszeniert und dokumentiert, um damit eine Spur zu ihrem Leben und Wirken zu legen. Die Künstlerin trifft am **Donnerstag, 23. November 2023, 18.30 Uhr** in der Villa Oppenheim die Journalistin Marianne Heuwagen, die eine persönliche Freundschaft mit Marta Feuchtwanger verband.

Marianne Heuwagen wird ihre Erinnerungen an Marta Feuchtwanger teilen. Die Journalistin lebte und arbeitete an der US-amerikanischen Westküste und setzte sich seit den 1980er Jahren als Gründungsmitglied des Freundeskreises der Villa Aurora für den Erhalt dieses Erinnerungsortes des Exils ein.

Marta und ihr Mann, der international bekannte Schriftsteller Lion Feuchtwanger, verließen mit der nationalsozialistischen Machtübernahme Berlin und spielten eine bedeutende Rolle in den Netzwerken der Exilierten in Los Angeles. Sonya Schönberger nähert sich Marta über eine fotografische Inszenierung von alltäglichen Dingen aus Martas Besitz.

Nähere Informationen, auch zu Platzreservierungen, unter www.villa-oppenheim-berlin.de

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim
Schloßstraße 55/Otto-Grüneberg-Weg
14059 Berlin
Tel.: (030) 9029-24106

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Sonnabend, Sonntag und Feiertage 11 bis 17 Uhr

Der Eintritt ist kostenfrei, der Zugang barrierefrei.

Seite C 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Pressekontakt:

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim

Heike Hartmann. Tel: (030) 9029-24101

E-Mail: heike.hartmann@charlottenburg-wilmersdorf.de

Im Auftrag

Jüch

06) Kranzniederlegung am Volkstrauertag



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 15.11.2023

Zum Gedenken an die Gefallenen der beiden Weltkriege und die Opfer der Gewaltherrschaft 1933-1945 legen der stellvertretende Bezirksbürgermeister Detlef Wagner und BV-Vorsteherin Judith Stückler anlässlich des Volkstrauertages am **Sonntag, 19. November 2023, um 11 Uhr** gemeinsam mit dem Sozialverband VdK und der Reservistenkameradschaft Kränze in der Gedenkhalle im Rathaus Charlottenburg (2. Etage), Otto-Suhr-Allee 100, nieder.

Im Auftrag

Brühl

07) Neue Reihe: Die Bezirksverordneten-Vorsteherin lädt ein



Will Vereine und Initiativen unterstützen: BV-Vorsteherin Judith Stückler.- Bild: BACW/Brühl

Pressemitteilung vom 10.11.2023

Die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung, Judith Stückler, startet eine neue Veranstaltungsreihe, in deren Rahmen sie regelmäßig Initiativen und Vereine aus Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Gedankenaustausch in ihr Büro einlädt. Den Anfang macht am **Dienstag, 14. November 2023, um 14 Uhr** die bezirkliche Seniorenvertretung.

Judith Stückler:

“Ich freue mich sehr auf diesen Austausch. Das Engagement so vieler Menschen hier im Bezirk, die sich zusammenschließen, um sich gemeinsam für Ihre Ziele zu engagieren, beeindruckt mich immer wieder. Ich möchte möglichst viele von ihnen kennenlernen und gern wissen, wo wir Bezirksverordneten möglicherweise unterstützen können.

Initiativen oder Vereine, die dieses Angebot ebenfalls gern wahrnehmen möchten, können sich per E-Mail unter bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de anmelden.

Im Auftrag
Brühl

08) Commonwealth Remembrance Day: Bezirksstadtrat Arne Herz besucht Soldatenfriedhof an der Heerstraße



Bild: BACW/Farchmin

Pressemitteilung vom 09.11.2023

Auf Einladung der Britischen Botschaft nimmt Bezirksstadtrat Arne Herz an der traditionellen Gedenkfeier der Commonwealth Länder in Berlin zum Remembrance Day am **Sonntag, 12. November 2023, um 9.45 Uhr** auf dem Soldatenfriedhof Berlin (War Cemetery) an der Heerstraße 139 teil.

Anschließend findet **um 11 Uhr** ein ökumenischer Gottesdienst in der St. George's Anglican Church an der Preußenallee 17/19 statt.

Jedes Jahr wird in Großbritannien und vielen anderen Ländern des Commonwealth am zweiten Sonntag im November der seit dem Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten gedacht. Die jährliche Gedenkfeier der Commonwealth Länder wird in diesem Jahr vom Vereinten Königreich Großbritannien und Nordirland koordiniert.

Auf dem Britischen Soldatenfriedhof liegen mehr als dreieinhalbtausend, meist sehr junge Soldaten aus den Commonwealth-Staaten (vor allem im Luftkampf über Berlin gefallene Air-Force-Mitglieder) und einige wenige Polen. Von den 3576 hier bestatteten Gefallenen waren 2676 Briten, 527 Kanadier, 223 Australier, 56 Neuseeländer, 50 Inder, 31 Südafrikaner, fünf Polen und acht unbekannter Nationalität.

Im Auftrag
Jüch

**09) Bezirksverordneten-Vorsteherin besucht Gedenkveranstaltung
zum 9. November im jüdischen Gemeindehaus**

Pressemitteilung vom 07.11.2023

Bezirksverordneten-Vorsteherin Judith Stückler wird am **Donnerstag, 09. November 2023**, die Gedenkveranstaltung anlässlich des 85. Jahrestags der Novemberpogrome von 1938 im Jüdischen Gemeindehaus an der Fasanenstraße besuchen. Im Laufe des Tages werden von 9 bis 21 Uhr die Namen sämtlicher ermordeten Berliner Jüdinnen und Juden aus dem Gedenkbuch des Landes Berlin vor dem Gemeindehaus verlesen.

Judith Stückler:

Ich bin zutiefst erschüttert, dass sich jüdische Berliner und Israelis in der aktuellen Situation auch in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war es deshalb so wichtig, unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unsere volle Solidarität zu zeigen. Antisemitismus und Antiisraelismus sind bei uns nicht hinnehmbar. Wir müssen mit aller Härte und Deutlichkeit gegen alle vorgehen, die gegen dieses Grundaxiom unserer Gesellschaft verstoßen.“

Im Auftrag
Brühl

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 31 – C 38)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

**01) Demokratie Mitgestalten! Lesung und Gespräch mit Dr. Harry Waibel
"Rechte Kontinuitäten" am 13.12.2023**

Pressemitteilung vom 05.12.2023

Demokratie Mitgestalten! heißt es wieder in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek. Wir wollen jeden 2. Mittwoch im Monat gemeinsam mit Ihnen wichtige gesellschaftspolitische Themen besprechen. Mit Lesungen, Diskussionsrunden und verschiedenen anderen Formaten möchten wir Sie dazu einladen Zuzuhören, Mitzureden und Mitzugestalten.



Buchcover „Rechte Kontinuitäten“.- Bild: Martha Press

Am 13.12. liest Dr. Harry Waibel aus seinem Buch "Rechte Kontinuitäten: Rassismus und Neonazismus in Deutschland seit 1945. Eine Dokumentation":

„In beiden deutschen Staaten gab es Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie bilden die historischen Voraussetzungen dafür, dass es in der Gegenwart zu den brandgefährlichen gesellschaftspolitischen Verhältnissen kommen konnte. Einer der wichtigsten Ausgangspunkte für diese Entwicklung, war die in beiden deutschen Staaten gescheiterte Entnazifizierung.

Seite C 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten haben, nach staatlichen Angaben, mehrere hunderttausend rechte Propaganda- und Gewaltstraftaten stattgefunden und nach meinen Recherchen gab es in diesem Zeitraum über 400 Tote und tausende Verletzte. Es fanden über 3.000 gewalttätige Angriffe auf Wohnheime statt. Der Anteil der Täter stammt überproportional (4:1), d. h. gemessen an der Zahl der Einwohner, aus den neuen Ländern im Osten. Diese Struktur lässt sich ebenfalls in Berlin feststellen, wenn man die Berliner Bezirke im Osten und im Westen vergleicht. Fälschlicherweise wurde behauptet, diese Entwicklung wäre ausschließlich den ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen seit dem Vereinigungsprozess geschuldet. Dabei wird übersehen, dass es sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik jeweils eine rechte Bewegung gegeben hat, die neonazistisch, rassistische und antisemitisch ausgerichtet waren.“ (Martha Press)

TERMIN: Mittwoch, 13.12.2023 um 18:00 Uhr

EINTRITT: frei, um Voranmeldung wird gebeten unter Tel.: [030 90299 2410](tel:030902992410) oder per E-Mail: veranstaltung@stadtbibliothek-steglitz-zehlendorf.de

INFORMATION: Tel.: [030 90299 2410](tel:030902992410)

ORT: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek Steglitz-Zehlendorf, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

02) Enthüllung der Informationsstele „Der Filmpionier Karl Wolffsohn am Stölpchensee“ am 13.12.2023

Pressemitteilung vom 04.12.2023

Mittwoch, 13. Dezember 2023, 14 Uhr, Stölpchenweg Ecke Kohlhasenbrücker Straße, 14109 Berlin

Am **Mittwoch, den 13. Dezember um 14 Uhr** wird am **Stölpchenweg Ecke Kohlhasenbrücker Straße** eine regionalhistorische Informationsstele der Öffentlichkeit übergeben, die an den Filmpionier Karl Wolffsohn und den Verlust seines Grundstückes am Stölpchensee erinnert. Die Stele wurde nach einem Entwurf von Karin Rosenberg gefertigt. **Es sprechen die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld, die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport Cerstin Richter-Kotowski und der Enkel von Karl Wolffsohn, Prof. Dr. Michael Wolffsohn.**

Texte der Informationsstele

Der Filmpionier Karl Wolffsohn am Stölpchensee

Am Südostufer des Stölpchensees, direkt am heutigen Griebnitzkanal, lebte von 1924 bis 1938 Karl Wolffsohn (1881 – 1957) mit seiner Familie. Er zählte zu den Pionieren der deutschen Film- und Unterhaltungsindustrie und war Mitbegründer sowie ab 1937 alleiniger Eigentümer der heute denkmalgeschützten Wohnanlage Gartenstadt Atlantic mit dem Großkino „Lichtburg“ in Berlin-Gesundbrunnen. 1924 pachtete Karl Wolffsohn das rund 7500 qm große Grundstück einschließlich Landvilla, Gärtnerhaus und Bungalow. Hier, in unmittelbarer Nähe der Filmstadt Babelsberg, traf sich bei Karl und Recha Wolffsohn (1887 – 1972) fortan die damalige Welt des Films.

Seite C 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Im August 1938 kam Karl Wolffsohn in Gestapo-„Schutzhaft“. Er hatte sich geweigert, die Gartenstadt Atlantic und das Kino „Lichtburg“ „arisieren“ zu lassen. In der „Schutzhaft“ wurde er schließlich gezwungen, die Enteignung seines Besitzes hinzunehmen, und wurde daraufhin im Februar 1939 aus der Haft entlassen. Im März 1939 floh er nach Britisch-Palästina. Das war gleichbedeutend mit dem Verlust seines gesamten Vermögens, einschließlich seines Anwesens am Stölpchensee.

Um ihr geraubtes Vermögen nicht den NS-Profiteuren zu überlassen, kehrten Karl und Recha Wolffsohn 1949 trotz allem und nach allem aus Israel nach Deutschland zurück. Für Karl Wolffsohn begann der jahrelange, meist vergebliche Kampf um Rückerstattung. Das teils von der Roten Armee zerstörte und völlig heruntergekommene Stölpchensee-Anwesen wurde Karl Wolffsohn 1954 rückübertragen. Doch bereits zwei Jahre später verweigerte der Bezirk Zehlendorf Max Wolffsohn, auf dem Grundstück notwendige Baumaßnahmen durchzuführen, mit der Begründung, dass ein Gesamtbebauungsplan noch nicht vorliege und sich das Grundstück in einer geplanten öffentlichen Grünfläche befinde. Nach fast zehnjährigem ergebnislosen Hin und Her sah Max Wolffsohn 1965 schließlich keine andere Möglichkeit mehr, als in den Verkauf des Grundstücks an den Bezirk einzuwilligen. Eine öffentliche Grünfläche hat der Bezirk am Stölpchensee nie realisiert. (Auszug aus dem Stelentext von Thomas Brechenmacher)

Karl Wolffsohn

Der jüdische Verleger des Filmfachblatts „Lichtbild-Bühne“ (LBB) und Filmunternehmer Karl Wolffsohn engagierte sich ab den 1910er Jahren bis zum Ende der Weimarer Republik für den Wandel des anfangs kleinteiligen deutschen Filmgewerbes zu einer international wettbewerbsfähigen Filmindustrie, die sich mit künstlerisch wertvollen Produktionen weltweites Ansehen verschaffte.

Geboren am 16. Mai 1881 in Wollstein (Wolsztyn, Polen), erlernte Karl Wolffsohn in der väterlichen Druckerei und beim Ullstein-Verlag in Berlin das Handwerk der „schwarzen Kunst“. Von 1901 bis 1905 besaß er mit Bruder Willy (1875-1914), dann allein die Gebr. Wolffsohn, Buch- und Kunstdruckerei in der Kreuzberger Naunynstraße 38. 1908 gründeten seine Brüder Jacob (1880-1915) und Max (1885-1919) in der Michaelkirchstraße 17 die Gebr. Wolffsohn GmbH, Buchdruckerei und Verlag, und ernannten Karl zum Geschäftsführer.

Nach dem Tod von Jacob und Max führte Karl Wolffsohn die Gebr. Wolffsohn GmbH in der Weimarer Republik erfolgreich allein weiter. 1924 gelang es ihm, den Ullstein-Konzern als Minderheitsgesellschafter zu gewinnen und das kleine Familienunternehmen zu einem mittelständischen Betrieb auszubauen. Sein Verlag in der Friedrichstraße 225 mit Druckerei, Buchbinderei und Klischeeanstalt beschäftigte 1931 rund 150 Personen. Daneben publizierte Wolffsohn Fachbücher zum Film, darunter die Standardwerke „Reichs-Kino-Adreßbuch“ und „Jahrbuch der Filmindustrie“. Wolffsohn verstand sich als Unternehmer im buchstäblichen Sinn. So beteiligte er sich an den 1919 und 1929 eröffneten Berliner Varietés Scala und Plaza, betrieb allein ab 1929 in Essen und Berlin die neu erbauten Kinos „Lichtburg“ mit je 2000 Plätzen, daneben drei mittelgroße Kinos in Köln und Düsseldorf.

Seit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur widersetzte sich Wolffsohn energisch, doch letztlich vergeblich der erzwungenen Übertragung seines beträchtlichen Firmen- und Privatvermögens an nichtjüdische Profiteure. Nach dem Exil in Palästina von 1939 bis 1949 lebte er wieder in Berlin.

(Auszug aus dem Stelentext von Ulrich Döge)

03) Workshop zur Entwicklung des Areals „Insulaner“ für Freizeit- und Tourismusnutzungen am 28. November erfolgreich abgeschlossen

Pressemitteilung vom 01.12.2023



Obere Reihe (v.l.n.r.): André Tiesing (Marketingleitung Berliner Bäderbetriebe), Till Busse (Mitarbeiter Wirtschaftsförderung Steglitz-Zehlendorf), Dr. Monika Staesche (Stellvertretung Vorstand | Direktorin Planetarium am Insulaner und Wilhelm-Foerster-Sternwarte), Tim Florian Horn (Vorstand | Direktor Archenhold-Sternwarte & Zeiss-Großplanetarium), Juri Effenberg (Trainee Wirtschaftsförderung Steglitz-Zehlendorf), Prof. Dr. Frank Schaal (Projektleitung Regionalinkubator), Dr. Alexander Schuler (Geschäftsführer BTE Tourismus- und Regionalberatung), Tim Detering (Consultant BTE Tourismus- und Regionalberatung) Untere Reihe: Katharina Kwaschik (Schauspielerin, Inhaberin und Geschäftsführerin Shakespeare Company Berlin), Trainee (Wirtschaftsförderung Tempelhof Schöneberg Beyza Durdu), Tabitha Kühn (Projektmanagerin Bezirksbetreuung Steglitz-Zehlendorf und Koordination bezirksübergreifender Projekte visit berlin), Michael Pawlik (Leitung Wirtschaftsförderung Steglitz-Zehlendorf).- Bild: RIK

Am 28. November 2023 fand im Gutshaus Steglitz ein richtungweisender Workshop statt, der die Zukunft des Insulaners in Berlin mit zuversichtlichen Schritten vorantrieb. Auf Initiative des Regionalinkubators Berlin Südwest (RIK) versammelten sich bedeutende Stakeholder und Unternehmen am Insulaner, um gemeinsam an der Gestaltung eines Grobkonzepts für die bessere Erschließung dieses besonderen Parks in Bezug auf Freizeit und Tourismus zu arbeiten.

Der Workshop, der unter Beteiligung von Planetarium, Sommerbad, Shakespeare Theater sowie Mitarbeitende von visitBerlin, den Wirtschaftsförderungen der Bezirke Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg stattfand, konkretisierte das Potenzial für die

Seite C 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Entwicklung des Insulaners als bedeutende touristische Berliner Attraktion. Geleitet wurde der Workshop von Moderator Dr. Alexander Schuler von der Tourismus- und Regionalberatung BTE, die auch das Konzept erstellen wird.

Gemeinsam wurde eine Vision und ein Profil für das Areal entwickelt, wobei der kreative Austausch und die Synergien zwischen den verschiedenen Partnern im Vordergrund standen. Die erarbeiteten Kooperationen und Maßnahmen sollen nicht nur die Attraktivität des Insulaners steigern, sondern auch eine nachhaltige und vielfältige Entwicklung des Gebiets ermöglichen.

Als nächsten Schritt streben die Teilnehmenden an, das erarbeitete Konzept der politischen Ebene vorzustellen, um die Umsetzung des Grobkonzepts voranzutreiben. Der Regionalinkubator Berlin Südwest informiert auf [LinkedIn](#) sowie auf seiner Webseite (www.rik-berlin.de) regelmäßig über die Entwicklungen des Projekts.

Über den Insulaner:

Das Areal „Insulaner“ in Berlin ist ein vielfältiges und kulturell bedeutendes Gebiet, das verschiedene Einrichtungen wie das Planetarium am Insulaner, die Wilhelm-Foerster-Sternwarte, das Sommerbad am Insulaner, das Theater Shakespeare Company Berlin sowie eine Minigolfanlage und ein Spielareal beheimatet. Der nach dem Weltkrieg aufgeschüttete Trümmerberg ist ein beliebtes Ziel für Besuchende und Anwohnende. Auf dem Gelände verläuft die Bezirksgrenze zwischen Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf.

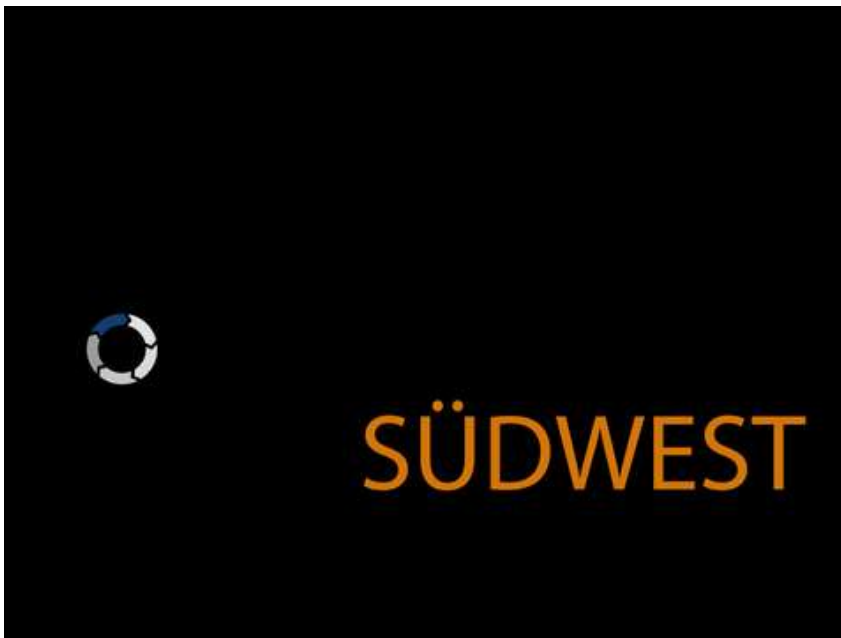


Bild: Regionalinkubator Berlin Südwest

04) Einladung zum 17. RegioTalk „Tourismusjahr 2024 – Herausforderungen und Chancen in einer Zeit des Wandels“ des Regionalinkubators Berlin Südwest am 12.12.2023

Pressemitteilung vom 29.11.2023

Der Regionalinkubator Berlin Südwest (RIK) lädt Sie zum 17. RegioTALK am Dienstag, 12. Dezember, um 18.30 Uhr in das Gutshaus Steglitz ein. Das Thema lautet: „Tourismusjahr 2024 – Herausforderungen und Chancen in einer Zeit des Wandels“.

Der Tourismus ist weltweit der größte internationale Wirtschaftssektor. Auch in Deutschland, und speziell in Berlin, ist die Branche von herausragender Bedeutung, nicht nur ökonomisch. Dementsprechend schwer wiegen die zahlreichen Herausforderungen, mit denen sich die Branche im neuen Tourismusjahr 2024 konfrontiert sehen wird. Diese zeichnen sich beispielsweise in einem veränderten Reiseverhalten, einer weiterhin steigenden Inflation, der Wiedereinführung des 19-prozentigen Mehrwertsteuersatzes in der Speisewirtschaft, einem massiven Fachkräftemangel oder auch dem Betriebssterben im ländlichen Raum ab. Hinzu kommen Unsicherheiten durch politische Krisen und/oder Umwelt- und Klimaproblematiken, die Auswirkungen vom Anwenden Künstlicher Intelligenz und noch vielem mehr.

Diesen Herausforderungen steht eine immer weiter steigende Nachfrage nach Reisen gegenüber. Nach der überstandenen Pandemie steigt die Urlaubs-Lust weltweit wieder deutlich an. Es stellt sich also die Frage, wie die Branche auf diese Rahmenbedingungen reagieren wird? Welche Möglichkeiten haben Unternehmer, diesen veränderten Anforderungen zu begegnen? Und wo werden erste Lösungsansätze bereits erfolgreich angewendet?

Im Rahmen des **17. RegioTALK** des RIK Berlin Südwest zum Thema „**Tourismusjahr 2024 – Herausforderungen und Chancen in einer Zeit des Wandels**“ am **Dienstag, 12. Dezember 2023**, spricht der Moderator des Abends, **Prof. Dr. Frank Schaal**, mit den Gästen **Prof. Dr. Werner Gronau** (Hochschule Stralsund), **Prof. Dr. Sandra Rochnowski** (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin), und **Katja Schellknecht** (Katja Schellknecht Konzepte GmbH) über diese und weitere Themen im Hinblick auf ein spannendes und herausforderndes Tourismusjahr 2024.

Zu dieser Veranstaltung des Regionalinkubators Berlin Südwest möchten wir Sie hiermit sehr herzlich einladen. **Der 17. RegioTalk des RIK findet im Rokosaal des Gutshaus Steglitz, Schloßstraße 48, 12165 Berlin, statt.**

Der Abend ist für alle Gäste kostenfrei. Eine **Anmeldung** ist bis zum 10. Dezember **via E-Mail an regionalinkubator@ba-sz.berlin.de** erwünscht. Ein Überblick über den Ablauf des RegioTALK sowie über alle weiteren Veranstaltungen des RIK Berlin Südwest ist auf der Webseite des RIK (www.rik-berlin.de) zu finden. Wir freuen uns auf Sie!

05) Amtsplausch – Folge 42 ist online! Die SPK stellt sich vor - Stärkung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements

Pressemitteilung vom 27.11.2023

Anliegen und Auftrag der **Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK)** ist es, die Abstimmung innerhalb des Bezirksamts zu fördern sowie die Anliegen der lokalen Akteure in die richtigen verwaltungstechnischen Kanäle zu schicken. Warum braucht es Leitlinien für Bürger-Beteiligung? Wie sieht der Beteiligungsprozess aus? Welche Daten stehen zur Verfügung und was sagen sie über die jeweiligen Bedarfe vor Ort aus? Das und vieles mehr, erzählen Florian Schunk und Sixten Warnken in der neuen Folge Amtsplausch.

Florian Schunk, Teamleiter der SPK:

„Die SPK fokussiert sich im Wesentlichen auf die Bedürfnisse und Belange der Bürgerinnen und Bürger in einem konkreten Sozialraum. Wir schauen uns seitens der Verwaltung kleinräumig die Situation der dort lebenden Menschen an und überlegen, wie wir ggfs. Veränderungen vornehmen können, was dafür notwendig ist und welche Unterstützung die Menschen brauchen, damit Sie Probleme und Herausforderungen vor Ort selbst lösen können. Es geht aber auch darum, vorhandene Potenziale zu identifizieren.“

Sixten Warnken, Datenkoordinator in der SPK:

„Bei der Datenerfassung geht es einerseits um die Koordination zwischen den Planungsämtern und andererseits um die Informationen für die Bevölkerung. Daneben stecken die Daten aber auch einzelne Bedarfe der Regionen ab. Anhand der Altersstruktur lässt sich beispielsweise ableiten, in welchem Planungsraum Infrastruktur benötigt wird, die für ältere Menschen gemacht ist.“

Im nächsten Jahr finden in allen Bezirksregionen **Kiezkonferenzen** statt. Die Termine werden über die bezirklichen Kanäle veröffentlicht. „Die Idee hinter dem Format Kiezkonferenzen ist es, dass die Bezirksverwaltung näher an die Menschen rückt“, so **Florian Schunk**. „Einerseits werden Themen abgefragt und andererseits eröffnen wir, durch ein kleines mitgebrachtes Budget, die Möglichkeit, die vor Ort vorgebrachten Ideen der Bürgerinnen und Bürger auch direkt zu finanzieren.“

Die **Eröffnung des in der Folge angesprochenen vor Ort Büros des „Raums für Beteiligung“** findet am **06.12.2023, zwischen 15:00 und 19:00 Uhr** (offenes Kommen und Gehen) in der **Potsdamer Straße 50, 14163 Berlin** statt.

Informationen zur SPK, den Bezirksregionen und Kiezkonferenzen sowie dem Raum für Beteiligung:

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/> (Hier klicken für Informationen zur SPK)

Beteiligungsplattform meinBERLIN:

<https://mein.berlin.de/projekte/?district=Steglitz-Zehlendorf&topic=-1> (Hier klicken auf meinBerlin)

Sobald **neue Termine** für die kommenden **Kiezkonferenzen** feststehen, werden diese über die bezirklichen Kanäle veröffentlicht.

Sie können den **Podcast des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf auf Spotify, Soundcloud, Google Podcasts und Apple Podcast abonnieren**. Weitere Informationen zum Amtsplausch finden Sie außerdem unter <http://www.steglitz-zehlendorf.de/amtsplausch>

06) Der 16. RegioTalk des Regionalinkubators Südwest: „Räumliche Einzelhandelsentwicklung im Berliner Südwesten - Vorstellung des Zentrenkonzepts für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf“

Pressemitteilung vom 21.11.2023



Bild: Wifö / RIK

Der Mix macht den Erfolg – Beim RegioTALK des Regionalinkubators Südwest wird über das neue Zentrenkonzept für Steglitz-Zehlendorf diskutiert

Die Veranstaltung vom Regionalinkubator Berlin Südwest (RIK), die am 16. November im Gutshaus Steglitz stattfand, stellte das neue Zentrenkonzept für Steglitz-Zehlendorf vor.

Philip Haverkamp bietet zur Einleitung einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation des Einzelhandels der Region Berlin-Brandenburg. Der Geschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg verweist auf gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise, auf die Einbrüche in Folge von Corona und den russischen Angriffskrieg sowie die angespannte Lage im Nahen Osten. Krisen sind negativ für die Konsumstimmung, erst recht in Berlin, wo die Kaufkraft traditionell überschaubar ist. „Immerhin ist hier die Beschäftigung im Einzelhandel noch krisenfest“, sagt Phillip Haverkamp. „In Brandenburg schwächelt sie schon leicht.“

Der Berliner Südwesten ist immer noch gut aufgestellt, aber er steht vor großen Herausforderungen. **Peter Helbig** listet in seinem Vortrag auf, dass es in Steglitz-Zehlendorf

Seite C 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

derzeit 1314 Einzelhändler gibt, sie gehen ihrem Geschäft auf einer Verkaufsfläche von 330 000 Quadratmetern nach und setzen dabei im Jahr knapp 1,9 Milliarden Euro um. Schwerpunkt des südwestlichen Einzelhandels ist nach wie vor das Hauptzentrum an der Schloßstraße, und genau dort türmt sich auch das statistisch größte Problem auf. 19 Prozent der Verkaufsfläche stehen leer. Betroffen sind vor allem kleinere Läden, so dass die Schloßstraße mit all ihren geschäftigen Nebenstraßen im Gesamtbild immer noch als pulsierende und prosperierende Einkaufsmeile daherkommt.

In der Quintessenz geht es vor allem darum, das Einkaufen verstärkt zu einem Erlebnis über das Geldausgeben hinaus zu machen. Die Botschaft kommt an. In der abschließenden und von **RIK-Chef Professor Frank Schaal** moderierten Runde verspricht **Patrick Steinhoff, Stadtrat für Stadtentwicklung**, den Einfluss des Bezirksamtes geltend zu machen: „Die Steglitzer und Zehlendorfer sollen attraktive Zentren vorfinden. Daran werden wir arbeiten.“ **Michael Pawlik**, im Bezirk für die Wirtschaftsförderung zuständig, hofft auf ein Mehr an Vielseitigkeit und verweist dabei auf die Idee der Betreiber des Schlossstraßen-Centers, der nach dem Auszug eines Textildiscounters die Räumlichkeiten für eine kulturelle Zwischennutzung freigab. In diesem Sinne betont Phillip Haverkamp die Wichtigkeit eines Funktionsmixes, auf den sich die Zentren einstellen sollten: Einkaufen bleibe der Anker, aber ein Bummel müsse auch zum nachhaltigen Erlebnis in Sachen Dienstleistungen, Gastronomie oder Kultur werden.

07) 150 Jahre Erwachsenenbildung in Steglitz und Zehlendorf - Einladung zur Publikations-Präsentation mit Vortrag am 6.12.2023 im Gutshaus Steglitz

Pressemitteilung vom 21.11.2023

1919 gilt als die Geburtsstunde der Volkshochschule; auf die gesetzliche Verankerung folgte die Gründung zahlreicher Institutionen.

Die Geschichte der Volkshochschularbeit in Steglitz-Zehlendorf reicht aber über 1919 hinaus. Schon viel früher, im Jahr 1873, gründete sich der „Verein zur belehrenden Unterhaltung“ in Zehlendorf mit dem Ziel, einen Jeden zu lehren. 46 Jahre später folgten die offiziellen Gründungen der Volkshochschulen Steglitz und Zehlendorf. **Somit steht die Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf nun in der inzwischen 150-jährigen Tradition, ein Ort der Grund-, Fort- und Weiterbildung, der Auseinandersetzung und des Zusammenkommens zu sein.**

Der Autor, Dozent und Stadtführer Armin A. Woy hat die Geschichte der Erwachsenenbildung im Südwesten der Stadt und insbesondere der Volkshochschulen in Steglitz und Zehlendorf recherchiert und in einer 60-seitigen Broschüre festgehalten. Diese Publikation wird in einer Veranstaltung im Gutshaus Steglitz vorgestellt.

Die **Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport, Cerstin Richter-Kotowski** wird die Veranstaltung eröffnen. Die Volkshochschule lädt nach dem Vortrag zu einem kleinen Empfang.

Seite C 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Termin und Ort:

Mittwoch, 6. Dezember, 18.00 Uhr
Gutshaus Steglitz, Schloßstr. 48, 12165 Berlin-Steglitz

Die Volkshochschule lädt alle Bildungs- und Geschichtsinteressierten zu dieser Veranstaltung ein. Die Teilnahme ist kostenlos, um vorherige Anmeldung wird geben: per E-Mail an service@vhssz.de oder telefonisch unter [030 90299 6156](tel:030902996156).

Weitere Informationen erhalten Sie bei Michael S. Rauscher (Stellv. Leitung der Victor-Gollancz-Volkshochschule):

E-Mail: rauscher@vhssz.de, Tel.: [030 90299 5084](tel:030902995084)

08) "Demokratie will gelebt werden!" - Jugendforum am 02. Dezember 2023

Pressemitteilung vom 16.11.2023

PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE

Wahr oder erfunden?
Echt oder manipuliert?

Du bist ein junger Mensch und hast Lust, an einem Workshop teilzunehmen, um diese und andere Themen zu diskutieren?

Wann und wo?
Samstag, 02 Dezember 2023
11 bis 14 Uhr
wannseeFORUM
Hohenzollernstraße 14
14109 Berlin

Wenn du dabei sein möchtest, melde dich bis zum **28.11.2023** per E-Mail an:
juggesdez@ba-sz.berlin.de



Einladung zum Jugendforum mit dem Thema "Fake News".- Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Seite C 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Seit dem Jahr 2023 ist auch der Bezirk Steglitz-Zehlendorf Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Wir wollen uns im Rahmen des Programms so viel wie möglich mit jungen Menschen austauschen und ihren Themen Raum geben.

Daher starten wir am 02. Dezember mit dem ersten Jugendforum, wir laden ein und wollen uns zum Thema “Fake News” austauschen.

Dazu **Jugendstadträtin Carolina Böhm**: „Jugendliche selbst haben immer wieder darauf hingewiesen, dass sie sich mit diesem Thema auseinandersetzen wollen. Die Verunsicherung ist groß und die Weitergabe von Informationen erfolgt in einem immer schnelleren Tempo. Wem oder was kann ich glauben, ein Thema was die Heranwachsenden im Hier und Jetzt massiv beschäftigt.“

Wir wollen erkunden, was das eigentlich ist, Fake News, wie wir sie erkennen können und welche Informationsquellen eigentlich wie zu nutzen sind. Was ist wahr, was ist erfunden?

Wir treffen uns in den schönen Räumen des Wannsee Forum, Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin, in der Zeit von 11.00 – 14.00 Uhr, für Verpflegung ist gesorgt!

Kommt vorbei und sagt uns bitte vorher kurz Bescheid unter juggesdez@ba-sz.berlin.de, damit wir gut planen können.

Die Partnerschaft für Demokratie Steglitz-Zehlendorf wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

09) Einladung zur Auftaktveranstaltung ISEK Zehlendorf-Mitte

Pressemitteilung vom 15.11.2023



Bild: Entworfen von pikisuperstar/freepik/bearbeitet durch S.T.E.R.N. GmbH

Seite C 1 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Im Juni 2023 wurde das **Gebiet Zehlendorf-Mitte** durch die **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen** als eines von fünf Berliner Gebieten für eine **Aufnahme in das Förderprogramm Lebendige Zentren und Quartiere ab dem Jahr 2025** ausgewählt. **Voraussetzung** für die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm ist ein **integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept**, welches seit Oktober 2023 durch die **S.T.E.R.N. GmbH** erstellt wird.

Gemeinsam mit dem **Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf** und unter der **Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Gewerbetreibenden und lokalen Akteuren** wird die Situation im Quartier sektorenübergreifend analysiert sowie Handlungserfordernisse, thematische Schwerpunkte und gebietspezifische Ziele herausgearbeitet. Dabei werden auch die Themen **Klimaschutz und Klimafolgeanpassung** betrachtet, die mit der Neuausrichtung der Städtebauförderung deutlich an Bedeutung gewonnen haben und inzwischen Fördervoraussetzung sind. Im Anschluss an die Formulierung eines Leitbildes lassen sich konkrete Maßnahmen und Projekte ableiten, die zu einer Bewältigung der bestehenden Herausforderungen beitragen und **das Gebiet nachhaltig als attraktiven Standort** für verschiedene Nutzungen wie **Verkehr, Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft, Kultur und Bildung** stärken.

Die Erstellung des ISEK wird durch unterschiedliche öffentliche Veranstaltungen begleitet. Neben der Information der Öffentlichkeit über die jeweiligen Schritte des Bearbeitungsprozesses steht dabei die **aktive Beteiligung der Bewohnerschaft, der lokalen Akteure und der Gewerbetreibenden im Vordergrund**. Die Veranstaltungen dienen der Abfrage von lokalem Wissen, Bedarfen und Vorstellungen. Die Ergebnisse werden im Anschluss analysiert und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die künftige Entwicklung des Gebietes und ihrer Umsetzbarkeit bewertet.

Die Auftaktveranstaltung findet am Mittwoch, den 29.11.2023 von 18.00 bis 20.00 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Zehlendorf (1.OG), Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin bzw. 2. Eingang Teltower Damm 18 statt.

Bei der Auftaktveranstaltung wird ein **interaktiver Gallery Walk** angeboten. In diesem Rahmen haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, an themenspezifischen Ständen die aus ihrer Sicht bestehenden Stärken, Schwächen, Risiken und Potenziale des Untersuchungsgebietes sowie räumliche Schwerpunkte und Bereiche mit Entwicklungspotenzial zu nennen und mit Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf und der S.T.E.R.N. GmbH ins Gespräch zu gehen.

Auch **online** kann aktiv am Erstellungsprozess des ISEK mitgewirkt werden. Unter <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung-und-denkmalschutz/> wird zeitnah der Link für die Online-Beteiligung über die Beteiligungsplattform des Landes Berlin mein.berlin.de veröffentlicht.

10) Nachschau: Benennungsfeier "Anna- und Hermann-Muthesius-Steig"

Pressemitteilung vom 13.11.2023



Gruppenfoto nach der offiziellen Benennung des Anna- und Hermann-Muthesius-Steig.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Gemäß BVV-Beschluss Nr. 117 /VI vom 14.09.2022 hat das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf in seiner Sitzung vom 29.08.2023 beschlossen, den Weg, der die Potsdamer Chaussee mit der Rehwiese verbindet, in **Anna- und Hermann-Muthesius-Steig** zu benennen. Die offizielle Benennung fand am 10.11.2023 statt.

Der Antrag erfolgte auf Initiative der Kirchengemeinde Nikolassee, die mit diesem Anliegen an die Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung herangetreten ist.



Feierliche Benennung des Anna- und Hermann-Muthesius-Steig mit der Enthüllung des Straßenschildes.- Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

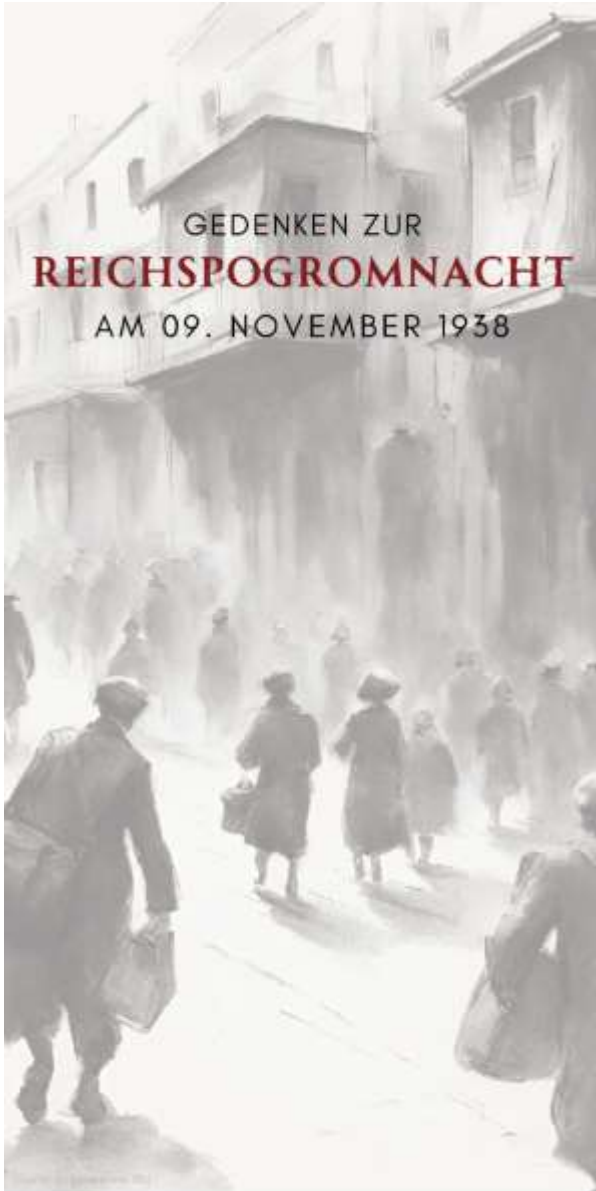
Bezirksstadtrat Urban Aykal:

„Anna und Hermann Muthesius haben das gesellschaftliche Leben in Nikolassee, wo sie selbst wohnten, merklich belebt und ihre Spuren hinterlassen. Die Landhausbauten von Hermann Muthesius prägen das Ortsbild bis heute.“

Der zur Benennung vorgeschlagene Steig führt unmittelbar an seinem ehemaligen Landhaus an der Potsdamer Chaussee 49a vorbei, dessen Garten 1991/92 als Gartendenkmal wiederhergestellt worden ist. Es hatte Modellcharakter für rund 100 Gebäude und Vorstadthäuser, die Muthesius vor allem in Schlachtensee, Zehlendorf-West und Nikolassee baute. Anna Muthesius war ausgebildete Konzertsängerin und wirkte als Autodidaktin sowie als Innenarchitektin. Ein Ehrenggrab der Eheleute befindet sich auf dem nahegelegenen Evangelischen Kirchhof Nikolassee.

11) Kranzniederlegung am 09.11.2023 an der Spiegelwand in Steglitz

Pressemitteilung vom 31.10.2023



Einladung zum Gedenken zur Reichspogromnacht am 09.11.1938.- *Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf*

Aus Anlass der Wiederkehr des Jahrestages der nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen am 09. November 1938 werden die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin einen Kranz niederlegen.

Die Gedenkfeier und Kranzniederlegung findet am Donnerstag, dem 09. November 2023, um 16:00 Uhr, an der Spiegelwand auf dem Hermann-Ehlers-Platz statt.

Die Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg lädt alle Bürgerinnen und Bürger zum gemeinsamen Gedenken ein.



9. NOVEMBER
REICHSPOGROMNACHT

11:00 Uhr Stolpersteinverlegung in der Albrechtstr. 83 A,
12167 Berlin für Else und Siegfried Heimann
sowie Aribert Zwick
Stolpersteininitiative der Markusgemeinde und
Netzwerk Erinnerungskultur

anschließend Gedenken im Gemeindehaus der
Markusgemeinde

16:00 Uhr An der Spiegelwand, Hermann-Ehlers-Platz

Es sprechen:

Maren Schellenberg, Bezirksbürgermeisterin
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Jael Botsch-Fitterling, Initiative Haus
Wolfenstein

Gabriele Schuster, Projekt Jarock und
Vorsitzende Heimatverein Steglitz e.V.

Musikalische Gestaltung: Jarock -Ensemble
Irene Aselmeier, Tal Koch, Raphael Isaac
Lanzbaum

Schlussgebet: Rabbiner Shmuel Segal und
Kantor Tal Koch

VERANSTALTER



Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin
mit freundlicher Unterstützung der Initiative Haus Wolfenstein
und des Jarock-Ensembles vom Heimatverein Steglitz

Quelle: Bürgerzentrisches Bild

Einladung zum Gedenken zur Reichspogromnacht am 09.11.1938 (Programm). - *Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf*

Gedenken zur Reichspogromnacht am 09. November 1938

- **11:00 Uhr:**
Stolpersteinverlegung in der Albrechtstr. 83 A, 12167 Berlin für Else und Siegfried Heimann sowie Aribert Zwick

Stolpersteininitiative der Markusgemeinde und Netzwerk Erinnerungskultur
anschließend Gedenken im Gemeindehaus der Markusgemeinde

- **16:00 Uhr:**
An der Spiegelwand, Hermann-Ehlers-Platz

Es sprechen:

- Maren Schellenberg, Bezirksbürgermeisterin Steglitz-Zehlendorf von Berlin
- Jael Botsch-Fitterling, Initiative Haus Wolfenstein
- Gabriele Schuster, Projekt Jarock und Vorsitzende Heimatverein Steglitz e.V.

Musikalische Gestaltung: Jarock -Ensemble Irene Aselmeier, Tal Koch, Raphael Isaac Landzbaum

Schlussgebet: Rabbiner Shmuel Segal und Kantor Tal Koch

Veranstalter:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin
mit freundlicher Unterstützung der Initiative Haus Wolfenstein und des Jarock-Ensembles vom Heimatverein Steglitz

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 47 - C 59)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Feier zum Jüdischen Lichterfest im Rathaus Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 438 vom 05.12.2023

Am Freitag, den 8. Dezember 2023 beginnt das acht Tage dauernde jüdische Lichterfest Chanukka. Chanukka erinnert an die Wiedereinweihung des jüdischen Tempels in Jerusalem im Jahr 165 vor unserer Zeitrechnung. Obwohl nur Öl für einen Tag vorhanden war, brannten die Lichter des Leuchters im Tempel acht Tage, bis neues Öl gewonnen und geweiht worden war.

Wie in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahr ein Chanukka-Leuchter am Bayerischen Platz, wo früher eine große jüdische Community ansässig war, aufgestellt.

Traditionell wird eine Chanukkia ebenso auf dem Balkon des Rathauses Schöneberg aufgestellt. Ermöglicht durch das jüdische Bildungszentrum Chabad Lubawitsch Berlin e.V. und zusammen mit Rabbiner Yehuda Teichtal wollen wir zur zentralen Feierstunde einladen, zu der Sie auch der Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann begrüßen wird.

Dienstag, der 12. Dezember 2023 von 15:00 bis 16:00 Uhr

John-F.-Kennedy-Saal des Rathauses Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

Wir wünschen allen ein fröhliches Lichterfest! Chanukka sameach!

Die Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg – Demokratie leben!“ wird seit 2019 vom Bezirksamt in Kooperation mit dem Bildungsträger Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg DGB/VHS e.V. durchgeführt und im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

02) Veröffentlichung des Fortbildungsprogramms für ehrenamtlich Engagierte in Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 437 vom 05.12.2023

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg präsentiert voller Freude das neue Fortbildungsprogramm für ehrenamtlich und freiwillig Engagierte, das in enger

Seite C 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Zusammenarbeit zwischen dem Ehrenamtsbüro und der Volkshochschule auf die Beine gestellt wurde. Diese Initiative unterstreicht die Bedeutung des Engagements für unsere Stadt und unseren Bezirk, da es die Grundlage für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit bildet. Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit sind unverzichtbare Bestandteile unserer demokratischen Gesellschaft und spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen.

Das Bezirksamt möchte auch in diesem Jahr die ehrenamtlich Engagierten mit einem kostenfreien Fortbildungsprogramm unterstützen. Dabei steht nicht nur die Vermittlung von Wissen im Vordergrund, sondern auch die Anerkennung und Wertschätzung für das wertvolle Engagement, das diese Menschen leisten. Wir möchten Ihnen von Herzen Dankeschön sagen!

Im Rahmen des Fortbildungsprogramms haben Ehrenamtliche die Möglichkeit, aus einer breiten Palette von Themenangeboten entsprechend ihrer Interessen und individuellen Fortbildungsbedarfe auszuwählen. Dies beinhaltet informative Weiterbildungskurse zur Unterstützung geflüchteter Menschen, zur Förderung von Inklusion, zur Unterstützung von Vereinsarbeit sowie Kurse im Bereich politischer Bildung. Darüber hinaus werden Sprachkurse in Farsi/Dari und Ukrainisch angeboten, um die Integration und den kulturellen Austausch zu fördern. Außerdem erhalten alle ehrenamtlich tätigen Personen bei Vorlage der gültigen Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg eine Entgeltermäßigung auf alle Bildungsangebote der Volkshochschule.

Das Bezirksamt ermutigt alle, dieses vielseitige Angebot zu nutzen und sich gleichzeitig mit anderen engagierten Menschen im Bezirk zu vernetzen. Der Austausch von Erfahrungen und Ideen trägt maßgeblich zur Stärkung unserer Gemeinschaft bei.

Für weitere Informationen und zur Anmeldung zu den Fortbildungsangeboten stehen Ihnen das Ehrenamtsbüro und die Volkshochschule gerne zur Verfügung.

Kontakt

Ehrenamtsbüro

- [John-F.-Kennedy-Platz 1](#)
[10820 Berlin](#)
- Tel.: [\(030\) 90277-6051](tel:(030)90277-6051)
- Tel.: [\(030\) 90277-6600](tel:(030)90277-6600)
- [E-Mail an das Ehrenamtsbüro](#)

ehrenamtsbuero@ba-ts.berlin.de

Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg

- [Barbarossaplatz 5](#)
[10781 Berlin](#)
- Tel.: [\(030\) 90277-8944](tel:(030)90277-8944)

[<vhs@ba-ts.berlin.de>](mailto:vhs@ba-ts.berlin.de)

03) Breslauer-Blumen-Platz“ - Pflanzkübel-Rettung in Friedenau

Pressemitteilung Nr. 427 vom 27.11.2023



Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Nach Umsetzung der verkehrsberuhigenden Maßnahmen und den neuen Baumpflanzungen am Breslauer Platz gibt es noch weiteren Handlungsbedarf, um den Stadt- und Marktplatz in Friedenau schöner zu machen. Die Pflanzkästen auf dem Platz, eigentlich als grüne Mini-Oase gedacht, waren bis vor kurzem vermüllt, mit Graffiti beschmiert, die Pflanzen vertrocknet. Der gesamte Bereich machte einen ungepflegten Eindruck, es gab Beschwerden von Anwohnenden, die Entfernung der Kästen drohte.

Um dies zu verhindern, wurde nun auf Initiative von Bezirksstadträtin Saskia Ellenbeck eine Kooperation mit dem vor Ort ansässigen Theater Morgenstern geschlossen. Das Theater übernimmt dabei eine Pflegepatenschaft mit dem Fachbereich Grünflächen des Bezirksamts und möchte die Pflege der Kübel mit einem theaterpädagogischen Konzept verbinden, bei dem die teilnehmenden Kinder sich schützend und rettend mit der Natur beschäftigen.

Den Startschuss für das gemeinsame Projekt setzte das Theater am 10. November 2023. Die Kübel wurden entmüllt und gesäubert, empfindliche Pflanzen wie z.B. die Rosen sind vor kalten Temperaturen geschützt mit Tannenzweigen eingedeckt worden. Bei einer anschließenden Aktion besuchte Stadträtin Ellenbeck das Projekt und begleitete mit den Theaterpädagoginnen die Kinder bei einer kreativen Streichaktion. Mit ausgewählten Motiven wurden die Pflanzkästen von den Kindern bemalt, um dem Ort eine bunte Note zu verleihen. Im Frühjahr sollen insektenfreundliche und winterharte Pflanzen folgen.

Bezirksstadträtin Saskia Ellenbeck:

Seite C 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

„Mit dieser Kooperation wollen wir nicht nur das ästhetische Erscheinungsbild des Breslauer Platzes verbessern, sondern auch das Bewusstsein für einen respektvollen Umgang mit öffentlichen Räumen und der Stadtnatur stärken.“

Aussagen von Kindern zum Theater Morgenstern:

„Endlich dürfen die Kinder mitentscheiden wo hier Blumen wachsen!“

„Wenn ich groß bin, dann zeige ich die Bilder meinen Kindern!“

„Ab heute ist das der Breslauer-Blumen-Platz!“

Für weitere Informationen und Bildmaterial stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.



Beispiel für alten



und neuen Zustand...

04) 60. Todestag: Bezirk Tempelhof-Schöneberg würdigt US-Präsident John F. Kennedy

Pressemitteilung Nr. 425 vom 22.11.2023

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und BVV-Vorsteher Stefan Böltes legen Kranz nieder

Am 60. Jahrestag des Attentats auf US-Präsident John F. Kennedy legten Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksverordnetenvorsteher Stefan Böltes heute einen Kranz vor dem Rathaus Schöneberg nieder. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg erinnert damit an den herausragenden Beitrag Kennedys für die Freiheit Berlins und den Frieden für die Menschen in der Stadt.

Am 26. Juni 1963 hielt der 35. US-Präsident die Rede mit dem Legendären Satz: „Ich bin ein Berliner!“ vor dem Rathaus Schöneberg. Keine fünf Monate später wurde John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas im US-Bundesstaat Texas ermordet.

Den 60. Jahrestag der Kennedy-Rede feierte der Bezirk im Juni diesen Jahres mit einem Bürgerfest und der Botschafterin der Vereinigten Staaten, Amy Gutmann, als Gastrednerin.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„John F. Kennedy sandte mit seiner Rede ein starkes Signal für die Freiheit aus Schöneberg in die Welt. Er gab den Menschen die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Um John F. Kennedy und die herausragende Bedeutung seiner Worte für die Geschichte unserer Stadt zu würdigen, legen wir alljährlich an der Gedenktafel am Rathaus Schöneberg einen Kranz nieder. Wir würdigen damit einen Staatsmann, der mit seiner Rede die Herzen der Menschen ergriff. Allen, die ihn erlebt haben, bleibt er unvergessen. Seine Botschaften haben kein Verfallsdatum: Sie sind heute genauso bedeutsam wie vor 60 Jahren.“

Anlässlich des Jubiläums gibt es weiterhin die Ausstellung „Ich bin ein Berliner“ auf der Galerie im Rathaus Schöneberg von Kurator Dr. Andreas Etges, LMU München, Autor einer Kennedy-Biographie, und Co-Kuratorin Mila Hacke, Architektur-Fotografie, zu sehen.

Außerdem ist vor der Abflughalle des Flughafens Tempelhof bis zum 12. Mai 2024 die Ausstellung „Blockierte Sieger – geteiltes Berlin: 75 Jahre Luftbrücke“ und im Tempelhof Museum bis zum 2. Juni 2024 die Ausstellung „Überlebenskunst in Tempelhof – Alltag während der Luftbrücke 1948/49“.

Kontakt:

Pressestelle

Veranstaltungsmanagement

-
- Tel.: [\(030\) 90277-6527](tel:030902776527)
- [E-Mail: veranstaltungen-pressestelle@ba-ts.berlin.de](mailto:veranstaltungen-pressestelle@ba-ts.berlin.de)

05) Veranstaltungsreihe „Starke Seiten – Starke Worte“

Pressemitteilung Nr. 405 vom 09.11.2023

„Klimawandel und Klimagerechtigkeit“

Dürren, Überflutungen und Rekordtemperaturen lassen uns die Folgen des Klimawandels bereits deutlich spüren. Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ringen um Maßnahmen und streiten darüber, was angemessene Antworten auf die Klimakrise sein könnten. Wir wollen die verschiedenen Antworten aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive, aus dem Blickwinkel des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, aus Sicht einer Aktivistin der letzten Generation und der Einschätzung eines Sprechers für Rechtspolitik diskutieren. Welche konkreten klimapolitischen Maßnahmen sind sinnvoll? Inwieweit werden große Teile der Gesellschaft mitgenommen und auch, wie weit darf Klimaaktivismus gehen? Es wird kontrovers bei „Starke Seiten – Starke Worte“ in der Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg.

Montag, 27. November 2023 um 19:00 Uhr

**Bezirkszentralbibliothek „Eva-Maria-Buch-Haus“
Götzstraße 8/10/12, 12099 Berlin**

Der Eintritt ist frei. Anmeldung per [E-Mail an die Stadtbibliothek](mailto:stabi-anmeldung@ba-ts.berlin.de):

stabi-anmeldung@ba-ts.berlin.de

Auf dem Podium:



Mareike Blum.- Bild: WBGU

Mareike Blum ist Politikwissenschaftlerin und promovierte an der Universität Freiburg, wo sie unterschiedliche Interpretationen von Klimaschutz im Rahmen des Abkommens von Paris untersuchte.



Marion Fabian.- *Bild: Petra Weller*

Marion Fabian ist Aktivistin der Letzten Generation, aber auch Mitglied im Kulturbeirat Tempelhof-Schöneberg, im Bündnis gegen Antisemitismus Tempelhof-Schöneberg und in verschiedenen Kunstinitiativen.



Stephan Gabriel Haufe.- *Bild: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz*

Stephan Gabriel Haufe ist zuständiger Pressesprecher des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.



Jan Lehmann. *Bild: Jan Lehmann, SPD Berlin*

Jan Lehmann ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus für Recht, Verfassungsschutz, Digitalisierung & Datenschutz.

Die Moderation übernimmt **Frank Bachner**. Er ist Lokalredakteur des Tagesspiegels und berichtet aktuell über die Geschehnisse in der Hauptstadt.

Der Diskussionsabend ist die zweite Veranstaltung zur Neuausrichtung der Reihe „Starke Seiten – Starke Worte“. Die Veranstaltungsreihe wurde ursprünglich 2021 anlässlich der Bücherzerstörungen in der Bezirkszentralbibliothek Tempelhof ins Leben gerufen: Dort wurden Bücher, die sich auf kritische Weise mit rechten Tendenzen, linken Theorien oder der Geschichte des Sozialismus befassen, mutwillig zerstört oder entwendet.

Die Reihe „Starke Seiten – Starke Worte“ wird gefördert von der Amadeu-Antonio-Stiftung.

•

Kontakt:

Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg

Community Management

Christian Meskó

-
- Tel.: [\(030\) 90277-2168](tel:030902772168)
- [E-Mail an Herrn Meskó](mailto:Christian.Mesko@ba-ts.berlin.de) <Christian.Mesko@ba-ts.berlin.de>
- [Homepage](https://www.berlin.de/stadtbibliothek-tempelhof-schoeneberg/) <https://www.berlin.de/stadtbibliothek-tempelhof-schoeneberg/>

06) Gedenken zum Volkstrauertag



Das große Gedächtniskreuz auf dem Heidefriedhof.-

Pressemitteilung Nr. 402 vom 06.11.2023

Bezirksbürgermeister und Bezirksverordnetenvorsteher erinnern an Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Terrorismus

Am Volkstrauertag wird bundesweit der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht. Ursprünglich wurde dieser Gedenktag vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eingeführt, um an die Millionen von Opfern des Ersten Weltkriegs, und später auch des Zweiten Weltkriegs, zu erinnern. In Angesicht der vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, terroristischen Anschlägen und Krisen weltweit soll der Volkstrauertag heute an alle Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Terrorismus erinnern.

Aktuell bewegen uns insbesondere der Ukraine-Krieg und der terroristische Angriff auf Israel. Wir laden Sie zur bezirklichen Gedenkveranstaltung ein:

Sonntag, 19. November 2023 um 10:30 Uhr

**Am großen Gedächtniskreuz auf dem Heidefriedhof
Reißeckstraße 14, 12107 Berlin**

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksverordnetenvorsteher Stefan Böltes werden einen Kranz am Mahnmal niederlegen und einige Worte des Gedenkens sprechen.

Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

07) Gemeinsames Gedenken an die Reichspogromnacht vor 85 Jahren

Pressemitteilung Nr. 400 vom 03.11.2023



Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge in der Münchener Straße
Bezirksbürgermeister, Rabbiner und Repräsentanten der evangelischen und
katholischen Kirchengemeinden erinnern an die Opfer der Reichspogromnacht

Am Donnerstag, dem 9. November 2023 jährt sich zum 85. Mal die Pogromnacht von 1938. Bundesweit wird an diesem Tag an die Opfer der nationalsozialistischen Pogrome und an die systematische Ermordung der europäischen Juden erinnert.

In diesem Jahr findet das Gedenken unter dem Eindruck des barbarischen Angriffs der Hamas auf die israelische Bevölkerung am 7. Oktober 2023 statt.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

Seite C 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

„Der Überfall der terroristischen Hamas auf Israel war menschenverachtend und hat ein unfassbar großes menschliches Leid ausgelöst, das weit über Israel selbst hinausreicht. Die Ermordung von unschuldigen Menschen reichte der Hamas dabei nicht. Die Opfer wurden gedemütigt und zur Schau gestellt. Am 9. November werden wir an die Opfer der Reichspogromnacht erinnern und daran, dass jede Form von Antisemitismus geächtet und bekämpft werden muss. Zugleich setzen wir ein deutliches Zeichen der Solidarität für die Menschen in Israel. Wir trauern um die Opfer, hoffen auf die Befreiung der Geiseln und sind in Gedanken bei den Menschen in Israel und in Gaza. Dabei gehören Mitgefühl und entschlossenes Handeln zusammen, sonst wird das Leid immer größer. Wir wenden uns gegen Antisemitismus, wo auch immer er auftritt. Nie wieder ist Jetzt!“

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Stefan Böltes, laden alle Bürger ein, an der Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung in Schönberg teilzunehmen:

Donnerstag, 9. November 2023 um 16:00 Uhr

Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge Münchener Straße 38, 10779 Berlin

Nach der Eröffnung durch Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann wird Rabbiner Teichtal den Psalm 121 sprechen.

Im Anschluss werden Bezirksbürgermeister Oltmann und Bezirksverordnetenvorsteher, Stefan Böltes, gemeinsam einen Kranz am Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge niederlegen und mit einer Schweigeminute den Opfern des Holocaust gedenken.

Der Superintendent des evangelischen Kirchenkreises, Michael Raddatz und der katholische Pfarrer, Dr. Josef Wieneke, von der Pfarrei St. Matthias werden die Gedenkveranstaltung mit Beiträgen mitgestalten.

Musikalisch begleitet der Klarinettist Nur Ben Shalom mit den Stücken „Shalom Alechem“, „Avinu Malkenu“ und „Tefilah le Shalom“.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Kontakt:

Pressestelle

Veranstaltungsmanagement

Julia Wirl

-
- Tel.: [\(030\) 90277-6527](tel:030902776527)
- veranstaltungen-pressestelle@ba-ts.berlin.de

08) 18. Hanza Jazz Festiwal in polnischer Partnerstadt Köslin / poln. Koszalin

Pressemitteilung Nr. 393 vom 31.10.2023



Bild: Stadtverwaltung Köslin / poln. Koszalin

Delegation aus Politik und Verwaltung zu Gast in Partnerstadt

Bereits seit 1995 besteht die Städtepartnerschaft mit dem 110.000 Einwohner zählenden Koszalin im Nordwesten Polens (*Anm. der AWR-Redaktion: also deutsch Köslin in Hinterpommern, aus der die deutsche Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs vertrieben wurde*). Kulturell ist die Stadt seit langem über die Grenzen Polens hinaus bekannt, sowohl aufgrund eines renommierten Filmfestivals im Frühjahr als auch wegen des Internationalen „Hanza Jazz Festivals“. Von der großen Bedeutung der Kultur für Koszalin zeugen auch Einrichtungen wie das Kulturzentrum 105, das neu gebaute Amphitheater und die großzügig errichtete Philharmonie. An beiden wichtigen Festivals haben Vertreter von bezirklichen Einrichtungen mehrfach teilgenommen. Zuletzt war unsere Leo Kestenberg Musikschule mit ihrer israelischen Partner-Musikschule Givatayim aus Tel Aviv 2022 hier erfolgreich vertreten.



Bild: Stadtverwaltung Köslin / poln. Koszalin

In diesem Jahr war Tempelhof-Schöneberg zwar nicht musikalisch dabei, aber mit Bezirksstadträtin Eva Majewski und dem Bezirksverordneten Oliver Fey folgten zwei Repräsentanten aus Verwaltung und Politik der Einladung, das Festival und dabei auch die Partnerstadt besser kennenzulernen. Am Rande des beeindruckenden Festivals gab es ein Gespräch mit dem stellvertretenden Stadtpräsidenten Przemysław Krzyżanowski, dem Direktor des Kulturzentrums 105 Paweł Strojek, der stellvertretenden Direktorin des Kulturzentrums 105 Monika Modła sowie der Koordinatorin für EU-Projekte und Öffentliche Beschaffung Sylwia Purta, in dem die aktuelle Lage in unserer Partnerstadt und zukünftige gemeinsame Projekte besprochen wurden. So ist es geplant, dass auf dem Anfang Juli stattfindenden „Festival der Geschmäcker“ wieder die im Schöneberger Norden gelegene Kochschule Palladin mit einer Gruppe von Auszubildenden vertreten sein wird.

Kontakt:

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften

Mirka Schuster

-
- Tel.: [\(030\) 90277-2781](tel:(030)90277-2781)

Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de

01) Volkstrauertag Berlin 2023

Hier die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin und die
Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Berlin....



Wie in jedem Jahr, seit Jahrzehnte, legte die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin, gemeinsam mit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Berlin, ein Blumengebinde am Gedenkstein zur Erinnerung an die Toten des 1. Westpreußischen Fußartillerie-Regimentes Nr. 11 auf dem Berlin-Neuköllner

Neuen Garnisonfriedhof am Columbiadamm nieder. Die Gesamtveranstaltung leitete Major d. R. Armin Brenker vom Ring Deutscher Soldaten. Wir drucken im Folgenden die Einladung und den Text der Rede von Joachim Weinert (Berliner Bürgerverein) ab.

Der Vizepräsident

RING DEUTSCHER SOLDATENVERBÄNDE BERLIN E.V.

Armin Brenker

Darbystr.24
13589 Berlin-Spandau
Tel. international: 0049*30/ 366 05 96
post@arminbrenker.de
Bln-Sparkasse, BIC: BELA2333
IBAN: DE 30 1005 0000 6010414782

Einladung

Der RDS Berlin lädt hiermit alle Traditionsverbände, Kameradschaften, befreundeten Vereine, interessierten Bürger und ausländischen Vertreter ein zur
Feierstunde am Volkstrauertag 2023
Sonntag, 19. November 2023, 11.00 Uhr
auf dem Garnisonsfriedhof, Columbiadamm (Nähe Flughafen Tempelhof).

Nach dem Ausfall der Veranstaltung wegen des Lockdowns im vergangenen Jahr findet in diesem Jahr wieder eine Feierstunde anlässlich des Volkstrauertages durch den Ring deutscher Soldatenverbände Berlin e.V. statt. Eingeladen sind wie seit 74 Jahren Vertreter der Länder, deren Tote hier ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, sowie alliierte und befreundete Nationen und Bundeswehr und Reservisten, sowie alle interessierten Bürger.

Am Volkstrauertag Aufstellung der Delegationen ab 10.30 Uhr vor dem Freiraum am Lucknerkreuz, dort Ablage der Kränze und Blumengebinde bis zum Beginn der Feier.

11.00 Uhr Eröffnung der Feierstunde durch den Vizepräsidenten und Ansprache.

Dann Totenehrung mit Aufruf aller Delegationen, gemeinsames Gebet Vater unser – jeder in seiner Sprache.

Anschließend gemeinsamer Gang über den Friedhof, kurze Gedenkfeiern an den verschiedenen Denkmälern.

Der Trompeter wird das Lied vom guten Kameraden, das französische „Aux morts“ und das britische „Last post“ blasen. Am Stein von Österreich-Ungarn beabsichtigen wir bei Bedarf, die Toten dieser Länder und aus der Slowakei und Kroatien zu ehren.

Dann zum Alexander-Denkmal und Afrikastein.

Gerade in Zeiten, in denen wir in einem Krieg vor unserer Haustür verstrickt sind, ist es uns eine selbstverständliche Pflicht unsere gefallenen und vermissten Kameraden, Brüder, Väter und Großväter zu würdigen. Wir haben auch die Pflicht unserer Landsleute zu gedenken, die wie jetzt in der Ukraine während der Kriegs- und Nachkriegszeit vertrieben, verschleppt, vergewaltigt und getötet wurden. Wir gedenken auch der Mitbürger, die auf Befehl unserer Regierung in die Auslandseinsätze gehen mussten und dort gefallen sind.

In kameradschaftlicher Verbundenheit



Armin Brenker

P.S. Der Garnisonsfriedhof spiegelt deutsche und europäische Geschichte:
Vom Grab des türk. Botschafters bei Friedrich dem Großen über das weltweit einzige gemeinsame Grab für Franzosen und Deutsche von 1813, über Gurkha, Österreich-Ungarn und Russen aus dem I. Weltkrieg bis zu den Kriegsoffern des II. Weltkrieges reicht die Spanne der kunstsinnigen Erinnerungsmäler.

sem Fanatismus setzte er die "Area Bombing Directive" des britischen Luftfahrtministeriums vom 14. Februar 1942 um. Die gab vor, durch Flächenbombardements die Moral der gegnerischen Zivilbevölkerung zu brechen. Der Historiker Rolf-Dieter Müller: Alliierte Bomber flogen allein in Deutschland 708.416 Einsätze und warfen 1,6 Mio Tonnen Bomben ab. Es interessierte Briten und später Amerikaner nicht, daß Luftterror gegen Zivilisten jedem Völkergewohnheitsrecht widersprach und nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 ein Kriegsverbrechen darstellt. In Artikel 25 heißt es: "Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen."

Haben nicht die Sieger / Mitsieger alle internationalen Verträge gebrochen?

Mit den Flächenbombardements wollte die RAF möglichst viele Menschen -besonders Arbeiter- töten und die Überlebenden zermürben.

'Der Spiegel' schrieb 2003: "Leichen, die in den über 1000 Grad heißen Feuerbrünsten auf die Größe von Kommißbroten schrumpfen; Säuglinge, die im siedenden Löschwasser der Feuerwehr bei lebendigem Leibe gesotten werden; Kinder, die ihre zu Asche verbrannten Eltern im Eimer zum Friedhof trugen."

Übrigens hatte Arthur Harris die Luftangriffe schon 1922 in der britischen Kolonie Irak erfolgreich ausprobiert.

Die Flächenbombardementanweisung setzte Harris in der Nacht auf den 29. März 1942 mit dem Angriff auf das unverteidigte Lübeck um, danach wurde Rostocks Innenstadt zerstört und im Mai 1942 Köln, wo in 90 Minuten 1.455 Tonnen Spreng- und Brandbomben abgeworfen wurden.

Schon 1940 hatte Churchill angekündigt: "Wir werden Deutschland zur Wüste machen, ja, zu einer Wüste,"- ... "Deutsche Städte werden einer Feuerprobe unterzogen;" und Luftfahrtminister Sinclair, der für die Area Bombing Directive verantwortlich war: "Der nächste Höhepunkt (nach Köln) wird noch gewaltiger sein."

(Er meint die englischen Mordüberfälle auf deutsche Arbeiter und ihre Familien)

Im Sommer 1943 (vor 80 Jahren) griffen die britische und amerikanische Luftwaffe gemeinsam Hamburg an. Sie entfachten einen infernalischen Feuersturm durch den weit über 40 000 Menschen verbrannten, erstickten oder von Trümmerteilen erschlagen wurden. Die ungeheuerliche Hitze (über 1000°) ließ Erwachsenenkörper auf Kindergröße schrumpfen und Kleinkinder fast restlos verglühen. Laut NDR befanden sich unter den Toten über 7000 Kinder und über 22000 Frauen; über 130 000 Einwohner trugen schwerste Verletzungen davon.

Das Grauen begann in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli und dauerte bis zum 3. August. 2592 britische und 146 amerikanische Flugzeuge warfen 8500 Tonnen Bomben ab. Dazu gehörten Luftminen als 'Wohnblockknacker', die Hausdächer und -wände zerstörten; in die aufgerissenen Häuser warfen sie Brand- und Phosphorbomben; als Krönung ließ man Splitterbomben "regnen", um Löschmannschaften zu behindern.

Der Zerstörungstaktik voraus ging eine Anregung von Churchill-Berater Cherwell, der meinte, es gäbe um Häuser der Mittelklasse zu viel Freifläche, wodurch "Bomben verschwendet" würden. Um das "Problem" zu lösen, heuerte das US-Militär die aus Deutschland stammenden Architekten Erich Mendelsohn und Konrad Wachsmann an. Unter ihrer Anleitung entstand in Dugway mit Hilfe von Häftlingen des Utah State Prison (Gefängnis) unweit von Salt Lake City eine sog. Mustersiedlung "German Village" (Deutsches Dorf). Die Wohnungen wurden durch Requisiteure aus den Hollywoodstudios mit gleichen Textilien ausgestattet mit denen der deutsche Arbeiter seine Betten bezog und die Fenster behängte, um die samt Bewohner erfolgreich zu verbrennen. Selbst Holz wurde regelmäßig feucht gehalten, um in der US-Wüste das deutsche Klima zu imitieren. Der "deutsche Ort" wurde zu Testzwecken mehrmals bombardiert und gleich wieder aufgebaut, um Luftangriffe auf deutsche Arbeitersiedlungen zu "optimieren".

Das wird heute Befreiung genannt.

Vor genau 100 Jahren (1923) Ruhrkampf

Unter dem Vorwand geringfügiger deutscher Holz- Kohlelieferungsrückstände (lt. Versailler Diktat) ließ der französische Ministerpräsident Poincare

(Deutschenhasser wie er sich genüßlich bezeichnet) 100 000 Mann französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet einmarschieren und kurzerhand wichtige Firmen besetzen. Arbeiter, die sich weigerten ihre Firma ausplündern zu lassen, wurden kurzerhand erschossen, Direktoren vor ein französisches Kriegsgericht gestellt. Deutsche, die sich gegen zahlreiche französische Übergriffe wehren, wurden von französischen Schnellgerichten zum Tode verurteilt.

Deutschland war damals -im Gegensatz zu heute- ein souveräner Staat!

Die Besetzung dauerte bis 1925 und kostete das Deutsche Reich (wie der offizielle Name hieß) 3,5 Mia Goldmark und führte schneller in die große Pleite. Was wurde aus den Gedenkstätten- auch sie starben für Deutschland.

Vor 175 Jahren antideutscher Panslawisten-Kongreß

1848 trafen sich im damaligen österreichischen Prag Vertreter von slawischen Verbänden. Dieses Treffen ist auch unter dem Namen Allslawischer Kongreß bekannt. Den besten Bericht lieferte Friedrich Engels, der Freund von Karl Marx. Die Teilnehmer mußten sich der deutschen Sprache bedienen, da sie sich sonst nicht verständigen konnten.

Dem Bericht von Engels ist zu entnehmen, daß es hier schon um eine bösartige antideutsche Hetze mit Forderung der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa (von Ostpreußen bis Schlesien, auch der böhmischen Länder) und dem Balkan ging. Warum verschweigen deutsche Historiker diesen Vorgang, der 1918 und 1945 umgesetzt wurde und den Tod von Millionen Deutschen bedeutete. Besonders radikal antideutsch führten sich beim Kongreß polnische Theologen aus dem Priesterseminar Posen auf, die hierbei auch das sog. polnische "Kampflied" ROTA singen ließen; das darin erwähnte Ziel (Ermordung der Deutschen) ist eindeutig:

Brüder, Sensen in die Hände...unser Feind der Deutsche falle!..

Plündert, raubet, senget, brennet! Laßt die Feinde qualvoll sterben!

Wer die deutschen Hunde hänget, wird sich Gottes Lohn erwerben.

Ich, der Probst, verspreche euch, fest dafür das Himmelreich.

Jede Sünd wird euch vergeben, selbst der wohlbedachte Mord... usw

Wieviele Vertreibungstote haben nicht mal ein Grab, sie wurden nur verscharrt. Übrigens: Das Wort "Hunde" ist das schlimmste polnische Schimpfwort.

"Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur ... ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war Völkermord"- wie sie der SPD-Abgeordnete Altmaier treffend benannte.

Und der US-Völkerrechtler de Zayas ergänzt:

"Die Vertriebenen (Deutschen) waren Opfer der Unmenschlichkeit der Sieger; heute sind sie Opfer der Diffamierung durch viele Medien und dem Zeitgeist verhaftete Historiker (Historiker??).

Die schwere und anhaltende Verharmlosung der Vertreibung der Deutschen durch deutsche, polnische und tschechische Historiker stellt eine Menschenrechtsverletzung dar, denn sie bedeutet eine unzulässige Diskriminierung der Opfer... Die deutschen Vertriebenen und ihre Nachkommen dürfen keine Opfer 2. Klasse sein. Die anhaltende Diskriminierung der Vertriebenen in Medien, in Schulbüchern und im politischen Dialog stellt eine Verletzung allgemein anerkannter menschenrechtlicher Normen dar.

Deshalb muß sich das heutige Polen an eine unverzichtbare Voraussetzung für ein nachbarschaftliches Verhältnis in Frieden und Freiheit erinnern lassen: Wer Versöhnung will, muß bereit sein, sich zu den eigenen Verbrechen zu bekennen. Die Vertreiberstaaten Polen und Tschechien (Tschechei) sind dazu bis heute nicht bereit. Vertreibung ist meistens Rassismus und immer Terror und unentschuldigbar."

"Die Welt weiß alles, was die Deutschen begangen haben; sie weiß aber nichts darüber, was den Deutschen angetan wurde." Das erkannte schon der amerikanische Präsidentschaftskandidat Buchanan.

Als neurotisiertes sog. "Tätervolk" (nach Bundespräsidenten Heinemann bis....) mit völliger Selbstverleugnung sind Deutsche von heute leichter zu manipulieren und finanziell auszupressen. Meist haben ausländische Tatbeteiligte den Mantel

des eisernen Schweigens über ihre Verbrechen gelegt.

In Frankreich hat nun ein 98-jähriger Resistance- (Widerstands-) Kämpfer -in Wirklichkeit eine hinterhältige Mörderbande- sein Schweigen über eine Massenerschießung von gefangenen Wehrmachtssoldaten gebrochen. Demnach liquidierten französische Partisanen am 12. Juni 1944 in einem Wald nahe dem Dorf Meymac im Limousin 47 deutsche Soldaten und eine der Zusammenarbeit (Kollaboration) verdächtige Französin. Der damals 19-jährige Edmond Reveil griff mit seiner Partisanengruppe deutsche Soldaten in Tulle an und nahm viele von ihnen gefangen. Mit ihrer menschlichen Beute zogen sich die Franzosen in einen unzugänglichen Wald zurück.

In einem Interview mit der Zeitung La Montagne sagte Reveil: "Wir haben sie alle gezwungen, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Dann haben wir Kalk hineingeschüttet. Es roch nach Blut."

Im hohen Alter zeigte Reveil jedoch Schuldbewußtsein und will, daß die Nachfahren der ermordeten deutschen Soldaten die Wahrheit erfahren. "Es war falsch, Kriegsgefangene zu töten."

Diese Ehrlichkeit ist genau so lobenswert wie der heutige Umgang der Franzosen mit dem damaligen Geschehen; die französischen Behörden wollen die Überreste der deutschen Opfer bergen. Mit seinem Bekenntnis beschämt der alte Franzose viele deutsche Politiker und die Geschichtsmanteloperatoren in den deutschen Medien.

Nun werden wir täglich von den Medien fast redeschwallartig belehrt (kaum informiert), was in der Ukraine bzw. im vorderen Orient abläuft. Wieso müssen die Verantwortlichen in diesem Rest-Deutschland sich bei Kriegsmateriallieferungen und bei Sozialleistungen in den Vordergrund drängeln, über dem der Pleitegeier und die UN-Feindstaatenklausel schweben!

Man sollte nicht vergessen, daß die kleine deutsche Wiedervereinigung erst durch die Zustimmung Rußlands, die Zustimmung Gorbatschows, möglich wurde. Dafür gab es die Zusage des amerikanischen Außenministers Baker: "Die NATO wird keinen Inch weiter nach Osten vorrücken." Der Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung war also ein Teil des Preises für die Wiedervereinigung, was der damalige deutsche NATO-Generalsekretär Wörner und Außenminister Genscher bestätigt haben.

Zu den verschwiegenen Wahrheiten gehört:

Die ersten Toten in der Ukraine gab es bei den von US-Finanzbanden (besonders der So..Spekulanten-Klicke) bezahlten 'Majdan-Unruhen' durch fremdländische Söldner 2014! Doch nie ist menschliches Leid mit politischer 'Notwendigkeit' zu rechtfertigen. Westliche Politiker versuchen mit fadenscheinigen Argumenten ihre Mitschuld an der Eskalation in der Ukraine zu vertuschen. Kein politischer Verantwortlicher spricht von gebrochenen Versprechungen. Wer den "Dingen auf den Grund gehen" will, lese in den Aufzeichnungen von Generalmajor Schultze-Rhonhoff oder in Schweizer Zeitungen.

Nun, blicken wir zurück: Nach der Eroberung der Westukraine 1920 durch Polen östlich der "Curzon-Linie" berichtet der französische Slavistikprofessor Martel: "Es wurde erschossen, gehängt, gefoltert, eingesperrt, beschlagnahmt...Viele ukrainische Priester wurden hingerichtet. Um Überfüllungen zu vermeiden, machten die Polen keine Gefangenen...Die Gefängnisse von Lemberg quellen über von Ukrainern aller Schichten, deren einziges Verbrechen darin bestand, Ukrainer zu sein oder ukrainisch zu sprechen.

Die "polnische Fortsetzung" erfuhren 1945 die Deutschen.

Es wird höchste Zeit Polen das künstlich aufgesetzte "Opfergesicht" zu demaskieren

Werfen wir einen Blick auf den vorderen Orient:

So manche Zeitgenossen wundern sich, wie der kleine Gaza-Streifen systematisch zur Trümmerwüste- also unbrauchbar- gemacht wird. Interessant ist die Antwort des israelischen Botschafters Asher ben Nathan auf die Frage eines deutschen Journalisten wer 1967 den '6-Tage-Krieg' begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: "Das ist ganz belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist." (Und wie war das zB. 1939?)

Die Grundlagen für das grausige Geschehen wurden schon gelegt, als Großbritannien nach dem 1. Weltkrieg sich dieses Gebiet als Quasi-Kolonie einverleibte. Man denke an 2 Namen: Lloyd George und Laurenz von Arabien, die mit geradezu gegensätzlichen Versprechungen (offenbar spezielle brit. Politik) die Völker gegen die Osmanen aufhetzten. Im Alten Testament (noch darf man es lesen) steht die "Gebrauchsanweisung" : 4. Buch Moses Kap. 21, Kap. 31, Kap. 33; nur heißt es dort nicht "Terroristen" sondern "Gott gab sie in ihre Hand". Im Buch Josua findet man die genaue Beschreibung wie eine Stadt (Jericho) zerstört und die Bewohner bis zum letzten Säugling ausgerottet werden (Kap. 6).

Nun stellt sich die Frage nach offener Berichterstattung und freier Diskussion, ohne von gewissen Deutschen schief angesehen zu werden.

Die Antwort gab der britische Professor A.J.P. Taylor schon 1991:

"Hat man die Männer an den Schalthebeln zeitgemäßer Massenbeeinflussung, hat man die Presse, Verlage, Rundfunk und Fernsehen, dann hat man die bleibende, unsichtbare Besatzung, die billigste und wirksamste zugleich, die es gibt. Besser als jede Einmischung von außen, sorgt sie von sich aus dafür, daß kein Unabhängiger zu Macht und Einfluß gelangt."

Und John Swinton, Herausgeber der 'New York Times' :

"Eine freie Presse gibt es nicht... Wir sind nichts weiter als intellektuelle Prostituierte." Wer hat unter dem Jubel linker Medien die Islam-Terroristen hierher geholt ?

Gerade jetzt, wo der Volkstrauertag immer mehr zu einer ritualisierten Schuld- und BÜßerveranstaltung verkommen ist, sind unsere Gedanken im Monat der Totenehrung bei denen, die für uns und für das Überleben unseres Volkes litten und ihr Leben gaben. Doch bei Repräsentanten dieses noch deutschen Staatsgebildes gerät das Erinnern an unsere in den beiden Weltkriegen und in Auslandseinsätzen (als Hilfstruppe der USA) gefallenen Soldaten und die im Bombenterror der sog. Befreier und bei der Vertreibung ums Leben gekommenen Zivilisten zur Pflichtübung. Ein ehrendes Gedenken aller deutschen Opfer von Krieg und Gewalt (auch nach dem offiziellen Krieg) findet nicht statt- "es paßt nicht zur heutigen Staatsräson." Dazu sind die Reden meist gespickt mit Schuldvorwürfen gegen das eigene Volk. Der berühmte deutsche Journalist Johannes Gross beschrieb das so: "Die Verwaltung sog. deutscher Schuld und die Pflege eines deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen."

Erkannte doch schon der französische Ministerpräsident Clemenceau (Deutschenhasser, wie er selbst betonte): "Nach der Niederlage beschmutzen die Deutschen ihr Nest, nur um uns zu gefallen." Ähnlich äußerte sich schon Napoleon.

Lassen Sie sich nicht verwirren von Knechten und Kollaborateuren der Sieger in Politik und Medien.

Vergessen Sie nicht die Worte des von deutschen Gutmenschen hochgelobten US-Präsidenten Obama 2008 vor über 3000 US-Soldaten in Ramstein: Deutschland ist ein besetztes Land und soll es auch bleiben - merkwürdige Stille bei deutschen Politikern und Medien. Erkannte nicht schon US-Präsident Lincoln (1809-1865): "Zu schweigen, wo widersprochen werden müßte, macht aus einem Volk der Männer ein Volk der Feiglinge!"

Doch das richtige Stichwort nannte der französische Präsident De Gaulle: "Wer die Amerikaner als Freunde hat, braucht keine Feinde mehr."

Laßt uns in Würde, Stolz und Trauer der Abermillionen deutscher Opfer gedenken, gefallen an den Fronten, verbrannt in den Städten, gejagt von alliierten Jabos auf den Feldern und Straßen, millionenfach geschändet und ermordet von allen "Sieger"-mächten des 2. Dreißigjährigen Krieges (1914-1945) gegen Deutschland. Die Völkerrechtsverbrechen der "Befreier" sind einzigartig in der Geschichte im Hinblick auf Opferzahlen und Perfektion ihrer fabrikmäßigen Massenmorde. Freiwillige aller europäischen Völker standen an der Seite der dt. Soldaten und wurden nach dem grauenvollen Ende des Krieges von "Befreiern" eingesperrt, oder erschlagen oder zu Tode gefoltert- sie waren die wahren Europäer, Ehre sei ihnen. Nach israelischen Forschungen waren die deutschen Soldaten die tapfersten und diszipliniertesten von allen Armeen der Welt. Sie jetzt zunehmend zu besudeln (selbst bei der Bundeswehr- sog. Traditionserlaß-), ist an Niedertracht nicht zu überbieten.

Verhelfen wir der Wahrheit zum Durchbruch, sie hat ein langes Leben. (Schopenhauer)

... und dort die Sudetendeutsche Landsmannschaft e. V.:

Volkstrauertag 2023: Internationales Gedenken in Berlin



Rudolf D. Fischer, Obmann der SL-Landesgruppe Berlin e.V., nahm in Vertretung des SL-Bundesverbandes an der Internationalen Gedenkfeier des **Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge** zum **Volkstrauertag 2023** am Samstag, dem 18. November 2023 in Berlin teil und legte, einer über viele Jahre gepflegten Tradition folgend, einen Gedenkkranz nieder (siehe Bild oben).- © SL-Landesgruppe Berlin.

„Jeder Mensch ist wie eine Welt“ – davon war das Erinnern und Mahnen des Volksbundes in der Lilienthalstraße, im „Wald der Erinnerung“ und am Bundeswehr-Ehrenmal zu Berlin getragen. Dabei ging es selbstverständlich um die Kriegstoten aller Länder! [Bitte sehen Sie hier den ganzen Beitrag.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 134, 2023

Wien, am 27. November 2023

SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT

LANDESGRUPPE BERLIN e. V.

Forckenbeckstraße 1

14199 Berlin



Berlin, den 23.11. 2023

Bericht über die Teilnahme der SL-Landesgruppe Berlin e.V., in Vertretung des SL-Bundesverbandes e. V., an der Internationalen Gedenkfeier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., zum Volkstrauertag 2023, in Berlin.

Gedenken an Soldatengräbern: „*Jeder Mensch ist wie eine Welt*“ – davon war das Erinnern und Mahnen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. am Volkstrauertag 2023 in der Lillienthalstraße, im „Wald der Erinnerung“ und am Bundeswehr-Ehrenmal zu Berlin getragen.

Dabei ging es um die Kriegstoten aller Länder!

Wiederum verlieh der abendlichen Gedenkfeier zum Volkstrauertag 2023, die heuer am 18. November auf dem ehemaligen Standortfriedhof an der Lillienthalstraße zu Berlin abgehalten wurde, eine Abordnung uniformierter Fackelträger des Wachbataillons der Bundeswehr, einen würdigen Rahmen.

Einer über viele Jahre hinweg gepflegten Tradition folgend, legte der Obmann der SL-LG Berlin e.V., Rudolf D. Fischer, in Vertretung des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, einen Gedenkkranz nieder.

Wenn ehemals verfeindete Nationen zusammenstehen, ist das ein Ausdruck von Stärke und vor allem der Hoffnung – das war der Tenor der Rede von Oberst d. R. Patrick Sensburg bei dieser Gedenkveranstaltung, zu der der Volksbund am Vorabend des Volkstrauertages auf den ehemaligen Standortfriedhof Lillienthalstraße in Berlin eingeladen hatte. Der Präsident des Reservistenverbandes der Deutschen Bundeswehr e.V. bezog die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft der Vergangenheit ebenso ein, wie die der Gegenwart – einschließlich verstorbener Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

„Der Volkstrauertag behält seine einende Kraft und diese Kraft brauchen wir heute so dringend“, sagte Sensburg. Dass das geeinte Deutschland heute ausschließlich von Freunden umgeben sei, ist ein ebenso kostbares wie seltenes Privileg. Diese Gedenkstunde zeige aber auch, dass es möglich sei, „Konflikte zu überwinden, zu vergeben, Versöhnung, Vertrauen und Liebe den Raum zurückerobern zu lassen, den zuvor Wut und Hass besetzt hielten.“

Volksbund-Generalsekretär Dirk Backen skizzierte aus seiner Sicht den Weg zum Frieden: Dieser Frieden beginne am besten auf einer Kriegsgräberstätte. „Heute Abend beginnt er hier und hoffentlich auch in unseren Herzen“. Es gelte darum, zukünftige Generationen zum Engagement für Demokratie, Freiheit, gegenseitigem Respekt und Toleranz aufzurufen und mit aller Entschiedenheit gegen Rassismus, Antisemitismus, Hetze und Ausgrenzung vorzugehen.

„Unsere Gedanken sind in diesen Tagen ganz besonders bei den Menschen in Nahost und natürlich bei den Jüdinnen und Juden“, betonte der Generalsekretär. „Wir stehen an ihrer Seite, den *'Nie Wieder!'* ist die besondere Verpflichtung des ganzen Deutschlands – *'Nie Wieder!'* ist jetzt!“

Der feierlichen Kranzniederlegung, akustisch unterlegt von einem anhaltenden Trommelwirbel im Hintergrund, folgte das Totengedenken, vorgelesen vom Volksbund-Präsidenten, General a. D. Wolfgang Schneiderhan, sowie ein gemeinsames ökumenisches Gebet.

Danach wurde mit dem Lied vom „*Guten Kameraden*“ und der deutschen Nationalhymne diese würdevolle Gedenkfeier beendet.

Quellen: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. www.volksbund.de

Verfasser: Rudolf D. Fischer, SL-LG Berlin e.V. AK: rufi

02) „Krieg und Vertreibung - Geißeln der Menschheit“. Tag der Heimat des BdV mit beachtenswerten Reden

DOD 5 | 2023

POLITIK

„Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“

Tag der Heimat des BdV mit beachtenswerten Reden

Unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ kamen am 26. August 2023 zahlreiche deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler – Vertreter der Erlebnisgeneration und ihre Nachkommen – sowie Partner aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Diplomatie, Kultur und Gesellschaft zur zentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin zusammen. Die anlässlich der diesjährigen Auftaktveranstaltung gehaltenen Reden von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, dem Hessischen Minister des Innern Peter Beuth MdL, dem Botschafter der Ukraine S.E. Oleksii Makeiev und Weihbischof Dr. Reinhard Hauke sind auf der Internetseite des Verbandes nachzulesen bzw. in der Videodokumentation der Veranstaltung zu sehen.



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) begrüßt den Festredner der Veranstaltung, den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth MdL (r.).

Die historische Kirche der französischen Hugenotten-Flüchtlinge in Berlin war erneut ein würdiger Ort für die Ansprachen, deren Reigen BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius eröffnete. Tags zuvor war Fabritius mit hervorragender Mehrheit erneut zum Präsidenten gewählt worden und startete mit dem Festakt in seine fünfte Amtszeit.

Dr. Bernd Fabritius: „Arbeit des BdV bleibt unverzichtbar – es ist noch so viel zu tun“

Mit Blick auf das Geschehen in der Ukraine betonte er die Aktualität des Leitwortes: Angesichts des unseligen Krieges Russlands suche man mit dem Leitwort „den unmittelbaren Bezug zu dieser Tragödie und verleihe damit auch der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Gewalt in einem unserer europäischen Nachbarländer Ausdruck.“ Tausende Tote seien Tausende Tote zu viel. Das Leitwort sei „keine zufällige Parallele zwischen dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem, was heute in der Ukraine geschieht“, sondern „eine bewusst gewählte Mahnung, die gerade auch diese Assoziation“ fordere.

Fabritius würdigte gleich zu Beginn seiner Rede, dass sich mit Oleksii Makeiev kein Geringerer als der Botschafter der Ukraine in Deutschland die Ehre gab und im Anschluss an die Festrede eine sehr persönliche Ansprache halten sollte. Mit Wolodymyr Leysle, Vorsitzender des Rats der Deutschen der Ukraine, sowie Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN, begrüßte der BdV-Präsident zwei weitere Persönlichkeiten, deren Wirken

für die Ukraine und insbesondere die dortige deutsche Minderheit segensreich sei. Den Festredner Peter Beuth, Hessischer Minister des Innern und für Sport, begrüßte Dr. Fabritius herzlich als frischgebackenen „Träger der Verdienstmedaille des BdV-Landesverbands Hessen, mit der Sie im Juni ausgezeichnet wurden“. Sein „offenes Ohr“ für die Belange der Vertriebenen sowie deren Projekte habe „sich über die Grenzen Hessens hinaus herumgesprochen“.

„Krieg und Vertreibung bedeuten generationenübergreifende Traumatisierungen“

Wie bereits im Jahr zuvor, drückte der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch der diesjährigen Ansprache des Präsidenten seinen Stempel auf: große Anteilnahme für die Flüchtenden, tiefsetzende Emotionen, die erneut geweckt würden, die Gefahr der generationenübergreifenden Traumatisierung, die dieses Kollektivverbrechen hervorrufe. „Gerade wir, denen das Schicksal der aus dem Kriegsgebiet flüchtenden Menschen wie ein höhnisches Déjà-vu der Geschichte unter die Haut geht – gerade wir stellen uns die Frage: Werden diese Menschen als über längere Zeit Entwurzelte jemals wieder in ihr früheres Leben zurückkehren können? Wiederholt sich Geschichte, wie wir sie aus der Mitte des letzten Jahrhunderts kennen?“, sagte Fabritius, um erneut deutlich ein internationales, strafbewehrtes Vertreibungsverbot zu fordern.

Bei all dem Leid müsse bewusst auch an die deutschen Minderheiten gedacht werden – sowohl in der Ukraine als auch in der Russischen Föderation. Für beide Volksgruppen bringe die aktuelle Situation massive Einschränkungen und Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft. Den Hilfen, die der BdV



Dr. Bernd Fabritius (l.) mit dem Botschafter der Ukraine in Deutschland, S.E. Oleksii Makeiev (r.) und BdV-Präsident bei seiner umfassenden politischen Bestandsaufnahme. Er würdigte unter anderem das dieses Jahr 70-jährige Bundesvertriebenengesetz als Erfolgsgeschichte. Es sei die konsequente politische Umsetzung dessen, was bereits in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 als Forderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu ihrer Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft angelegt sei.

bereits geleistet hat, habe auch Bundeskanzler Olaf Scholz beim Jahresempfang im Frühling Dank und Respekt gezollt.

Umfassende politische Bestandsaufnahme

Der BdV habe „sich immer wieder dafür eingesetzt, dass die jeweilige Bundesregierung ihre aus der Geschichte resultierende Verantwortung gegenüber diesen Volksgruppen annimmt und sie in ihr politisches Handeln einbezieht“, so Fabritius und nahm im Folgenden eine umfassende Bestandsaufnahme der politischen Situation und Anliegen vor.

Unter den Stichworten „Probleme bei der Spätaussiedleraufnahme“, „Gegenbekenntnis in Personenstandsunterlagen“, „Altersarmut durch Fremdretenrecht“ und „Härtefallfonds“ sprach der BdV-Präsident Themen an, die vor allem die Spätaussiedler gegenwärtig hart treffen: „Gerade da sehen wir als Bund der Vertriebenen derzeit großen Nachholbedarf.“

Er kritisiert die massiven Verfahrensverschlechterungen, die seit Mitte letzten Jahres in großem Umfang zur Ablehnung der Spätaussiedler-Anträge führen und fragte: „Sind neuerdings ehemalige sowjetische ‚Behörden‘, die einem Antragsteller vor Jahrzehnten im kommunistischen Unrechtsstaat Sowjetunion eine russische oder kasachische oder wie auch immer geartete Volkszugehörigkeit in Geburtsurkunde oder Pass eingetragen haben, für die deutsche Verwaltungspraxis der Maßstab für Rechtsstaatlichkeit und für eine freie Entscheidungsbildung?“ Die angekündigte Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVF) müsse jetzt kommen und das Problem „Gegenbekenntnis“ ein für alle Mal abräumen.

Das Engagement des Bundes der Vertriebenen sei auch gefordert, wenn es um die Ungerechtigkeiten im deutschen Rentenrecht gehe, die das Gerechtigkeitsempfinden der Aus-

siedler und Spätaussiedler massiv belasten. Eine geringe pauschale Einmalzahlung aus einem Härtefallfonds honoriere keinesfalls die Lebensleistung der Betroffenen. „Statt hier anzusetzen und dringend notwendige Rechtsanpassungen vorzunehmen, wird nun mit dem Härtefallfonds Augenwischerei betrieben“, verdeutlichte Fabritius.

Zum Schluss seiner Ansprache würdigte der BdV-Präsident das dieses Jahr 70-jährige Bundesvertriebenengesetz als Erfolgsgeschichte. Es sei die konsequente politische Umsetzung dessen, was bereits in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 als Forderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu ihrer Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft angelegt sei. Konkret ging er auf den sogenannten Kulturparagrafen 96 ein. Dessen Aufträge seien laut Gesetzestext der Kulturerhalt „im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“, die wissenschaftliche Erforschung sowie die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge“.

Es bleibe offen, wie die aktuellen Kürzungen im Bereich der Kulturarbeit, „die uns auch im kommenden Jahr belasten werden, abgedeckt werden können“. Man habe bereits das Gespräch mit der amtierenden Kulturstaatsministerin Claudia Roth gesucht und ihr „unsere auf die Zukunft ausgerichtete Kulturarbeit vorgestellt“. Auch oder gerade hier sei der BdV als Verband gefragt, um die Notwendigkeit der Förderung im Bewusstsein der Politik weiter zu verankern.

Beuth: „BdV gehört zu den bestaufgestellten Fachverbänden“

Der hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth MdL, stellte in seiner Festrede die Bedeutung des BdV als zuverlässiger Partner in der Förderung der Gedenk- und Kulturarbeit heraus. Der BdV gehöre „zu den bestaufgestellten



Die historische Kirche der französischen Hugenotten-Flüchtlinge in Berlin war erneut ein würdiger Ort für die Ansprachen zur Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat (l.). Der Hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth MdL, lobte den Bund der Vertriebenen. Der BdV gehöre „zu den bestaufgestellten Fachverbänden in Deutschland“. Die Beiträge der Heimatvertrieben für die Entwicklung Deutschlands und für ein vereinigtes Europa müssten anerkannt werden.

Fachverbänden in Deutschland“. Deshalb habe man in Hessen politische Vorhaben in der Vertriebenenpolitik stets „im Dialog – man kann sagen im Schulterschluss – mit dem BdV umgesetzt“. Diese Förderung sei von höchster Bedeutung, um die Geschichten und Schicksale der deutschen Heimatvertriebenen an die nachfolgenden Generationen weitergeben zu können. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene könnten sich so mit diesem Thema auseinandersetzen. Auch ein digitales Angebot für Schüler in Verknüpfung mit der digitalen Lernplattform des hessischen Bildungsministeriums würde sehr gut angenommen.

Das Schicksal der Vertriebenen sei „ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Es muss daher auch ein wichtiger Teil unseres Geschichtsunterrichts in Deutschland sein“. Die Beiträge der Heimatvertriebenen für die Entwicklung Deutschlands und für ein vereinigtes Europa müssten anerkannt werden. Der Minister unterstrich dies mit dem bekannten Zitat von Bundeskanzler Helmut Kohl: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“ Beuth dankte im Namen der hessischen Landesregierung den vielen Ehrenamtlichen für die vielfältige Gedenk- und Kulturarbeit sowie für den Dialog, die Aussöhnung und die Verständigung mit den europäischen Nachbarn.

„Die Ukraine darf nicht fallen!“

Die Arbeit des BdV ist und bleibe angesichts der weltweit steigenden Flüchtlingszahlen und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine weiter hochaktuell. „Die Folgen des Ukraine-Krieges werden noch viele Generationen nach uns spüren“, so der Minister. Der Krieg sei ein historischer Zivilisationsbruch an den Toren Europas. Beuth dankte dem ukrainischen Botschafter, dass sich das ukrainische Volk dem russischen Angriff so massiv

entgegenstelle und den Frieden und die Freiheit Europas damit verteidige: „Wir wünschen Ihnen Erfolg bei der Verteidigung Ihrer Heimat! Die Ukraine darf nicht fallen! Sie muss diesen Krieg gewinnen!“ Wenn man Frieden und Freiheit in Europa erhalten bzw. wiederherstellen wolle, müsse Deutschland handeln und sich besser vorbereiten im Hinblick auf seine Verteidigungsfähigkeit. Nur so könne den Geißeln der Menschheit, Krieg und Vertreibung, zumindest in Europa, Einhalt geboten werden.

Die Folgen des Krieges, von Flucht und Vertreibung seien für die Ukrainer noch lange zu spüren. Mehr als ein Drittel von ihnen habe die Heimat verlassen müssen. „Wer seine Heimat verliert, erleidet nicht einfach nur irgendeinen Verlust, sondern den größten, den man sich vorstellen kann“, so Beuth. Das wisse man im BdV nur zu gut. Viele nach Deutschland geflüchtete Ukrainer werden nach dem Ende des Krieges zurückkehren können, einige werden sicher auch bleiben und in Deutschland eine neue Heimat finden. Beide Gruppen aber eine das Gefühl des Heimatverlustes, des Verlustes „eines Stücks der Seele“, bis ans Ende ihres Lebens.

„Angemessene Anerkennung der Leistung“

Auch die deutschen Heimatvertriebenen hätten dies damals erleben müssen. Heute seien sie ein fester Bestandteil der Gesellschaft, sie gehören zu Deutschland mit ihren Schicksalen, ihrer Identität, ihrem kulturellen Erbe. Der Minister konstatierte in Dankbarkeit, dass die heutigen demokratischen Werte und der Wohlstand auf der erfolgreichen Integrationsleistung der Heimatvertriebenen fußen, das Land profitiere bis heute davon.

Die Arbeit der Vertriebenenverbände sei daher politisch und finanziell angemessen zu fördern. Gerade die Kürzung der Mittel durch den Bund im Bereich der Kulturförderung seien



Die etwa 6000 französischen Glaubensflüchtlinge, die zusammen mit zugewanderten Böhmern, Pfälzern und Salzbergern nach Berlin gekommen waren, sammelten für den Bau einer Kirche Spenden und ließen dann die Französische Friedrichstadtkirche bauen. Ein passender Ort für die Veranstaltung zum Tag der Heimat. Weihbischof Dr. Reinhard Hauke (rechtes Bild) zitierte die Enzyklika „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus, in der dieser eine weltweite „Kultur der Begegnung“ fordert.

© Bundesbüro BfV

daher „das völlig falsche Signal“. Die wichtige Kulturarbeit sei damit in Gefahr, auch hinsichtlich des kleiner werdenden Zeitzeugenkreises. Gleiches gelte für die Kürzung bei der Migrationsberatung, die angesichts der weiterhin hohen Flüchtlingszahlen ebenfalls völlig unverständlich sei. Man habe den Heimatvertriebenen so viel zu verdanken, dass sie es verdient hätten, politisch angemessen vertreten zu werden und eine staatlich wertschätzende Förderung durch Bund und Länder zu erhalten.

Schon in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die heute noch „Keimzelle und Richtschnur des BdV, Manifest der Menschlichkeit und der Versöhnung“ sei, hätten sich die Vertriebenen sich für ein friedliches Europa, für unveräußerliche Menschenrechte und für die fleißige Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands ausgesprochen. Eigenschaften wie „Mut, Tatkraft, Gemeinsinn, Zusammenhalt, Verantwortungsgefühl, Wertegefühl sowie die Kraft zum Dialog und zur Versöhnung“, hätten sie damals ausgezeichnet und seien auch in Zukunft wichtig für das Land, um die Stellung Deutschlands in der Welt zu wahren. Der Minister dankte abschließend dem BdV und seinen Mitstreitern nochmals für den jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz: „Sie sind eine starke, laute Stimme für Gerechtigkeit und Verständigung. Sie sind ein ganz wichtiger Teil unseres Landes, nicht nur heute am Tag der Heimat, sondern 365 Tage im Jahr!“

Makeiev: „Im Krieg ist jeden Tag der Tag der Heimat“

Mit einer sehr emotionalen Ansprache, die immer wieder von Applaus unterbrochen wurde, gewann der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev, die Herzen der Zuhörer. Vom Heimatgedanken über die Kriegereignisse, die seit Jahren andauernden Vertreibungsvorgänge bis hin zum Dank für die Solidarität der Deutschen stellte der 48-Jährige eine

Verbindung zwischen den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und dem Leiden des geschundenen ukrainischen Volkes her. Als Diplomat verstehe er sehr genau, was Heimat bedeute, betonte Makeiev. Häufig schaue er, bedingt durch die längere Abwesenheit, aus weiter Ferne auf die Ereignisse in der Ukraine. Aber „Tag der Heimat“ in Zeiten des Krieges heißt, dass wir jeden Tag ‚Tag der Heimat‘ haben. Denn diese Heimat muss verteidigt werden.“ Es gehe darum, der ganzen Welt zu zeigen, dass dieser Krieg gewonnen werden müsse: „Das ist ein Vernichtungskrieg, und den müssen wir gewinnen.“

Makeiev, der an der Universität Kiew zum Spezialisten für internationale Beziehungen ausgebildet wurde, erinnerte daran, dass Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa nicht erst seit dem 24. Februar 2022 herrschten: „Vertreibung gibt es in Europa schon seit neun Jahren. (...) Viele meiner Freunde aus Donezk und Luhansk haben ihre Heimatstädte seit neun Jahren nicht gesehen. Die Kinder, die damals dort geboren (wurden), kennen ihre Heimat nicht. Die Krimtataren dürfen seit neun Jahren nicht auf die Krim zurück.“ Aufgrund der russischen Invasion und Besetzung der Krim und des Donbass gab es bereits vor Kriegsausbruch 1,4 Millionen Binnenvertriebene in der Ukraine. Seit Februar 2022 hat der russisch-ukrainische Krieg eine der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt. Zu Beginn des Überfalls Russlands flüchteten täglich bis zu 200.000 Menschen aus der Ukraine in den Westen. Innerhalb von zwei Monaten nach Kriegsbeginn verließen rund vier Millionen Menschen das Land.

„Stolzer Botschafter eines mutigen Volkes“

Der Botschafter dankte für die „tolle Solidarität“ mit der Ukraine und den Ukrainern. Er sehe überall ukrainische Fahnen, die Deutschen hätten sehr viel gespendet, und über eine



Im Anschluss an die Veranstaltung im Inneren der Kirche folgten verschiedene muntere siebenbürgischer Tänze auf dem Platz vor der Französischen Friedrichstadtkirche (linkes Bild) bevor es zur Kranzniederlegung an den Theodor-Heuss-Platz ging. Die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, Ministerien und Mitgliedsorganisationen des BdV lassen Kränze niederlegen. Grußworte sprachen dort Minister Peter Beuth MdL für das Land Hessen und Bürgermeister Stefan Evers, Senator für Finanzen, für das Land Berlin (r.).

Million Ukrainerinnen und Ukrainer hätten Aufnahme und Schutz in der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Dankbar zeigte er sich für die militärische Unterstützung und insbesondere für die aus Deutschland gelieferte Flugabwehr: „Sie retten unsere Leben, und deswegen danke ich hier jedem deutschen Steuerzahler, der es ermöglicht, dass meine Mutter ruhig schlafen kann“, wandte sich Makeiev leidenschaftlich an das Publikum. Zugleich bat er um weitere Unterstützung, nicht aus Mitleid, sondern aus Bewunderung: „Ich bin heute der stolze Botschafter eines stolzen und mutigen Volkes, das kämpft.“

Für seine Ansprache bekam Makeiev stehenden Applaus. Die deutlich zum Ausdruck gebrachte Zustimmung der Vertreter der deutschen Heimatvertriebenen war sicherlich kein Ausdruck von Mitleid, sondern vielmehr von Achtung, Respekt und Dankbarkeit für den Kampf, den die Ukrainer nicht nur für sich, sondern auch für die Freiheit Europas ausfechten. Angesichts der eigenen Geschichte und des eigenen Schicksals war der Tag der Heimat 2023 somit auch eine Demonstration der Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Dr. Reinhard Hauke: „Brüderliches Miteinander erfordert Absage an Rache und Vergeltung“

Mit einem herausfordernden Geistlichen Wort wagte der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, den Versuch, Wege aufzuzeigen, Krieg und Vertreibung als Geißeln der Menschheit zu überwinden.

Dabei zitierte er die Enzyklika „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus, in der dieser eine weltweite „Kultur der Begegnung“ fordert, die über die „stets aneinandergeratenen Dialektiken hinausgeht“ und eine facettenreiche „Polyederbildung“ vorschlägt, die zusammen eine „nuancenreiche Einheit“ bildet.

Die komplexe geometrische Figur des Polyeder steht dabei für die ganz unterschiedlichen Menschen, Kulturen und Völker, die doch zusammen mit vielen übereinstimmenden Merkmalen die Menschheit bilden. Für das gedeihliche Miteinander sei zum einen ein echtes Miteinander nötig. Zum anderen brauche es statt einer „falschen Toleranz“ einen „Realismus des Dialogs“: den „Realismus derer, die überzeugt sind, ihren Prinzipien treu bleiben zu müssen, gleichzeitig aber anerkennen, dass der andere ebenso das Recht hat, zu versuchen, den eigenen Prinzipien treu zu sein“.

Die Vertriebenen lobte Hauke für die deutlichen Botschaften der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950, insbesondere für die Absage an Rache und Vergeltung. Auch dies sei ein Prinzip, das zur Herausbildung der vom Papst geforderten brüderlichen Gemeinschaft beitrage.

(red.)



Kranzniederlegung am Mahnmal „Ewige Flamme“ am Theodor-Heuss-Platz.

03) Dr. Bernd Fabritius bleibt Präsident des BdV. Neues Präsidium gewählt – Aufgabenspektrum bleibt breit

POLITIK

DDO 5 | 2023

Dr. Bernd Fabritius bleibt Präsident des BdV

Neues Präsidium gewählt – Aufgabenspektrum bleibt breit

Am 25. August 2023 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt. Präsident bleibt Dr. Bernd Fabritius, dem die Delegierten mit 94 Prozent Zustimmung ihr Vertrauen schenken. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, startet somit mit einem erneut starken Mandat der Mitgliedsverbände in seine nunmehr fünfte Amtszeit.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Steffen Hörtler, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen. Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Siegbert Ortmann, Stephan Rauhut, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Heiko Schmelzle gewählt. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an. In seiner konstituierenden Sitzung kooptierte das Präsidium den Vorstandsvorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Dr. Ernst Gierlich, erneut als beratendes Mitglied.

Der langjährige BdV-Vizepräsident Christian Knauer trat nicht erneut zur Wahl an. Mit einer sehr persönlichen Würdigung



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) zeichnete den langjährigen Vizepräsidenten Christian Knauer (r.) mit der Plakette „Pro Meritis“ aus und verabschiedete ihn ehrenvoll aus dem Präsidium.



Der wieder gewählte BdV-Präsident Bernd Fabritius dankt für das entgegengebrachte Vertrauen der Mitgliedsverbände

von Knauers 17-jährigem Einsatz an der Verbandsspitze verabschiedete Fabritius den bayerischen BdV-Landesvorsitzenden und verlieh ihm „auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums“ für seine Verdienste im Verband die Plakette „Pro Meritis“ des Bundes der Vertriebenen.

Über 30 Jahre dem Bund der der Vertriebenen gedient

In seiner Laudatio führte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius aus: „Über 30 Jahre lang hast Du dem Bund der Vertriebenen treu gedient. In der gesamten Zeit hast Du, stets zum Wohle des Verbands, Dein fundiertes Wissen, Dein diplomatisches Geschick und viel Herzblut eingebracht. Wenn man über so viele Jahre verantwortungsvolle Ämter in verschiedenen Gremien innehat, dann gewinnt die Stimme zunehmend an Gewicht. Deine Wortbeiträge und Ideen, Deine Anregungen und Initiativen haben wir im Präsidium und im Verband geschätzt. Du hast immer den nötigen Mut gehabt, auch unbequeme Fragen zu stellen – und wenn Du selbst gefragt wurdest, auch unbequeme Antworten zu geben, wenn dies notwendig war. Genau das haben wir alle und habe auch ich ganz persönlich immer geschätzt.“

Ausgezeichnet hat Dich zu jederzeit Deine zutiefst demokratische Einstellung: verbandsintern nach Mehrheiten suchen und diese organisieren, einen Konsens finden, Abstimmungen akzeptieren, neue Handlungsmöglichkeiten darlegen. Und über allem stand immer Deine Überzeugung: Es muss unseren Interessen dienen und dem BdV nützen.



Als höchstes Beschlussorgan des Bundes der Vertriebenen tagte die diesjährige Bundesversammlung in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund.

Das galt auch für Dein immerwährendes Bemühen um eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Verbands, für Deine Kontaktpflege zu allen politischen Parteien und – nicht zuletzt – für Deinen Einsatz um gute, fruchtbringende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Polen und Tschechien.

All das ist ein Sinnbild für das, was unsere Charta den Heimatvertriebenen zur Aufgabe gestellt hat. Es ist das, was man sich von jedem Vertriebenen wünscht, aber es wird niemandem in die Wiege gelegt. Als Kind schlesischer Eltern, lieber Christian, hast Du Deinen Anteil an unserem gemeinsamen Einsatz voll erfüllt."

Aufgabenspektrum der Zukunft

Wie breit das Aufgabenspektrum auch zukünftig bleibt, machte der BdV-Präsident in seinem Lagebericht deutlich. So gebe es in fast jedem Themenfeld wichtige Anliegen und offene Baustellen: von der Spätaussiedleraufnahme über die Kulturarbeit nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes, die Förderung der deutschen Minderheiten in deren Heimatgebieten bis hin zur staatlichen Unterstützung der Eingliederung der nach Deutschland kommenden Spätaussiedler. „Meine Überzeugung ist, dass die amtierende Bundesregierung – mit all ihren Beauftragten – von der Arbeit der deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler, zu wenig weiß; das gilt gerade auch von unserer Kulturarbeit, von den Museen und Kulturprojekten – von ihrer Zielrichtung, von der Notwendigkeit und der angemessenen Höhe einer Förderung“, so der BdV-Präsident. Die letzten Jahre haben eines sehr deutlich gemacht: Der BdV habe in den vergangenen Jahren gegenüber den Verantwortlichen in der Politik zunehmend Korrektiv auftreten müssen. Angefangen bei der Bundesregierung, über die Länder bis in die Bezirke und Kommunen.

Fabritius beklagte, die unzureichende Förderung der Kulturarbeit der Vertriebenen: „Unsere Kulturprojekte werden von der BKM mit völlig unzureichenden 20,7 Millionen Euro für die Kulturförderung nach § 96 BVFG abgespeist – bei einem Gesamtetat der BKM von 2,14 Milliarden Euro. Um diesem „die Krone aufzusetzen“, wurden diese Mittel von dieser Ampelregierung weiter gekürzt, um eine Million auf nur noch 19,7 Millionen. Diese Mittel – meine Damen und Herren – können nicht im Ansatz die nötigen Kulturprojekte anschieben, geschweige denn substanzial unterstützen, die die Kultur aller historischen deutschen Landschaften abdecken sollen. Woran liegt dieser rigide Kürzungskurs, der gegen unsere Kulturprojekte gefahren wird? Und es ist nicht nur ein ‚Spar‘kurs, denn bei so nachhaltigen Kürzungen geht es nicht nur um ‚Sparen!‘“

„Es gibt noch mehr als genug zu tun – für uns miteinander als Bundesverband, einzeln für alle unsere Mitgliedsverbände und auch für unsere kleinen Gliederungen“, betonte Fabritius.

Vier Entschlüsse zur aktuellen Arbeit

Mit vier Entschlüssen griff die Bundesversammlung die drängendsten Anliegen auf und gab dem neuen BdV-Präsidium damit Leitlinien für die zukünftige Arbeit. Mit satten Mehrheiten wurden die Leitlinien „Zusage einhalten – BVFG-Änderung in der Spätaussiedleraufnahme schleunigst beschließen“, „Kürzungen in der Vertriebenenkulturarbeit zurücknehmen“, „Deutsche Minderheiten unkompliziert und verlässlich fördern“, „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE) finanziell sicher und zukunftsfest ausstatten“ beschlossen und entfaltet zumindestens teilweise bereits auch Wirkung. So kommt die Änderung des Bundesvertriebenengesetzes nun endlich voran. (Vgl. Seite 18.)

Markus Patzke

04) Dr. Christoph Bergner mit der Ehrenplakette ausgezeichnet.
„Leidenschaftlicher Einsatz für die Menschen- und Minderheitenrechte

POLITIK

DOD 5 / 2023

Dr. Christoph Bergner mit der Ehrenplakette ausgezeichnet

„Leidenschaftlicher Einsatz für die Menschen- und Minderheitenrechte“

Am 25. August 2023, einen Tag vor der Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in Berlin, wird der BdV dem ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Ministerpräsident a.D. Dr. Christoph Bergner, in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund auf einstimmige Entscheidung des Präsidiums seine höchste Auszeichnung, die Ehrenplakette, verleihen.

Zu den Gründen für die Ehrung zählen, laut BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, Bergners „herausragender und leidenschaftlicher Einsatz für die Menschen- und Minderheitenrechte, insbesondere für die kulturelle Selbstbestimmung, gegen Vertreibungen sowie für die grenzüberschreitende Verständigung in Europa und mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion“.

Insbesondere während seiner achtjährigen Amtszeit als Bundesbeauftragter und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, aber auch in vielen weiteren Ämtern und im persönlichen Bereich sei Christoph Bergner „die spürbare Verbundenheit mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten stets Leitschnur für sein Handeln“ gewesen. Gerade auch „die Erinnerungskultur, die einen der zentralen Pfeiler des Bundes der Vertriebenen darstellt, hat für den zu Ehrenden eine Bedeutung, die über das Normalmaß des Üblichen hinausgeht“, so der BdV-Präsident.

In seiner Laudatio führte der BdV-Präsident aus: „Wenn wir im Bund der Vertriebenen das politische Wirken Dr. Christoph Bergners betrachten, drängt sich die Erkenntnis auf, dass er wie kaum ein zweiter Politiker der heutigen Zeit verstanden hat, wie tief verwurzelt auch bei uns Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern die Gewissheit um die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturraum ist. Gerade dann, wenn wir besonders dafür kämpfen müssen, dass unser Erbe als selbstverständlicher, aber deswegen auch besonders erhaltens- und schützenswerter Teil des gesamtdeutschen Kulturguts anerkannt wird – gerade dann braucht es Menschen wie Dr. Bergner. Denn aus seinem Verständnis heraus hat er beharrlich auf die Solidarität des vereinigten Deutschlands mit den deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa gedrängt. Immer wieder meldete er sich zu Wort, sei es bei Unterstützungsleistungen für Vertriebene, bei der Integration von Spätaus-



BdV-Präsident Bernd Fabritius verleiht Dr. Christoph Bergner für seinen „herausragenden und leidenschaftlichen Einsatz für Menschen- und Minderheitenrechte“ die Ehrenplakette, die höchste Auszeichnung des BdV.

siedlern oder der Anerkennung von Flucht und Vertreibung als historischem Ereignis.

Die Erinnerungskultur, die einen der zentralen Pfeiler des Bundes der Vertriebenen darstellt, hat für den heute zu Ehrenden eine Bedeutung, die über das Normalmaß des Üblichen hinausgeht. Oftmals bewegtest Du Dich thematisch im innersten Kern der Aufgaben und des Selbstverständnisses des Bundes der Vertriebenen. Du hast die Gespräche gesucht und den Diskurs um die gerechtere Einbindung der Aussiedler und Spätaussiedler immer wieder befeuert; durch Anschließen, Anregungen und bei vielen Diskussionen. Man nimmt an solchen Diskussionen nur teil, wenn einen das Thema bewegt, wenn man es sich zu eigen macht – und wenn man auf Gegenwind vorbereitet ist! Das wissen wir hier sehr genau. Du warst für unseren Verband während Deiner Amtszeit immer der schnelle Draht in die Bundestagsfraktion hinein, Du warst unser kurzer Weg zum Innenminister und zur gesamten Bundesregierung – ja, auch ins Kanzleramt. Du hast uns angehört, beraten und geholfen.

Wenn es neuer Formate bedurfte, um als Nachbarn im geeinten Europa miteinander über die nicht mehr trennenden Grenzen hinweg ins Gespräch zu kommen, so hast Du diese geschaffen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Einrichtung des Runden Tisches mit der Republik Polen zu Fragen der nationalen Minderheiten. Eine Großartige Initiative! Damals unentbehrlich und gerade in der heutigen Zeit wieder bitter nötig.“
(red.)

05) Änderung des Vertriebenengesetzes kommt endlich voran. Wichtige BdV-Forderungen enthalten

POLITIK

DDO 5 | 2023

Änderung des Vertriebenengesetzes kommt endlich voran

Wichtige BdV-Forderungen enthalten

In erster Lesung wurde am 28. September 2023 die lange angekündigte Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Bereich der Spätaussiedleraufnahme im Deutschen Bundestag debattiert und an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. „Unser Drängen hatte Erfolg, die BVFG-Änderung kommt endlich voran“, kommentiert der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, diesen Schritt.

Wie vom BdV und auch von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gefordert, beinhalten die Änderungsvorschläge eine wichtige Klarstellung: Wenn jemand, der die Aufnahme als Spätaussiedler in Deutschland beantragt, ein aktuelles Bekenntnis zum deutschen Volkstum nachweisen kann, dann führen frühere, anderslautende Bekenntnisse nicht mehr zur Ablehnung des Antrages. Wenn diese Überzeugung sich auch in den weiteren Lesungen durchsetzt, hat die bisherige rechtliche Gleichbehandlung von Eintragungen des sowjetischen Unrechtsstaates mit freiheitlich erfolgten Bekenntnissen zur eigenen deutschen Abstammung und Kultur endlich ein Ende“, so Fabritius.

„**ernsthafte Bemühungen um eine Änderung**“ ausreichend. Überdies sei es gut, dass Forderungen des BdV aus der Verbändebeitragsung in die Formulierungen eingegangen seien. Wo nämlich noch keine Bekenntniskorrektur erfolgt oder diese nicht mehr möglich sei, können laut Gesetzestext jetzt auch „ernsthafte Bemühungen um eine Änderung“ ausdrücklich ausreichen. Dies ist insbesondere in denjenigen Ländern des Aussiedlungsgebietes wichtig, wo heute schon formalrechtlich keine Nationalitäten mehr in Personenstands- und Personaldokumente eingetragen werden – und daher auch nicht einfach korrigiert werden können“, betont der BdV-Präsident.

„Sämtlichen Abgeordneten und Fraktionen, die diese Gesetzesänderung angestoßen und vorangebracht haben und sie jetzt mittragen, spreche ich den Dank unseres Verbandes, aber ganz besonders der Betroffenen aus. Es muss nun darum gehen, dass die Verabschiedung zügig gelingt und dass die aus dem geänderten Grund abgelehnten Antragsteller dann über die neue Rechtslage in Kenntnis gesetzt werden, sodass sie eine Wiederaufnahme ihrer Verfahren beantragen können.“



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius verfolgte die Bundestagsdebatte zur Änderung des BVFG von der Besuchertribüne aus.

„Bedauerlich“ sei es jedoch, „dass angesichts des Krieges in der Ukraine noch immer keine Regelung des Wertungswiderspruches zwischen vorübergehender Fluchtrettung gemäß dem Aufenthaltsgesetz bzw. entsprechenden europäischen Regelungen und einem endgültigen Verlassen des Aussiedlungsgebietes im Sinne des BVFG gefunden wurde. Es ist zynisch, den heutigen Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen Folgen, als Unterbrechung des Aussiedlungszusammenhangs für deutsche Aussiedlerbewerber zu werten. Wer seine Heimat für die Zeit einer humanitären Krise verlässt, darf nicht seinen Anspruch auf Aufnahme als Spätaussiedler verlieren“, so Fabritius abschließend.

Lebendige Debatte im Deutschen Bundestag

Die Debatte im Deutschen Bundestag zur ersten Lesung verlief in Detailfragen sehr lebendig. Insgesamt wurde jedoch Einigkeit darüber deutlich, dass die Erleichterungen in der Spätaussiedleraufnahme nötig und eilbedürftig sind. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius war auf der Besuchertribüne anwesend und wurde von fast allen Rednern begrüßt.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB (SPD), stellte die historischen Zusammenhänge, die Regierungssicht auf die bisherige Rechtslage und die Gründe für die Änderungswünsche am BVFG dar. Mit kurzen Worten machte sie deutlich, warum die pauschale Vermutung des Kriegsfolgeschicksals auch heute noch für diejenigen Deutschen gilt, die in den außereuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion leben. „Unsere Solidarität mit den Betroffenen darf nicht an Bürokratie scheitern“, betonte sie.

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und



Erste Lesung zur Änderung des BVFG verlief sehr lebendig: Natalie Pawlik (SPD), Christoph de Vries (CDU/CSU), Katrin Göring-Eckardt (B90/Grüne) und Nina Warken (CDU/CSU) (v.l.n.r.).

deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christoph de Vries, erklärte, dass man in der Sache mit der Ampelkoalition einig sei, man sich jedoch ein schnelleres Agieren gewünscht habe. Die CDU/CSU-Fraktion habe hier immer wieder zur Eile gemahnt und das Thema vorangebracht. „Vom Deutschlandtempo haben wir ein anderes Verständnis. Zwei Sätze in einem Gesetz zu ändern, das kann auch schneller als in anderthalb Jahren gehen“, so de Vries. Dieser Kritik schloss sich später seine Fraktionskollegin Nina Warken und Alexander Hoffmann an. Ausdrücklich begrüßte er die Rückkehr zur alten Aufnahmepraxis vor der letzten bundesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung. Außerdem sei es gut, dass der Anspruch auf Wiederaufnahme von Aufnahmeverfahren abgelehnt wurden. Kritik gab es abschließend für die für 2024 gekürzten Haushaltsansätze in der Spätaussiedleraufnahme und -integration, insbesondere vor dem Hintergrund der verhandelten BVFG-Korrektur.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), bezeichnete das BVFG als ein „Zeichen unserer gemeinsamen historischen Verantwortung und (...) der Wiedergutmachung“. Sie dankte Christoph de Vries dafür, immer wieder das Augenmerk auf die Situation und das Schicksal der Betroffenen zu lenken, schon damit gebe man diesen etwas mehr Sicherheit. Thematisch ergänzte sie die Debatte um die auch vom BdV vertretene Forderung einer großzügigen Regelung für eine vorübergehende Flucht: „Es ist für mich zentral, dass es eben auch nicht sein kann, dass ein fluchtbedingter vorübergehender Aufenthalt außerhalb des Aussiedlungsgebietes zum Verlust des Aufnahmeanspruchs führt. Das wollen wir noch ändern. (...) Es kann nicht sein – und das will ich ausdrücklich sagen –, dass wir deutschen Minderheiten auf der Flucht eine Schlechterstellung zumuten gegenüber denjenigen, die sich noch im Aussiedlungsgebiet befinden.“

Für die FDP sprach die Abgeordnete Sandra Bubendorfer-Licht und bezeichnete „die Geschichte der Deutschen aus Russland und der Bundesrepublik Deutschland eine Geschichte der Solidarität und Unterstützung; denn diese Menschen werden hier in Deutschland stets ein Zuhause haben“. Es sei gut, dass dies so bleibe. Petra Pau (Die Linke), ebenfalls Bundestagsvizepräsidentin, begrüßte die anstehende Änderung des BVFG als „überfällig“ und forderte, dass die Regelungen zum Thema „Gegenbekenntnis“ als nicht mehr zeitgemäß grundsätzlich zu überarbeiten seien. Nina Warken (CDU/CSU) machte deutlich, dass die Unionsfraktion stets abgestimmt mit den Verbänden vorgegangen sei. Es gelte, mit der Gesetzesänderung „einen neuen erneuten Schicksalsschlag“ zu beseitigen. Simona Koß (SPD) wiederum lobte Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Aussiedlerbeauftragte, Natalie Pawlik, für deren schnelles Handeln. Koß erklärte, ihre Fraktion sei sich der Verantwortung für die Betroffenen bewusst und werde „alles, was in unserer Macht steht, für die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler tun“. Alexander Hoffmann (CDU/CSU) charakterisierte die BVFG-Änderung als nötig, weil sich die durch das Bundesverwaltungsgerichtsurteil entstandene Vorgabe nicht mit der Lebenssituation der Betroffenen vereinbaren lasse.

Einen Eklat provozierte die AfD-Fraktion, die einen eigenen Antrag zum Thema eingebracht hatte. Der Abgeordnete Eugen Schmidt sprach der Regierung ab, sich überhaupt für die Spätaussiedler oder die deutschen Minderheiten zu interessieren. Weil er am Rednerpult entgegen dem Hausrecht des Bundestages eine Deutschlandflagge mit dem Wappen der Russlanddeutschen zeigte, erhielt er von Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU/CSU) einen Ordnungsruf. Schmidt war Anfang 2023 durch einen Auftritt im russischen Fernsehen aufgefallen, in dem er behauptet hatte, Russland sei keine Gefahr für den Rest der Welt.

(red.)

06) Die Sehnsucht nach Heimat lässt niemanden los“.

Vorsitzender des Verbandes der Deutschen in Lettland Ilze Garda hielt die Festrede bei der zentralen Gedenkveranstaltung des hessischen BdV-Landesverbandes

POLITIK

DOD 5 | 2023

„Die Sehnsucht nach Heimat lässt niemanden los“

Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland Ilze Garda hielt die Festrede

Das diesjährige Leitwort des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum Tag der Heimat „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ prägte die zentrale Gedenkveranstaltung des hessischen BdV-Landesverbandes zum landesweiten Tag der Heimat, die gemeinsam mit dem 10. Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation am Sonntag, 17. September 2023, in Schloss Biebrich begangen wurde. Die Ansprache zum Hessischen Gedenktag mit zahlreichen Ehrengästen aus der Landes- und Kommunalpolitik, den Vertriebenenverbänden, Landsmannschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen hielt Ministerpräsident Boris Rhein. Als Festrednerin zum Tag der Heimat war die Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland Ilze Garda nach Wiesbaden angereist.



Der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein.

Neben dem Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein und der Festrednerin Ilze Garda, dem Hessischen Minister des Innern und für Sport Peter Beuth, dem Hessischen Minister der Justiz Prof. Dr. Roman Poseck, dem Staatssekretär und Sprecher der Landesregierung Tobias Rösmann sowie der Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf konnte der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann zahlreiche weitere Ehrengäste begrüßen, darunter die Bundestagsabgeordnete und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Natalie Pawlik, den Bundestagsabgeordneten Ingmar Jung, die CDU-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag Ines Claus, den Vorsitzenden des Unterausschusses im Hessischen Landtag für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW) Andreas Hofmeister sowie die Landtagsabgeordneten Kathrin Anders, Katrin Schleenbecker, Gisela Stang, Robert Lambrou und Dimitri Schulz.

Ein weiterer Willkommensgruß galt dem ehemaligen Landtagspräsidenten Karl Starzacher und dem Stadtverordnetenvorsprecher der Landeshauptstadt Wiesbaden Dr. Gerhard Obermayer, der seinerseits in einem kurzen Grußwort die anwesenden Gäste in der Landeshauptstadt herzlich willkommen hieß.

Ebenso herzlich begrüßte der BdV-Landesvorsitzende auch die Wiesbadener Stadtverordneten Eleftherios Tsiridis, Nicole Röck-Knüttel und Daniel Butschan, die Vertreter von Sozialverbänden, von BdV-Nachbarverbänden sowie Angehörige landsmannschaftlicher Gruppierungen.

„Kriegsverbrechen sind eine Schande für Europa“

In seiner Begrüßungsrede erinnerte der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann an die Einführung des Hessischen Gedenktages vor zehn Jahren im Jahr 2013, um an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation zu erinnern und gleichzeitig zu Verantwortung und Versöhnung zu mahnen. Diesem Ziel fühle sich der hessische BdV zutiefst verpflichtet. Mit Blick auf den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sagte Ortmann: „Was wir als Heimatvertriebene der Erlebnisgeneration an Grausamkeit erleben mussten, wiederholt sich heute bei den Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Regionen auf dieser Erde in erschreckender Weise und fordert uns alle zu immerwährenden ernsthaften Bestrebungen zu einem friedlichen Miteinander auf.“ Bereits der Krieg im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er-Jahren und die dort verübten Kriegsverbrechen hätten deutlich gemacht, dass Krieg und Vertreibung wahrhaft Geißeln der Menschheit seien und geächtet werden müssten. „Kriegsverbrechen wie im ehemaligen Jugoslawien und jetzt in der Ukraine sind eine Schande für Europa“, so Ortmann.

Gedenken an Flucht und Vertreibung

„Knapp ein Drittel aller in Hessen lebenden Menschen hat Flucht oder Vertreibung am eigenen Leib erlebt, ist durch das Schicksal der nächsten Angehörigen betroffen oder lebt als Spätaussiedler hier. Daher bin ich stolz darauf, dass wir in Hessen seit zehn Jahren einen eigenen Gedenktag haben, der die Schicksale derjenigen Vertriebenen in den Mittelpunkt stellt, die bei uns in Hessen eine neue Heimat gefunden haben“, so Ministerpräsidenten Boris Rhein in seiner Ansprache zum 10. Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertrei-

bung und Deportation. „Der Gedenktag erinnert uns daran, dass Heimat nicht immer ein fester Ort ist, sondern oft in unseren Herzen und Erinnerungen lebt. Viele Menschen haben auf schmerzvolle Weise erfahren, wie kostbar Heimat ist und wie wichtig es ist, Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, mit Respekt und Offenheit zu begegnen. Gerade der Ukrainekrieg führt uns eindringlich vor Augen, wie grauenvoll und traumatisch Flucht und Vertreibung sein können“, sagte der Regierungschef.

In seiner Rede würdigte der Ministerpräsident zugleich die Arbeit des hessischen BdV-Landesverbandes, dem er nochmals zu seinem 70-jährigen Gründungsjubiläum in diesem Jahr gratulierte. „Mit seinen Landsmannschaften und Kreisverbänden ist der BdV Hessen seit Jahrzehnten eine feste Säule in der Erinnerungskultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in unserem Land und bewahrt das historische Erbe durch persönliches, meist ehrenamtliches Engagement – und das seit 70 Jahren. Im Namen der Hessischen Landesregierung danke ich dem BdV Hessen und allen im Verband Engagierten von Herzen für das besondere gesellschaftlich-integrative Engagement“, so Boris Rhein.

Sehnsucht nach Heimat

„Die Heimat verlassen zu müssen ist ein uraltes Trauma der Menschheit.“ Mit diesen Worten begann Ilze Garda, Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland, ihre Festrede zum Tag der Heimat. Dass die menschlichen Schicksale und die Gründe des Weggangs aus der Heimat unterschiedlich seien, zeigten schon Bezeichnungen wie „Heimatvertriebene“, „Migranten“ oder „Flüchtlinge“. Gemeinsam sei diesen Menschen jedoch die Erfahrung des Exils, der Heimatlosigkeit und des Lebens in der Fremde. „Doch unabhängig davon hat die Sehnsucht nach der Heimat wohl niemand von ihnen losgelassen“, so Garda.

In ihrer emotional bewegenden Ansprache berichtete sie über das Schicksal der Deutschbalten, über das heute in Deutschland viel zu wenig bekannt sei. So hätten infolge des „Hitler-Stalin-Pakts“ von 1939, der die baltischen Staaten an die Sowjetunion auslieferte, bereits vor Kriegsbeginn zehntausende Baltendeutsche ihre Heimat verlassen müssen. Gegen Ende des Krieges seien sie dann zu Flüchtlingen geworden, da sie aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands flüchten mussten, wo sie zuvor angesiedelt worden waren.

Im Bezug auf ihre Heimat Lettland sprach Ilze Garda auch über die im Land verbliebenen Deutschen, die nach 1945 das Schicksal der Letten teilen mussten: sowjetische Besatzung, Deportationen nach Sibirien und Russifizierung. „Deutschsein war in der Sowjetunion nichts, worauf man stolz sein konnte und durfte. Das kriegsbedingte Feindbild wurde zur Stigmatisierung – es gab eine kollektive Schuldzuschreibung. Die Pflege der deutschen Sprache und deutscher Traditionen war lange untersagt.“ Aus dieser Erfahrung heraus gebe es heute in Lettland eine große Solidarität mit der Ukraine und den von dort Geflüchteten. Zehntausende Ukrainerinnen und Ukrainer seien seit Kriegsbeginn nach Lettland gekommen. Gerade



© Hessische Staatskanzlei/Paul Müller

Ehrgäste im Biebericher Schloss: Innenminister Peter Beuth MdL, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerhard Obermayer, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, die Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland Ilze Garda, Ministerpräsident Boris Rhein, BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, BdV-Präsidiumsmitglied Milan Horáček (v.l.n.r.).

den vielen Kindern wolle man ein Gefühl der Sicherheit und ein Stück Alltag und Normalität zurückgeben. Die Schrecken der Sowjetzeit seien in Lettland in der kollektiven Erinnerung präsent. Gerade deshalb sei das Mitgefühl für die Ukraine so groß. „Lettland und Deutschland sind nicht im Krieg, aber dieser Krieg geht uns alle an“, so Ilze Garda. Abschließend richtete sie einen Appell an alle Anwesenden, aus der Vergangenheit zu lernen, die Erinnerung an das Vertreibungsschicksal zu bewahren und die deutschen Minderheiten im Ausland im Sinne der Völkerverständigung zu unterstützen.

Landesbeauftragte würdigt Arbeit des BdV

Das Schlusswort der Gedenkveranstaltung hielt die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf. In ihrer Ansprache unterstrich sie die Bedeutung des Hessischen Gedenktages, um die Erinnerung an die unzähligen Vertreibungsschicksale wachzuhalten. Die Unterstützung der Heimatvertriebenen, die Bewahrung und Pflege der Kultur der Vertreibungsgebiete sei ein wesentliches Anliegen der Hessischen Landesregierung. „Das Land Hessen übernimmt in vielerlei Hinsicht Verantwortung für die Heimatvertriebenen und unterstützt die Arbeit der Vertriebenenverbände seit vielen Jahren.“ An die Festrednerin gewandt erinnerte sie etwa an die Übernahme der Patenschaft des Landes Hessen über die Deutsch-Baltische Gesellschaft, die ihren Sitz in Darmstadt habe. Auch die Eröffnung des Schwerpunktbereichs „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: „Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen nach 1945“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen und die Freischaltung des Digitalportals „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ mit Unterstützung des Landes Hessen seien Meilensteine in der Erinnerungsarbeit. Hierfür sprach sie Ministerpräsident Boris Rhein und Innenminister Peter Beuth ihren Dank aus.

Auch allen Ehrenamtlichen in den Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaften widmete die Landesbeauftragte einen besonderen Dank für ihre jahrzehntelange Arbeit und unermüdete Treue zu ihren Verbänden. (red.)

07) Thema: Haushalt, Härtefallfonds und Spätaussiedleraufnahme. BdV-Präsident im Austausch mit SPD-Abgeordneten

POLITIK

000 5 | 2023



Für die SPD sprachen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dirk Wiese, der innenpolitische Sprecher, Sebastian Hartmann, die thematisch zuständige Berichterstatterin, Simona Koß, sowie die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin, Rita Hagl-Kehl, die auch Mitglied des BdV-Präsidiums ist. Für den BdV nahmen der Präsident, Dr. Bernd Fabritius, und der Generalsekretär, Marc-P. Halatsch, teil.

Thema: Haushalt, Härtefallfonds und Spätaussiedleraufnahme

BdV-Präsident im Austausch mit SPD-Abgeordneten

Drängende inhaltliche Anliegen und Fragen zum Entwurf des Bundeshaushalts 2024 waren Themen in einem offenen, positiven und insgesamt sehr konstruktiven Video-Termin des Bundes der Vertriebenen mit Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion am 21. September 2023. Für die SPD sprachen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dirk Wiese, der innenpolitische Sprecher, Sebastian Hartmann, die thematisch zuständige Berichterstatterin, Simona Koß, sowie die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin, Rita Hagl-Kehl, die auch Mitglied des BdV-Präsidiums ist. Seitens des BdV nahmen der Präsident, Dr. Bernd Fabritius, und der Generalsekretär, Marc-P. Halatsch, teil.

Das insbesondere wegen des Ukraine-Krieges aktuell wichtigste Thema wurde zuerst behandelt: die geplante Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) zur erleichterten Aufnahme von Spätaussiedlern. BdV-Präsident Fabritius machte nochmals deutlich, dass bei historisch vorliegenden „Gegenbekenntnissen“ dringend eine Regelung gefunden werden müsse, in der sich die damalige und die aktuelle Lebenswirklichkeit der deutschen Minderheiten widerspiegelt. Es sei gut, dass sich in der Gesetzgebung eine Lösung in dieser Richtung abzeichne. Ebenso notwendig sei es, den „Wertungswiderspruch“ zwischen einer endgültigen Wohnsitzaufgabe „im Wege des Aufnahmeverfahrens“ und einem nur vorübergehenden, fluchtbedingten Verlassen des Aussiedlungsgebietes aufzulösen, etwa mit einem Ministererlass. Selbst das vorübergehende, mit einem festen Rückkehrwunsch verbundene, fluchtbedingte Verlassen der Heimat aufgrund

der durch den Krieg erzeugten humanitären Notlage führe aktuell zum Anspruchsverlust auf Aufnahme als Spätaussiedler, wenn die zeitliche Dauer der Flucht sechs Monate überschreite. Die Betroffenen hätten damit auch nach Kriegsende und Heimkehr automatisch die Möglichkeit verloren, als Spätaussiedler nach Deutschland zu kommen. Deutlich erklärte Fabritius, dass es nicht darum gehe, die Regelungen des BVFG aufzuweichen, sondern jetzt eine Lösung im Sinne der Betroffenen zu finden, mit der sie nicht gezwungen würden, in die Kriegs- und Krisengebiete zurückzukehren.

Positiv und lösungsorientiert

Die SPD-Abgeordneten hatten zunächst die positive Botschaft mitgebracht, dass die BVFG-Änderung nach aktuellen Informationen in der nächsten Sitzungswoche auf die Tagesordnung im Deutschen Bundestag kommen solle. Man zeigte sich zuversichtlich, dass dieses Thema mit dem Änderungsentwurf der Ampelkoalition sowie in der Plenardebatte gelöst werden könne. Vorsichtiger, aber durchaus lösungsorientiert äußerte man sich zu dem vom BdV beschriebenen „Wertungswiderspruch“. Der SPD gehe es vor allem darum, an den Regelungen des BVFG festzuhalten. Man sei sich aber der Problematik bewusst und werde die Argumente des BdV sowie die umrissenen Auswege prüfen.

Zu den besprochenen Haushaltsfragen zählten etwa auch die aufgrund des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2024 zu befürchtenden Kürzungen im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), der Otto-Benecke-Stiftung

(OBS) sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Fabritius skizzierte die ebenso erprobte wie erfolgreiche Arbeit der MBE-Berater des BdV – gerade, aber nicht ausschließlich im Bereich der Spätaussiedler – und äußerte sein Unverständnis über Kürzungen in der Integrationsarbeit angesichts steigender Zuwanderung. Auch bewährte Programme zur akademischen Nachqualifizierung oder Angebote zur politischen Bildung sollten aus diesem Blickwinkel eher gestärkt werden. In der Antwort der SPD-Abgeordneten blitzte vorsichtiger Optimismus auf. Nachdem die Bundesinnenministerin Nancy Faeser schon am Vortrag im Plenum eine nochmalige Beurteilung der Haushaltsansätze und etwaige Umschichtungen angekündigt hatte, äußerten sich die Gesprächspartner aus der Fraktion im Austausch mit dem BdV ähnlich.

Abschließend wurde der Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus dem Rentenüberleitungsprozess angesprochen. Der BdV-Präsident

erklärte, es sei schon als Geste wichtig, dass dieser Fonds auf den Weg gebracht wurde, auch wenn die Umsetzung wohl mit einem nochmaligen Kompromiss zur finanziellen Ausgestaltung verbunden war. Der BdV habe sich zuletzt im Beirat mit nahezu sämtlichen Beteiligten für eine Verlängerung der Antragsfrist um sechs Monate ausgesprochen. Leider werde mit dem Fonds die vorhandene Altersarmut bzw. die Gefahr einer Ausweitung im Personenkreis jedoch nicht gelindert. Auch im Hinblick auf eine Würdigung der Lebensleistung der Aussiedler und Spätaussiedler habe der BdV bereits mehrfach sachgerechte Vorschläge zu Korrekturen des Fremdrentengesetzes (FRG) präsentiert, die mit geringem Aufwand eine positive Wirkung entfalten könnten.

„Wir wollen keine Altersarmut“, war der deutliche Kommentar der Abgeordneten zur beschriebenen Situation. Der Härtefallfonds sei ein Erfolg, dennoch wolle man gern den konstruktiven Austausch fortsetzen und auch über die Alterssicherung der Aussiedler und Spätaussiedler im Gespräch bleiben.

Aus: DOD 5 / 2023, Seiten 22-23

08) Kulturstiftung verbindet: Europäisches Friedenskonzert. Deutscher und ukrainischer Botschafter in Lettland danken für Unterstützung

KULTUR

DOD 5 | 2023

Kulturstiftung verbindet: Europäisches Friedenskonzert

Deutscher und ukrainischer Botschafter in Lettland danken für Unterstützung

Nach vier Jahren konnte vom Verband der Deutschen in Lettland erstmals wieder das Liederfest der deutschen Minderheit im Baltikum mit Chören aus Lettland, Estland und Litauen ausgerichtet werden, das mit einem „Europäischen Friedenskonzert“ in der Alten St. Gertrudkirche in Riga begangen wurde. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen unterstützte gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN nachhaltig die Wiederbelebung des Chorfestivals und des Europäischen Friedenskonzertes und konnten die hessische Staatsministerin für Bundes und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, Lucia Puttrich MdL, dafür gewinnen, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Das Bundesland Hessen verbindet mit den baltischen Staaten eine gelebte Zusammenarbeit und unterstützt seit 1990 als Patenland die Brückenfunktion der Deutsch-Baltischen Gesellschaft zum Baltikum. Aber auch insgesamt setzte das Bundesland wichtige Impulse für eine Unterstützung der deutschen Minderheiten und für eine verstärkte Zusammenarbeit dieser mit den deutschen Heimatvertriebenen. Darüber hinaus setzte sich die Kulturstiftung im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine für eine finanzielle Förderung des Freistaates Sachsen ein, um auch die Teilnahme eines Jugendchors der deutschen Minderheit aus Munkatsch/Mukatschewo (Transkarpatien) in der Ukraine zu ermöglichen.

Das Friedenskonzert bildete gleichzeitig den Auftakt eines internationalen Kolloquiums der Kulturstiftung unter dem Titel „Künstler als Brückenbauer – Vordenker hin zu einem vereinten Europa – Grenzüberschreitende Kulturvermittlung als Instrument der Völkerverständigung“, das vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert wurde. Der deutsche Botschafter in Lettland, Christian Heldt, und der ukrainische Botschafter in Lettland, Anatolii Kutsevol, nahmen persönlich am Europäischen Friedenskonzert teil und dankten in ihren Grußworten Kulturstiftung und AGDM für deren nachhaltige grenzüberschreitende Unterstützung im Zeichen der Begegnung, Zusammenarbeit und Völkerverständigung. Botschafter Kutsevol brachte seine Freude zum Ausdruck, dass auch ein ukrainischer Chor der deutschen Minderheit aus Mukatschewo am Friedenskonzert teilnimmt. Kultur trage nachhaltig zur Völkerverständigung bei. Gleichzeitig verwies er u.a. darauf, dass in Transkarpatien, so wie in den



Jugendchor der deutschen Minderheit aus Munkatsch/Mukatschewo (Transkarpatien) in der Ukraine.

© Kulturstiftung

anderen Landesteilen der Ukraine zahlreiche weitere nationale Minderheiten heimisch sind und man deren kulturelle Identität schätze und schütze. Diese Werte, nämlich der Respekt und der Schutz der kulturellen Identität und Vielfalt verbinden die Ukraine mit Europa und man verteidige auch dies gegenüber dem russischen Aggressor.

Der hessischen Staatssekretär Uwe Becker begrüßte per Videogrußwort im Namen der hessischen Landesregierung, des hessischen Ministerpräsidenten, Boris Rhein, und der hessischen Europameisterin, Lucia Puttrich, die Teilnehmer am Friedenskonzert. Der sächsischen Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler, Dr. Baumann, übermittelte die Grüße aus dem Freistaat Sachsen. Er freue sich, dass es der Kulturstiftung und den vielen Engagierten gelungen sei, dass das Konzert und die damit verbundene Tagung stattfinden können. „Kunst und Kultur pflegen und ‚machen‘ ist gemeinsames Leben, Austausch, Reichtum im Denken und Handeln“, so Dr. Baumann.

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutschen Minderheiten (AGDM) in der FUEN, Bernard Gaida, erklärte, dass die deutschen Minderheiten „eine Familie“ seien. Minderheiten leben immer mindestens in zwei Welten, die die Mehrheitsgesellschaft bereichern. Als AGDM sei man immer Brückenbauer und Heimatvertriebene und Heimatverbliebene seien zwei Seiten der gleichen Medaille, die die Geschichte getrennt hat. Daher stehe dieses Konzert als gelebtes Symbol der positiv besetzten völkerverständigende Kraft von Kultur und Kulturaustausch, denn „Wo man singt, da lass Dich nieder, denn böse Menschen kennen keine Lieder“, so Bernard Gaida. (red.)

09) OMV-Bundesdelegiertentagung: Egon Primas mit 98,5 % bestätigt

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 10./11. November 2023 in Berlin, die in diesem Jahr unter dem Leitwort „**Für Freiheit und Menschenrechte – Gegen Krieg und Vertreibung**“ steht, wurde am ersten Sitzungstag der ehemalige thüringische Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, **Egon Primas**, mit 98,5 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler gewählt. Primas ist auch **Landesvorsitzender** des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie **Vizepräsident** des Bundes der Vertriebenen (BdV).

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden gewählt: **Dr. Bernd Fabritius** (Bayern), **Rüdiger Goldmann** (NRW, regelmäßiger Autor der „Sudetenpost“!), **Albina Nazarenus-Vetter** (Hessen), **Heiko Schmelzle** (Niedersachsen) und **Christoph Zalder** (Baden-Württemberg). [Hier geht es zum ganzen OMV-Beitrag.](#)

<https://www.omv.cdu.de/artikel/egon-primas-mit-985-prozent-erneut-zum-omv-bundesvorsitzenden-gewaehlt>

Egon Primas mit 98,5 Prozent erneut zum OMV-Bundesvorsitzenden gewählt



Friedrich Merz dankt Egon Primas für die Arbeit der OMV. Primas bedankt sich für die empathische Rede des Vorsitzenden.

10.11.2023

Friedrich Merz: „OMV ist konstitutiver Teil der CDU“

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 10./11. November 2023 in Berlin, die in diesem Jahr unter dem Leitwort „Für Freiheit und Menschenrechte – Gegen Krieg und

Seite C 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Vertreibung“ steht, wurde am ersten Sitzungstag der ehemalige thüringische Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, Egon Primas, mit 98,5 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler gewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden gewählt: Dr. Bernd Fabritius (Bayern), Rüdiger Goldmann (NRW), Albina Nazarenus-Vetter (Hessen), Heiko Schmelzle (Niedersachsen) und Christoph Zalder (Baden-Württemberg).

Neuer Schatzmeister ist Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern). Als Hauptgeschäftsführer wurde Klaus Schuck (NRW) wiedergewählt.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Herta Daniel (Bayern), Klaus Hoffmann (Baden-Württemberg), Andreas Hofmeister MdL (Hessen), Werner Jostmeier (NRW), Frank Hirche (Sachsen), Keti Langrehr (Niedersachsen), Thomas Mittermeier (Bayern) und Johann Thießen (Hessen).

Neuer Mitgliederbeauftragter ist Nikolaus Poppitz (Rheinland-Pfalz).

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland sowie für Freiheit und Menschenrechte insgesamt. Besonders Augenmerk legte er dabei auf die aktuelle Lage in Israel und deren hierzulande sichtbaren Auswirkungen. Zur Arbeit der OMV erklärte Merz: „Die OMV mit ihren Mitgliedern und Zielgruppen ist ein konstitutiver Teil unserer Partei. Die deutsche Geschichte wäre weder nach 1945 noch nach 1989 so geschrieben worden, wenn wir nicht diese Gruppen mit offenen Armen und in unserer Partei aufgenommen hätten.“ Daher sei es wichtig, dass die Vereinigung ihr wichtiges Engagement für den Brückenbau in Europa fortsetzt.

Auch Egon Primas hatte in seiner Rede sehr deutlich betont, dass Freiheit und Menschenrechte „keine selbstverständlichen Güter“ seien und damit sowohl auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und den Krieg Israels gegen die Hamas als auch auf die deutsche Geschichte Bezug genommen. Darüber hinaus thematisierte er nahezu sämtliche offenen Anliegen der durch die OMV vertretenen Menschen und Gruppen. Dabei übte er deutliche Kritik an der aktuellen Bundesregierung, die in diesen Bereichen „viel zu wenig tut“. Überdies seien die jüngsten Erfolge sämtlich durch gute Oppositionspolitik – durch die OMV, die thematisch zuständige Fraktionsgruppe im Bundestag und die Fraktion insgesamt – sowie die überparteiliche Arbeit des BdV erreicht worden.

10) Situation der katholischen Kirche auf dem Westbalkan. Priestertreffen in Stuttgart-Hohenheim. Von Stefan P. Teppert

Situation der katholischen Kirche auf dem Westbalkan

Priestertreffen in Stuttgart-Hohenheim

Zu ihrem jährlichen Priestertreffen hatte die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AKVO) mit ihrem Geschäftsführer Prof. Dr. Dr. Rainer Bendel am 16. Oktober 2023 alle Priester, Diakone und am Problem der Vertreibung Interessierte ins Christkönigshaus in Hohenheim eingeladen.

Die Begegnung begann in der hauseigenen Kapelle mit einem Gottesdienst, den Dekan Matthias Koschar, Bischöflicher Beauftragter für Heimatvertriebene der Diözese Rottenburg-Stuttgart, mit den geistlichen und weltlichen Gästen feierte und ihn unter die Patronage dreier Tagesheiligen stellte: der hl. Hedwig (1174-1243), Patronin Schlesiens und der Brautleute sowie „ideale Landesmutter“ und „Vorbild im Glaubenskampf“; der burgundischen Jesus-Visionärin Margareta Maria Alacoque (1647-1690); sowie des irischen Missionars Gallus (um 550-um 640), Bärenzähmer und Patron des Bistums und der Stadt St. Gallen.

Christiana Hägele referierte über Renovabis, das Hilfswerk der römisch-katholischen Kirche in Deutschland zur Stärkung von Kirchen und Gesellschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Hägele arbeitet am Sitz von Renovabis in Freising als Referentin für Montenegro, Serbien und Slowenien sowie für die Vergabe von Stipendienprogrammen. Speziell hat sie sich mit Serbien, seiner Geschichte und Kultur vertraut gemacht, lebte ein Jahr lang in Novi Sad (Neusatz) und erlernte auch die serbische Sprache. Der Name ihrer 1993 auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken als jüngstes der großen Hilfswerke in Deutschland gegründeten Organisa-

tion, so Hägele, beziehe sich auf die Formulierung „renovabis faciem terrae“ in Psalm 104,30, „Du wirst das Antlitz der Erde erneuern.“ Renovabis sollte „eine Antwort der deutschen Katholiken auf den gesellschaftlichen und religiösen Neuanfang in den Staaten des ehemaligen Ostblocks nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme“ sein. Die Organisation unterstützt Partner in 29 Ländern Mittelosteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens einschließlich Russlands im Sinne einer Solidaritätsaktion, also Hilfe zur Selbsthilfe. Die Säulen der Arbeit von Renovabis sind einerseits die finanzielle Unterstützung und Beratung von Partnern mit ihren Projekten im Osten Europas, andererseits die Förderung von Dialog, Partnerschaft und Versöhnung von Menschen in West und Ost. Von 1993 bis heute (Stand: März 2023) gab es rund 25.800 geförderte Projekte, die bewilligte Summe betrug ca. 843 Millionen Euro. Allein im vergangenen Jahr waren es 580 geförderte Projekte mit einer Bewilligungssumme von ca. 29 Millionen Euro. Hägele zeigte Statistiken zu den jüngst geförderten Projektbereichen, die verdeutlichten, dass insbesondere soziale Aufgaben und Pastoralarbeit, aber auch die Förderung von Laienstrukturen sowie schulische und berufliche Bildung, pastorale Infrastruktur und Medienarbeit von Fördermitteln profitierten. Dabei kommen Ideen und Konzepte stets von den Partnern, lediglich in Einzelfällen schaltet sich Renovabis beratend ein. In Anpassung an die Situation in den verschiedenen Ländern verlagert sich unter dem Subsidiaritätsprinzip der Schwerpunkt des Budgets nach Osten und Südosten. Die Eigenverantwortlichkeit der Partner wird etwa durch Programmfinanzierungen gestärkt. Dass sie vor Ort bleiben, ist ein Garant für Nachhaltigkeit, ebenso wie ihr wachsendes Bewusstsein für Themen des Umweltschutzes, etwa alternative Energiegewinnung und energieeffiziente

Bauweisen. Veränderte Standards in der Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich daraus, dass Projekte daraufhin erfasst und evaluiert werden, welche Wirksamkeit und Effizienz sie entfalten konnten. Das Geld für das Gesamtaufkommen 2021 in Höhe von ca. 35 Millionen Euro oder 2022 in Höhe von ca. 41 Millionen Euro komme in erster Linie aus kirchlichen Haushaltsmitteln, weiterhin aus Spenden und Erbschaften, Mitteln der Öffentlichkeit, sonstiger Organisationen und Stiftungen, der Diözesen, des Diaspora-Kommissariats, Mess-Intentionen usw. Renovabis gibt einen detaillierten Jahresbericht und die informative Zeitschrift „OST-WEST. Europäische Perspektiven“ heraus.

Christiana Hägele ging im Anschluss auf die schwierige Lage in Serbien ein, ein Land, das 6,7 Millionen Einwohner hat, davon seien nach Selbstauskunft 2011 84,6 % serbisch-orthodox, 5 % katholisch, 3,1 % muslimisch, 1 % protestantisch und 1,1 % atheistisch. Allgemeine gesellschaftliche Herausforderungen sind vor allem Defizite in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (Korruption, Medien unter Druck), ein weitgehender Mangel an geschichtlicher Aufarbeitung, ein schwaches öffentliches Gesundheits- und Sozialwesen, ein strukturschwacher ländlicher Raum mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang (Brain Drain durch Abwanderung) und die enorme

Umweltverschmutzung. Seit 2012 ist Serbien EU-Beitrittskandidat, zugleich sucht die Regierung aber außenpolitisch und wirtschaftlich die Nähe zu Russland und China. Auch in der Bevölkerung ist die Stimmung geteilt: ein Teil wünscht die Annäherung an die EU, anderen ist vor allem die traditionelle Nähe zu Russland wichtig. Serbien habe zwar ein gutes Bildungssystem, jedoch sei in den Schulbüchern vieles relativiert dargestellt. Die Pfarreien finanzieren sich aus Mess-Intentionen und Spenden, Priesterberufungen gehen zurück. Hägele ging weiterhin auf Strukturen der katholischen Kirche in den sog. Westbalkan-Staaten mit ihren drei Bischofskonferenzen, Diözesen und Metropolien, mit der diversen ethnischen und sprachlichen Zusammensetzung der Gläubigen und des Klerus ein. Aktuelle Förderschwerpunkte von Renovabis in Serbien sind: pastorale Entwicklung; Sozial- und Bildungsprojekte; Förderung von katholischen Laienverbänden; ökumenischer Dialog; Existenzhilfen für Priester. Für die EU rückt die Frage der stärkeren Annäherung der Region wieder mehr in den Vordergrund, auch wenn die politische Situation ausweglos, die Serben (auch im Ausland) apolitisch und resigniert, die Kirchenleitungen (auch die orthodoxen) frustriert erscheinen. Die Visumsfreiheit für Serben wurde positiv aufgenommen, aber leider verspiele die EU derzeit viele Sympathien.

Stefan P. Teppert

Aus: DOD 5 / 2023, Seiten 34-35

- 11) Bedrängtes Christentum in Tschechien.
Diözesantagung der Ackermann-Gemeinde. Von Stefan P. Teppert

Bedrängtes Christentum in Tschechien

Diözesantagung der Ackermann-Gemeinde

Gerald Warmuth, Pfarrer sudetendeutscher Herkunft in Frickenhausen, begrüßte die Teilnehmer im Hotel Fortuna und umriss einleitend die Konturen der Situation des Christentums in Tschechien unter den Nazis und ab 1948, als die Kommunisten begannen, sich als direkte Feinde der katholischen Kirche zu präsentieren.

Während die neuen Herrscher die evangelische Kirche wegen des emanzipatorischen Kampfes der Husiten im 15. Jahrhundert weniger streng behandelten, wollten sie die katholische Kirche kollabieren lassen, etwa indem sie die theologische Fakultät der Katholiken von Prag nach Leitmeritz umsiedelten und sie so zu einem Priesterseminar degradierten oder in den 50er Jahren die Orden schlossen und Schwestern in die Rolle von Krankenschwestern zwangen. Die völlige Zerstörung der katholischen Kirche in Tschechien gelang jedoch allein schon wegen ihrer internationalen Verbindungen nicht. Auch die Verbannung vieler Priester in vergessene Dörfer beraubte sie zwar der gewohnten Wege der Kommunikation, aber halboffiziell und im

geheimen Modus funktionierte sie weiterhin. Zum Ende der 50er und Beginn der 60er Jahre wurde der staatliche Umgang mit der Kirche zwar etwas lockerer, doch blieb sie unter strenger Aufsicht. Die Geheimpolizei war raffiniert und ständig präsent, hörte Predigten mit, baute Drohszenarien auf, und hatte sich ein Hirte mit zu großer Offenheit hervorgetan, wurde er zur Einvernahme gebeten, versetzt oder auf andere Weise entsorgt. Erst Ende der 80er Jahre sei das korrupte System am Ende seiner Kraft angelangt. Zu gegensätzlich seien die Systeme in Ost und West gewesen, um durch Dialog versöhnt oder geheilt werden zu können.

Erstmals in deutscher Sprache analysierte und beschrieb der Osteuropa-Historiker Dr. Otfried Pustejovsky auf der Grundlage archivalischer Zeugnisse sowie vieler tschechischer und slowakischer Detailstudien den von Moskau vorgegebenen Plan zur Atheisierung Europas am Beispiel der Tschechoslowakei von 1948 bis 1998 in seinem voriges Jahr erschienenen Buch „Geheimkirche“. Die Diözesantagung sollte nun Pustejovskys Überblick exemplifizieren und konkretisieren. Diese Rolle übernahm die an der südböhmischen Universität

České Budějovice lehrende und arbeitende Theologin Dr. Lucie Kolarová durch erinnernde Rückblicke und Einordnungen. Die Wissenschaftlerin hat sich neben zahlreichen fundamentaltheologischen Themen mit dem „homo historicus“ und dem „homo religiosus“ bei dem belgischen Ordenspriester und röm.-kath. Theologen Edward Schillebeeck (1941-2009) beschäftigt.



Dr. Lucie Kolarová.

© Teppert

Sie referierte zur Situation der Kirchengemeinden sowie der Christinnen und Christen in der Zeit der Verfolgung und des Umbruchs. Aufgewachsen ist sie in einem Pfarrhaus im süd-böhmischen Kirchschlag (Světlik), wohin ihr Vater als Priester und Problemfall für Kirche und Staat strafversetzt worden war und 40 Jahre lang blieb; ein atypischer Fall, weil er und seine Familie nicht in der Geheimkirche organisiert waren. Er war ein exotischer Priester, verheiratet und offiziell nicht anerkannt, aber jeder wusste das und akzeptierte ihn und seine 15 Gemeindemitglieder, selbst das Regime sah in seinem Wirken keine Bedrohung, ließ aber über die Gottesdienste hinaus keine Gemeinschaftsbildung zu und sah es wohl auch nicht gern, dass der in kein Schema passende Seelsorger Heimwehtourismus als legitim betrachtete. Nach einigen Jahren bekam er aber ein weiteres, nicht an der Grenze liegendes Dorf als Parochie hinzu, was für ihn heilsam war, aber nichts an der finanziell prekären Situation verbesserte. Tochter Lucie spielte während der Messen die Orgel, sie schätzte die exklusive Stellung, litt aber auch unter Kontaktverboten. Ohne Aufnahmeprüfung konnte sie das Gymnasium besuchen, es mit Bestnoten abschließen und studieren.

Nach der Wende ab 1991 hatte Pfarrer Kolarová das Recht, Religionsunterricht zu erteilen und sprach die Menschen mit Erneuerungen und dramatisch erzählten biblischen Geschichten intensiv an. Zwar drängte die Kirche ihn nicht, sich zu laizisieren, wollte aber keinen Präzedenzfall zulassen und entließ den verheirateten Priester.

Zwischen offizieller und geheimer Kirche habe es Verdächtigungen und Animositäten gegeben, so die Referentin, aber auf beiden Seiten auch viele interessante Figuren. Wenngleich in der tschechischen Kirche, abgesehen von vorsichtigen Anpassungen, seit der Wende keine großen Innovationen eingetreten sind und die Kirchgänger nur zwischen 5 und 10 % der Bevölkerung ausmachen, sei die tschechische Kirche doch offener als die polnische und slowakische. Kolarová machte dennoch bestehende Probleme wie den Konservatismus an der wieder eingegliederten Prager Fakultät, das Fehlen von engagierten Laien, die Auflösung von Pfarreien in Grenznähe, den zunehmenden Abstand zwischen Stadt und Land durch die Schaffung größerer Seelsorgeeinheiten sowie das Zurück-

weichen der Ökumene vor fundamentalistischen Strömungen namhaft. Obwohl die von den Deutschen verlassenen Dörfer durch eine sozial problematische tschechische Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand und hoher Kriminalitätsrate neu besiedelt wurden, hätten sich die Unterschiede im Lauf der letzten 30 Jahre durch Zirkulation eingeebnet. Selbst in nicht touristischen Gebieten sei viel renoviert und verschönert worden, so dass die Theologin Lucie Kolarová weiterhin gern dort lebt.

Am Nachmittag berichtete Hermann Lüffe, der aus dem Rottenburger Diözesanverband im Bundesvorstand der Ackermann-Gemeinde mitarbeitet, über die Schwerpunktsetzungen der aktuellen Arbeit und die Überlegungen und Perspektiven künftiger Vorhaben. Zunächst sprach er die angespannte



Hermann Lüffe.

Personalsituation in der Bundesgeschäftsstelle an. Sie werde derzeit durch einen Prozess der Organisationsberatung verbessert. Das Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde löse sich nicht auf, sondern werde nur in den Mantel der AG überführt. Bei der Bundesvorstandssitzung in zwei Wochen, so Lüffe, dessen Tochter Johanna Bundessprecherin der „Jungen Aktion“ ist, werde es um die Frage gehen, wie das Format der Zukunft und die Stellung der AG in den einzelnen Diözesen aussehen soll, wobei aber deren Strukturen schon wegen der Fördertöpfe erhalten bleiben müssten. Für die Schlagkraft der AG sollten alle Synergien genutzt werden. Weil die Durchlässigkeit und Anbindung einzelner Gruppierungen manchmal zu schwach seien, wäre es geboten, Zuordnungen sinnvoll zu gestalten. Ohne das zentrale Element der Begegnungen – selbstverständlich auch und vor allem mit den östlichen Nachbarn – könnte sich die AG gleich selbst abschaffen. Man müsse Bewährtes wie etwa den Schüleraustausch mit Brünn oder das deutsch-tschechische Feriencamp „Plasto Fantasto“ für Kinder und Jugendliche als Zubringerveranstaltung beibehalten, aber auch aufbrechen, ideenreich und engagiert auf dem Weg bleiben.

Stefan P. Teppert

Stefan P. Teppert M.A.

Teppert studierte Philosophie, Germanistik und Geschichte und engagiert sich seither für das Erbe seiner donauschwäbischen Landsleute als Kulturreferent, Journalist und Herausgeber, berichtet aber auch über Aktivitäten der Landsmannschaften und Verbände im Vertriebenenbereich.



© Privat

12) Landestreffen der Ostpreußen, Schlesier und Pommern in NRW. Politik, Geschichte und Kultur im Gerhart-Hauptmann-Haus Von Bärbel Beutner

DOD 5 | 2023

KULTUR

Landestreffen der Ostpreußen, Schlesier und Pommern in NRW

Politik, Geschichte und Kultur im Gerhart-Hauptmann-Haus

Zum ersten Mal seit 2019 fand am 19. April 2023 wieder das NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier statt, allerdings nicht auf Schloss Burg. Wegen der Bauarbeiten dort wurde das Treffen nach Düsseldorf ins Gerhart-Hauptmann-Haus verlegt.

Die Feierstunde wurde um 11 Uhr von der Gruppe „Geigenleut“ unter Leitung von Dr. Winfried Küttner eröffnet, die die musikalische Umrahmung übernahm. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen NRW, Klaus-Arno Lemke, begrüßte die Ehrengäste, die Landsleute und die Mitwirkenden und ging auf die politische Lage ein: Krieg in Europa, der sich besonders auf das Königsberger Gebiet auswirkt. Er warf einen kritischen Blick auf die Entschädigungsforderungen der PiS und auf die sogenannte „Rückgabe“ der „Beutekunst“, um dann auf das Kant-Jahr 2024 zu verweisen. Kants Appell an die Menschen, sich in Mündigkeit ihres eigenen Verstandes zu bedienen, sowie seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ hätten heute eine besondere Aktualität erlangt.

Nach der Andacht, die Dr. Winfried Küttner hielt, und nach der Totenehrung durch den Vorsitzenden der Landsmannschaft Pommern, Adalbert Raasch, sprach Rudi Pawelka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und des BdV NRW, ein Grußwort. Seine positive Bilanz der Vertriebenenarbeit in NRW machte Mut. Er berichtete von Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten, von Veranstaltungen wie dem „Tag der neuen Heimat“ eine Woche zuvor und vom bevorstehenden Empfang zum „Tag der Heimat“ in der Staatskanzlei. Gute Kontakte bestehen zu den Ministerien und zu den Oberbürgermeistern der benachbarten Städte. „Wir sind anerkannt!“, lautete sein erfreuliches Fazit.

Adalbert Raasch (Pommern) rief in seinem Grußwort zur Ehrfurcht vor dem Erbe der Väter auf. „Heimat prägt den Menschen von innen und außen!“ Die Heimat zu bezeugen und diese Staffette weiterzugeben – das stellte er als Voraussetzung für etwas Neues in der Zukunft heraus. Den Festvortrag hielt der Historiker Dr. Guido Hitze. Er wandte sich gegen die Gleichsetzung von Flucht und Vertreibung als Synonyma. Flucht kann die verschiedensten Ursachen haben, Vertreibung bedeutet eine gezielte „ethnische Säuberung“. Heute gäbe es im öffentlichen Bewusstsein keine Unterscheidung mehr, bedauerte der Redner, „alles in einem Topf“. Zwei verbrecherische Systeme (Stalin-Diktatur und Hitler-Diktatur) hätten im



Festlich geschmückt war der Eichendorff-Saal im Gerhart-Hauptmann-Haus für das Landestreffen.

20. Jahrhundert zu einer gigantischen Völkerverschiebung mit Millionen unschuldiger Opfer geführt. Die deutschen Vertriebenen – und er sprach von „unserem Schicksal“, da er selbst aus einer Vertriebenen-Familie stammt – sehen ihr Schicksal heute in der Ukraine wiedergespiegelt.

Nach der Mittagspause folgte ein gelungenes Kulturprogramm. Die „Danzdeel Salzkotten“ unter der Leitung von Julian Lienecke trat mit einer Kindergruppe, einer Jugendgruppe, gekleidet in die „Weizsäcker Arbeitstracht“, und einer Erwachsenen-Gruppe auf. Niederdeutsche und pommersche Volkstänze wurden vorgeführt, aber eine Zigeunerpolka war auch dabei. Eine Musikgruppe und ein Chor, der u.a. ein „Pommersches Lügenlied“ vortrug, rundeten den beeindruckenden Auftritt ab. So ergab sich eine Einstimmung auf die Mundartvorträge, denn Herbert Meske beherrschte perfekt das Pommersche Platt, eine hohe Kunst heute. Bärbel Beutner führte an die Samlandküste. Badefreuden – passend zu dem heißen Augusttag – wurden mit in ostpreußischer Mundart erheitert geschildert.

Das reiche ostdeutsche Liedgut pflegt die Sängerin Dr. Petra Behrens. Von Gregor Langheid auf dem Flügel begleitet, sang sie „Ännchen von Tharau“, „Am Brunnen vor dem Tore“ und „Im schönsten Wiesengrunde“, um nur einige Titel ihres Repertoires zu nennen. Die Zuhörer dankten bewegt mit der Bitte um Zugabe und mit herzlichem Applaus. Hans-Peter Mann, der Vorsitzende der LM Schlesien und des BdV Herne, hatte „seinen“ Bläserchor „Herner Bergleute“ für den Festtag gewinnen können und moderierte dessen Programm. Das „Pommernlied“, „Land der dunklen Wälder“, „Kehr ich einst zur Heimat wieder“, das „Oberschlesierlied“ und der „Steigmarsch“ bildeten den Abschluss der musikalischen Darbietungen.

Bärbel Beutner

- keine Berichte -

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

Seite C 92

- keine Berichte -

01) Viel Propaganda und wenig Hilfe – Vertriebene in der SBZ.
Vor 75 Jahren wurde in Sachsen die Aktion „Neue Heimat - neues Leben“
durchgeführt. Von Peter Bien

KULTUR

DOD 5 | 2023

Viel Propaganda und wenig Hilfe – Vertriebene in der SBZ

Vor 75 Jahren wurde in Sachsen die Aktion „Neue Heimat – neues Leben“ durchgeführt

Am 16. Oktober 1948 fand in Berggießhübel, einer am Rande der Sächsischen Schweiz gelegenen Kleinstadt, eine Versammlung besonderer Art statt. 250 der etwa 2.000 Einwohner kamen im Gasthaus „Stern“ zusammen, um sich mit der Situation der „Umsiedler“ zu befassen. Der Bürgermeister Georg Eichler berichtete ihnen, dass in Berggießhübel bisher 525 „Umsiedler“ und 170 Ausgebombte aufgenommen worden seien. Mit Hilfe der „Volkssolidarität“ seien für die neuen Einwohner Fremdarbeiterbaracken und ein ehemaliges Lager des Reichsarbeitsdienstes ausgebaut worden.

Nachdem allen beteiligten Helfern und Betrieben gedankt worden war, erfuhren die Besucher der Versammlung, dass die ortsansässige Firma Leinbrock 30 Handwagen, 30 Kaffeemühlen und 20 Pfeffermühlen gespendet hatte – und das obwohl der Betrieb seinen Plan nur mit Mühe erfüllen konnte. Abschließend wurde zu weiteren Spenden und Sammlungen aufgerufen. Die Versammlung in Berggießhübel war Teil einer Propagandaaktion, die unter dem Motto „Neue Heimat – neues Leben“ stand, und in der Zeit vom 16. bis 24. Oktober 1948 in ganz Sachsen durchgeführt wurde. Mit dieser Kampagne sollte offiziell signalisiert werden, dass die Integration von Vertriebenen ihren Abschluss gefunden hatte. In den Jahren von 1945 bis 1948 waren in Sachsen etwa eine Million Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen worden. Ihre Verteilung und dauerhafte Ansiedlung war mit einer Vielzahl von ökonomischen und sozialen Problemen verbunden und Konflikte zwischen Einheimischen und Vertriebenen gehörten zum Alltag.

„Abteilungen für Umsiedlung“ in der SBZ

Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wurde im September 1945 in Berlin die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) gegründet. Bei den Landes- und Provinzialverwaltungen der fünf Länder der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden „Abteilungen für Umsiedlung“ eingerichtet – so auch in Sachsen. Schon im Oktober 1945 ordnete die ZVU auf sowjetischen Befehl an, dass „fortan in unserem Sprachgebrauch nur die Rede von Umsiedlern ist. Die Bezeichnung Flüchtlinge oder Ausgewiesene ist nicht mehr zu gebrauchen.“

Obwohl die Vertriebenenpolitik fast ausschließlich in kommunistischer Hand lag, war die seit dem Frühjahr 1946 bestehen-



Postkarte zur Aktion „Neue Heimat – neues Leben“.

de SED bestrebt, auch bürgerliche Kräfte an ihren vertriebenenpolitischen Entscheidungen zu beteiligen. In den „Umsiedlerausschüssen“, die in allen Gemeinden gebildet wurden, wirkten auch Vertreter der CDU und der LDPD mit. Dadurch konnte die SED ihre alleinige Zuständigkeit verschleiern und die bürgerlichen Kräfte für unpopuläre Maßnahmen verantwortlich machen.

Volkssolidarität statt Vertriebenenorganisationen

Eine wichtige Rolle spielte auch die im Herbst 1945 gegründete, kommunistisch gelenkte Hilfsorganisation „Volkssolidarität“, die zunächst nur in Sachsen und später in der ganzen SBZ tätig war. Die „Volkssolidarität“ wurde nicht zuletzt deshalb ins Leben gerufen, weil verhindert werden sollte, dass die Vertriebenen Selbsthilfeorganisationen bildeten.

Eine vorrangige Aufgabe bestand darin, den Vertriebenen Wohnungen und Arbeitsplätze zuzuweisen. Häufig nahmen

die Behörden in Sachsen Zwangseinweisungen in Wohnungen Alteingesessener vor oder sie beschlagnahmten Wohnungen. Das führte mitunter zu heftigen verbalen oder gar tätlichen Auseinandersetzungen. Vertriebene Ungarndeutsche wurden oftmals von Hauseigentümern mit den Worten „Ungarische Zigeuner kommen nicht in mein Haus!“ empfangen. Andere Vertriebene wurden als „Polacken“ oder „Sudetengauer“ beschimpft.

Auch die Versorgung mit Arbeitsplätzen funktionierte nicht ohne Reibungen, entsprach doch die berufliche Qualifikation mancher Vertriebenen nicht den Anforderungen des Industrielandes Sachsen. Zu einem wichtigen Arbeitgeber für die Vertriebenen wurde die 1947 gegründete Sowjetische Aktiengesellschaft Wismut, die Uranerz für die sowjetische Rüstungsindustrie förderte. Zum Ausbau dieses Unternehmens und des Kohlebergbaus trugen besonders Bergleute aus Schlesien bei. Aber auch ungarndeutsche Bauern, die noch vor kurzem ihre Felder bestellt hatten, mussten in die Bergwerke einfahren. Von den Vertriebenen profitierte außerdem die sächsische Textilindustrie in den Regionen um Chemnitz und Zittau.

Ab 1948 galten die Vertriebenen als integriert

Im Jahr 1948 begann die von den sowjetischen Besatzern gesteuerte SED ihre spezielle „Umsiedlerpolitik“ einzustellen. Nach Auffassung der Parteifunktionäre galten die Vertriebenen nun als integriert und sollten keine Sonderstellung mehr einnehmen. Auf Weisung der SMAD verlor die ZVU den Status einer selbstständigen Zentralverwaltung. In Sachsen wurde das der Landesregierung unterstellte Umsiedleramt abgeschafft. Stattdessen gab es nun im sächsischen Innenministerium eine Unterabteilung, welche die Bezeichnung „Bevölkerungspolitik“ führte. Der Begriff „Umsiedler“ hatte aus dem Sprachgebrauch zu verschwinden.

Das Ende der bisherigen „Umsiedlerpolitik“ sollte in Sachsen durch die Aktionswoche „Neue Heimat – neues Leben“ markiert werden, die in der Zeit vom 16. bis 24. Oktober 1948 stattfand. Diese Kampagne wurde von der sächsischen Landesregierung angeordnet, die dafür spezielle Richtlinien herausgab. Zur Vorbereitung wurden in allen Kreisen und Gemeinden Arbeitsausschüsse gebildet, denen Vertreter von SED, CDU und LDPD angehörten sowie Beauftragte der „demokratischen Organisationen“. In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden fand bereits am 10. Oktober 1948 die Auftaktveranstaltung für die Aktionswoche statt. Die Dresdner Philharmonie bot im Festsaal des Deutschen Hygiene-Museums ein Abendkonzert, bei dem Kompositionen von Albert Lortzing gespielt wurden. Schon am Vormittag des gleichen Tages hatte im Apollo-Theater Dresden-Leuben eine Matinee einer Tanz- und Gymnastikschule stattgefunden. So wie in Dresden wurden in vielen sächsischen Orten Kulturveranstaltungen für die Vertriebenen durchgeführt – aber auch „Neubürgerversammlungen“ mit politischen Vorträgen. Außerdem wurden Hausrat, Wäsche und Schuhe gesammelt, und von den



Postkarte der 1945 gegründeten Hilfsorganisation „Volkssolidarität“.

Betrieben bekamen die nunmehrigen „Neubürger“ Sonderzuteilungen.

In die Gestaltung der Aktionswoche wurden auch die beiden großen Kirchen einbezogen. Besonderes Interesse bestand an der Mitwirkung der katholischen Kirche, gehörte doch etwa die Hälfte der in Sachsen aufgenommenen Flüchtlinge und Vertriebenen dieser Kirche an. In den Nachkriegsjahren war die Zahl der katholischen Christen im Gebiet des Bistums Meißen, das den größten Teil von Sachsen umfasste, von etwa 200.000 auf 700.000 angewachsen.

„Unter Verzicht auf Herkunft und Brauch des heimatlichen Lebens“

Am 17. Oktober 1948 wurde in allen Kirchen des Bistums Meißen ein Aufruf des Caritasverbandes der Diözese verlesen. Die Gottesdienstbesucher wurden daran erinnert, dass „der Krieg und seine Folgen ... Millionen von Deutschen und Volksdeutschen auf die Straßen gezwungen“ hätten. „Diese Umsiedlung ganzer Völkerschaften“ sei „härtestes Los und Schicksal für den einzelnen Betroffenen, aber auch für das gesamte deutsche Volk“. Die Vertriebenen wurden aufgefordert, „unter Verzicht auf Herkunft und Brauch des heimatlichen Lebens in ganz neuer Weise voll Mut und Gottvertrauen in neuer Heimat neues Leben aufzubauen“. An die Einheimischen ging der Appell, die „Herzen weit für die Not“ der Vertriebenen zu öffnen und „den notleidenden Brüdern und Schwestern“ von

allem zu geben, „was über den eigenen notwendigen Lebensbedarf hinausgeht“. Trotz kirchlicher und staatlicher Appelle war der Aktionswoche „Neue Heimat – neues Leben“ wenig Erfolg beschieden. Bei den Veranstaltungen blieben viele Plätze frei und die Einheimischen zögerten, Geld und Hausrat für die Vertriebenen zu spenden. Es zeigte sich, dass von einer gelungenen Integration keine Rede sein konnte, und auch der Begriff „Umsiedler“ verschwand in der Folgezeit nicht aus dem Sprachgebrauch. In einem internen Abschlussbericht war deshalb zu lesen: „Die Einheimischen haben kein Verständnis für das Los der Umsiedler. Wunsch der Umsiedler nach Rückkehr“.

Peter Bien

Peter Bien

Peter Bien wurde 1962 als Sohn Vertriebener in Dresden geboren. Er hat Kartographie und Geodäsie studiert und im staatlichen Vermessungswesen gearbeitet. Seit 1989 hat er über 300 Beiträge zu vertriebenen-, kirchen- und regionalgeschichtlichen Themen veröffentlicht.



© P. Well

Aus: DOD 5 / 2023, Seiten 32-34

02) Ein Stück Schlesien im Westen. Der Verein Haus Schlesien begeht sein 50-jähriges Jubiläum. Von Dieter Göllner

KULTUR

DOD 5 | 2023

Ein Stück Schlesien im Westen

Der Verein Haus Schlesien begeht sein 50-jähriges Jubiläum

Nachdem Haus Schlesien in Königswinter im August zum traditionellen Stiftungs- und Sommerfest sowie zu den beliebten Musiksommer-Konzerten eingeladen hatte, stand am 15. Oktober ein weiterer Höhepunkt auf dem Programm: Die Eröffnung der Jubiläumsausstellung „50 Jahre Verein Haus Schlesien“ mit einem Festakt. Bei einem Rundgang durch die Ausstellung werden die Besucher anhand von unterschiedlichen Exponaten Meilensteine der Geschichte des Vereins, die Entwicklung des Hauses und vor allem auch zahlreiche engagierte Menschen kennenlernen, die die Belange des Hauses und des Vereins vorangetrieben haben.

Am 19. Mai 1973 – fast 30 Jahre nach der Vertreibung der Schlesier aus ihrer „alten Heimat“ – fand die Gründungsversammlung der Vereins Haus Schlesien statt. Im Herbst folgten dann die ersten Vorstandswahlen. Mit der Eintragung in das Bonner Vereinsregister am 9. November 1973 war die Vereinsgründung dann auch amtlich besiegelt.

Wunsch nach einer Begegnungsstätte

In der Satzung wurden erste Vereinsziele festgeschrieben, darunter die Sammlung und Aufbewahrung von schlesischem Kulturgut und Gegenständen der Landes- und Volkskunde sowie die Pflege von Beziehungen zu den Nachbarn Deutschlands, insbesondere durch Begegnungen von jungen Menschen verschiedener Volkszugehörigkeit.

Die Idee, eine Begegnungsstätte zu schaffen, entstand aus dem Wunsch nach einem „Stück Schlesien im Westen“. Über Spendenbriefe sowie mit der gezielten Ansprache von Prominenten und mit der Ausgabe von Wertscheinen – die auf der Rückseite jeweils mit einer bekannten schlesischen Persönlichkeit bedruckt waren – hat man die dringend benötigten Geldmittel zusammengetragen.

Eine Idee sucht ein Zuhause

Silke Findeisen, langjährige Mitarbeiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde (DIZ) von Haus Schlesien, beschäftigte sich intensiv mit der Geschichte des Vereins. In einem Aufsatz mit dem Titel „Teil 1: Eine Idee sucht ein Zuhause – von der Vereinsgründung bis zum Kauf des alten Fronhofes“ erläutert sie einige Fragen, für die die Gründungsmitglieder und die Freunde Schlesiens dringend Antworten brauchten.



Eine alte Archivaufnahme von Haus Schlesien.

Es ging vor allem um die Fragen, wie das künftige Haus Schlesien aussehen, wo es beheimatet sein und was es leisten sollte. Silke Findeisen beschreibt den Weg, der letztendlich zur Wahl des passenden Gebäudekomplexes in Heisterbacherrott führte: „Antworten auf diese Fragen zu finden, war insbesondere in Hinblick auf die Gewinnung von Mitgliedern und weiteren Förderern ein wichtiger Aspekt. Bald kristallisierte sich die Meinung heraus, dass eine Immobilie in der Nähe der Bundeshauptstadt Bonn zu bevorzugen sei, da die Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern und die vergleichsweise zentrale Lage ein unbedingter Standortvorteil sein würde. Zudem neigt die Mehrheit dazu, einen Altbau zu erwerben.“

Nachdem u. a. die Kommende in Bonn-Ramersdorf, zwei Objekte in Bonn-Beuel sowie ein Klostergebäude auf dem Bonner Venusberg in Betracht gezogen, aber als nicht geeignet verworfen worden waren, wurden im Jahr 1977 Gespräche mit der Stadt Königswinter aufgenommen. Es standen damals drei Objekte im Stadtgebiet Königswinter zur Auswahl: der Düsseldorfer Hof in Königswinter selbst, nahe des Rheinuferes gelegen, das Eisenbahner Erholungsheim in Niederdollendorf und der ehemalige Fronhof in Heisterbacherrott. Nach eingehender Prüfung fiel die Wahl auf Letzteren.“

Der Wunschtraum ist in Erfüllung gegangen

Der Gutshof hatte bis zur Säkularisation (1803) zum rechtsrheinischen Kloster Schwarzrheindorf gehört, es folgten mehrere Besitzerwechsel bis im Jahre 1972 die Stadt Königswinter den Hof mit dem Ziel erwarb, das Ackerland als Bauland zu veräußern. Der Kauf der heruntergekommenen Anlage war sowohl von Seiten des Vereins, als auch des Patenlandes Niedersachsen und der Königswinterer Ratsfraktion umstritten und es gab starke Vorbehalte.



Haus Schlesien wie es heute aussieht (rechtes Bild) und ein Eindruck vom Festakt, an dem rund 130 Personen teilnahmen (linkes Bild).

Der Verein erwarb im Juni 1978 die vierflügelige Hofanlage mit dem 12.000 m² großen Grundstück. Im damaligen Rundbrief der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Schlesien war zu lesen: „Der Wunschtraum der Schlesier ist in Erfüllung gegangen: Wir besitzen als gemeinsames Eigentum ein Stück deutschen Landes mit Gebäuden, die einem ansehnlichen schlesischen Gutshof zugehören könnten.“ Der Begeisterung folgte aber bald die Ernüchterung.

Trotzdem haben die Mitglieder, Freunde und Förderer es geschafft, mit viel ehrenamtlichem Engagement und zahlreichen Spenden, innerhalb von drei Jahren das Haupthaus herzurichten und die Begegnungsstätte Haus Schlesien im Beisein von rund 1000 Gästen aus dem ganzen Bundesgebiet feierlich zu eröffnen.

„Schaufenster Schlesien“

Nach der Renovierung des Haupthauses folgten weitere Bauabschnitte, darunter der Ausbau der einstigen Stallungen, der Um- und Ausbau der Wirtschaftsgebäude und der Scheune. Silke Findeisen skizziert einige Entwicklungs-Etappen: „Mitten im Siebengebirge entstand ein ‚Schaufenster Schlesien‘, das sich nach und nach zu einem landeskundlichen Museum entwickelte, das seit den späten 1980er Jahren auch eine Förderung durch den Bund erhielt und sich damit zu einem wichtigen ‚zweiten Standbein‘ der Einrichtung entwickelte. Auch wenn die ursprünglich an das Haus gestellten Anforderungen und Wünsche zu Beginn der 1990er Jahre damit erfüllt zu sein schienen, hat sich Haus Schlesien in den folgenden Jahrzehnten stetig weiterentwickelt.“

Fazit: Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrot ist

heute eine anerkannte Begegnungsstätte, in der schlesisches Kulturgut bewahrt, die Erinnerung wachgehalten und Wissen über die Region vermittelt wird. In jüngster Zeit wurden neue Veranstaltungsformate entwickelt, die Dauerausstellung wurde umgestaltet und den modernen Anforderungen angepasst und vor allem wurden die Beziehungen zu Institutionen in der Region sowie im In- und Ausland weiter ausgebaut.

Festakt und Ausstellung zum Jubiläum

Rund 130 Personen nahmen am Festakt anlässlich des 50-jährigen Vereinsjubiläums und der Eröffnung der Jubiläumsausstellung unter dem Motto „Fifty – Fifty“ im Haus Schlesien teil. Die Veranstalter wählten anstelle der traditionellen Grußworte diesmal das Format einer Gesprächsrunde mit Gästen, die dem Haus nahestehen und jahrelang mit ihm verbunden sind. Die Moderation der Gesprächsrunde übernahm Nicola Remig, Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums im Haus Schlesien. Für die musikalische Umrahmung konnte die Jugendband der Musikschule Königswinter unter Leitung von Michael Gesell gewonnen werden.

Den Anfang machte Adrian Sobek, Vizepräsident des Vereins Haus Schlesien, der über die Anfänge der verständigungspolitischen Seminarreihe „Schlesische Begegnungen“ in 1996 berichtete.

Jonathan Grunwald MdL erzählte über seine schlesischen Wurzeln und hob die hohe Bedeutung des Hauses als außerschulischer Lern- und Begegnungsort für die historisch-politische Bildungs- und Jugendarbeit und für die europäische Verständigung hervor.

Dr. Vasco Kretschmann vom Volksbund e.V. betonte, dass Orte wie Haus Schlesien wichtig für historisch-politische Bildungsmaßnahmen seien.

Die Historikerin Dr. Inge Steinsträßer aus Bonn, die seit vielen Jahren mit dem Haus und mit der Veranstaltungsreihe „Schlesische Begegnungen“ eng verbunden ist, erklärte, wie wichtig und schwierig es sei, junge Leute für Geschichte zu begeistern. Silke Findeisen, die Kuratorin der Jubiläumsausstellung, rundete mit ihren Erinnerungen an 25 Jahre Zugehörigkeit zum Haus Schlesien die Gesprächsrunde ab.

Dieter Göllner

HAUS SCHLESINIEN

Dollendorfer Str. 412, 53639 Königswinter
+49(0)2244 886 0, info@hausschlesien.de

Öffnungszeiten Museum

Mittwoch - Freitag 10-17 Uhr
Samstag, Sonntag, Feiertage 11-18 Uhr

03) Christa Sammler: Mädchen mit dem Apfel.

Wie die schlesische Bildhauerin Christa Sammler mit einer Skulptur berühmt wurde. Von Peter Pragal

DDO 5 | 2023

KULTUR

Christa Sammler: Mädchen mit Apfel

Wie die schlesische Bildhauerin Christa Sammler mit einer Skulptur berühmt wurde

Im Berliner Nibelungenpark liegt eine junge Frau auf der Wiese. Ihr Körper ist halbaufgestützt. In der linken Hand hält sie einen Apfel, den sie gerade zum Mund führt. Mit dem rechten Arm drückt sie sich seitlich vom Boden ab. Das linke Knie ist leicht aufgerichtet, die Füße locker übereinander gekreuzt. Die barfüßige Frau trägt ein leichtes Sommerkleid. Sie rührt sich nicht. Das kann sie auch nicht. Denn sie ist aus Bronze.

Die lebensgroße Figur, als Zweitguss auf eine flache Steinplatte gebettet, ist die wohl bekannteste Skulptur der Bildhauerin Christa Sammler, eine Arbeit, die sie berühmt gemacht hat. Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entstanden, wanderte die formschöne Sitzfigur als „Mädchen mit Apfel“ durch zahlreiche Ausstellungen und ist als eines der Hauptwerke der Künstlerin in Museen wie in der Skulpturensammlung des Dresdner Albertinums, im Kulturpark Gera und in den Barlach Gedenkstätten Güstrow zu betrachten. Über Jahrzehnte hat die aus Breslau stammende Künstlerin das bildhauerische Schaffen in der DDR geprägt. Ihr reichhaltiges Werk umfasst Bronzeplastiken, Tonmodelle, Reliefs unterschiedlichster Formate, Keramik und auch Zeichnungen. 1988 verlieh ihr die Ost-Berliner Akademie der Künste den renommierten Käthe-Kollwitz-Preis. Ihr Schaffen, so hieß es in der Begründung, zeichne sich durch Ursprünglichkeit und klare, harmonische Formen aus. Auch ließen ihre zahlreichen Arbeiten „einen immer stärker werdenden Bezug zum Berliner Klassizismus und zur griechischen Antike erkennen.“

Kindheit und Jugend

Als Christa Sammler am 23. Dezember 1932 geboren wurde, galt sie als uneheliches Kind. Der Vater, Chef einer Autofirma, hat die Tochter verleugnet und sich um seine Pflichten gedrückt. „Er war nicht vorhanden“, sagt sie heute. Die Mutter litt unter Schizophrenie, verbrachte viel Zeit in Sanatorien und war nicht in der Lage, das einzige Kind ausreichend zu betreuen und zu erziehen. Trotzdem schildert die inzwischen Neunzigjährige ihre frühe Kindheit als glücklich und liebevoll. Breslau nennt sie bis heute „meine geliebte Heimatstadt.“ Ihre Tante, eine geschiedene Ärztin, hatte sie in ihre Wohnung in der Breslauer Schweidnitzer Straße zu sich genommen. Das Kind wuchs in einer, wie die Seniorin heute sagt, „kulturvoll, bürgerlichen Familie“ auf, umsorgt vom Hausmädchen Hilde, dem „Engel“ des Haushalts.



Christa Sammler: Ein halbaufgestütztes liegendes Mädchen, in der linken Hand einen Apfel haltend, den sie gerade zum Mund führt. Mit dem rechten Arm stützt sie sich seitlich auf dem Boden ab. Das linke Knie ist leicht aufgestellt, die Füße locker übereinander gekreuzt. Bekleidet ist die barfüßige junge Frau mit einem leichten Sommerkleid.

Christa Sammler besuchte bereits die Oberschule, als der Krieg immer näher kam und die Rote Armee sich anschickte, die Stadt einzukesseln. Mit einem der letzten Züge gelang es der Tante, mit ihrer eigenen Tochter, der Nichte Christa und dem Hausmädchen die Stadt zu verlassen. Über Dresden kamen sie in die sächsische Kleinstadt Meerane bei Zwickau. Dort lebten die Großeltern und inzwischen auch Christas kranke Mutter. Der Opa war evangelischer Pfarrer, aber ein Anhänger der antisemitischen und NS-nahen Deutschen Christen. Sammler: „Der glaubte immer noch an den Endsieg.“ Das führte zum Konflikt mit der Tante, die als Ärztin mit menschenfreundlicher Grundhaltung auch jüdische Patienten betreut hatte und - wie Christa Sammler sagt - „Hitler hasste.“ Als sich eine Gelegenheit bot, in Bautzen eine freie Arztstelle zu übernehmen, nutzte sie die Gelegenheiten und zog in die sächsische Kreisstadt. Das Mädchen Christa ging mit.

Den Grundstein für Sammlers spätere Karriere legte der Maler Alfred Herzog, ein Patient der Ärztin. Als diese ihn bat, ihre künstlerisch talentierte Nichte privat zu unterweisen, willigte er ein. „Das war ein Glücksfall“, sagt Christa Sammler. Drei Jahre lang ließ sie sich von ihm in die Zeichenkunst einführen. „Das war eine wunderbare Grundausbildung.“ Er habe sie sehen gelehrt. Und das sei das Fundament des künstlerischen Tuns. Im Jahr 1951 legte Sammler ihr Abitur ab und bewarb sich um ein Studium an der Hochschule für bildende Kunst in Dresden. Gewöhnlich hatten es Menschen aus bürgerlichen

© Pragal

Familien im SED-Staat schwer, einen Studienplatz zu bekommen. Arbeiterkinder wurden bevorzugt. Ihr wurde jedoch eine „Sonderbegabung Kunst“ zugeschrieben, der ihr die Türen zur Hochschule öffnete. Dort wählte sie die Bildhauer-Klasse. Mit der geforderten politischen Konformität tat sie sich schwer. Als sie aufgefordert wurde, in die Gesellschaft für Sport und Technik einzutreten, lehnte sie ab. Stattdessen machte sie einen freiwilligen Sanitätsdienst. Und als sie einmal mit ihrem lockeren Mundwerk SED-Genossen mit Blick auf ihr Parteiabzeichen „Bonbon-Träger“ nannte, wurde ihr das Studiengeld gestrichen. Nachdem einer ihrer Professoren für sie ein gutes Wort einlegte, wurde die Strafe wieder aufgehoben.

Meisterschülerin von Gustav Seitz

Nach dem mit einer Diplomarbeit über Käthe Kollwitz abgeschlossenen Studium kam Sammler 1956 als Meisterschülerin von Gustav Seitz an die Akademie der Künste in Ost-Berlin. Der gebürtige Mannheimer war ein herausragender Lehrer mit einer ungewöhnlichen, gesamtdeutschen Vita. 1946, ein Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg, hatte Seitz einen Lehrauftrag für plastisches Gestalten an der im Westsektor gelegenen TU Berlin erhalten. Ein Jahr später wurde er Professor für Bildhauerei an der Hochschule für bildende Künste in Berlin Charlottenburg.

Im Jahr 1949 bekam Seitz für ein von ihm gefertigtes und in der sächsischen Stadt Weißwasser aufgestelltes Mahnmal für die Opfer des Faschismus einen DDR-Kunstpries, den er auch annahm. Als er 1950, mitten im Kalten Krieg, auch noch als führendes Mitglied an der Gründung der Akademie der Künste zu Berlin (Ost) mitwirkte, setzten ihn seine West-Berliner Arbeitgeber vor die Tür. Seitz wechselte in den Ostsektor und übernahm an der Kunstakademie eine Professur für Bildhauerei. Dort blieb der Schöpfer des auf dem gleichnamigen Platz stehenden Käthe-Kollwitz-Denkmal acht Jahre. Dann trat er aus der Akademie aus und zog nach Hamburg, wo er - als Fachmann, Künstler und mehrfacher Preisträger hoch geschätzt - an der dortigen Kunstakademie noch etliche Jahre als Professor wirkte.

Freischaffende Bildhauerin

Von ihrem Akademiemeister hervorragend ausgebildet, begann Christa Sammler 1958 ihr Leben als freischaffende Bildhauerin. Es dauerte bis 1994. Sie wurde Mitglied im Verband bildender Künstler der DDR, bezog ein kleines Atelier im von kritischen Geistern geschätzten Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg und begann ihre erste größere Arbeit, einen vom Staat bezahlten Überbrückungsauftrag. Der sollte den Absolventen ihren Start ins Berufsleben erleichtern. Die von der DDR-Regierung praktizierte Förderung der Künstler durch gezielte Aufträge staatlicher Einrichtungen sowie mittels eines Kulturfonds

hält Christa Sammler noch heute für sinnvoll. Es habe - anders als nach der Vereinigung Deutschlands - ein Arbeiten ohne Existenzangst ermöglicht.

„Bei meiner Arbeit gehe ich von Erlebnissen aus“, hat Sammler in einem Katalog über ihre Arbeitsweise geschrieben. „Sie kommen aus vielen Quellen. Es kann ein Foto sein, die Natur, der Leib, Gegenstände, die Mythologie.“ Das Vergangene, Entschwundene beschäftigt sie oft in Gedanken und Überlegungen. Das zeigt sich beispielhaft an Arbeiten wie den

Bronze-Tafeln zur Ehrung von Heinrich Schliemann oder auch bei dem an den Trojanischen Krieg erinnernden Polyesterrelief „Totenkopf im Helm“. Zu verstehen als Sinnbild für der Menschen Kriegslust sowie für Gewalt und Tod.

„Ich liebe die frühgriechische Kunst um ihrer ursprünglichen Kraft, Heiterkeit und Schönheit willen“, hat Christa Sammler bekannt. Deshalb ist sie mehrfach nach Griechenland gereist, aber auch in viele andere Staaten. Die Zahl ihrer Ausstellungen - einzeln und mit Beteiligung anderer Künstler - ist beeindruckend. Ihre Arbeiten wurden nicht nur in zahlreichen Städten der DDR gezeigt, sondern auch

in der Bundesrepublik Deutschland sowie in Belgien, Italien, Polen und Ungarn.

Fehlentwicklungen im Städtebaus Thema

Mit dem Ende der DDR änderte sich auch Christa Sammlers Leben. Aufträge wurden rar und manche Arbeiten landeten in Magazinen. Die Bildhauerin suchte sich eine neue Aufgabe. Sie wurde Mitglied im „Künstlersonderbund“, einer 1990 gegründete Abspaltung des Deutschen Künstlerbundes, in dem sich vor allem gegenständlich-figürlich arbeitende Mitglieder nicht mehr angemessen vertreten fühlten. Die Sonderbündler hatten sich zur Aufgabe gesetzt, dem Realismus der Gegenwart als Teil der künstlerischen Moderne mehr Aufmerksamkeit und Wirksamkeit zu verschaffen. Darüber hinaus befasste sich Sammler im Auftrag der Gesellschaft Historisches Berlin publizistisch mit Fehlentwicklungen im Städtebau. Nachdrücklich setzte sie sich für den Erhalt historischer Bauwerke ein. Einer ihrer Beiträge hatte den Titel: „Über den Verfall unserer Städte.“

Irgendwann merkte Christa Sammler, dass ihre Atelier-Wohnung zu klein war, um die Fülle der gesammelten Fayencen, Stillleben, Tonfiguren und Zeichnungen unterzubringen. Sie bat den Archäologen Max Kunze um Rat. Den kannte sie aus der Zeit, als er Direktor der Antikensammlung der Staatlichen Berliner Museen war. Seit 1990 steht er an der Spitze der länderübergreifenden Winkelmann-Gesellschaft. Kunze bot ihr an, ihre Arbeiten ins Winkelmann-Museum in Stendal, dem Geburtsort des Begründers der klassischen Archäologie als



Christa Sammler im Jahr 2016.

DOD 5 | 2023



Die Skulptur „Mädchen mit Ball“ von Christa Sammler aus dem Jahr 1965 steht im Stadtpark in Berlin-Lichtenberg.

kunsthistorische Wissenschaft, aufzunehmen. Sammler nahm die Offerte gern an und übereignete ihren gesamten künstlerischen Nachlass der Winckelmann-Gesellschaft. Seit 2018 wird in zwei Räumen der „Mäzenaten“-Abteilung des Museums eine Auswahl ihrer plastischen wie zeichnerischen Arbeiten gezeigt.

Öffentliche Aufmerksamkeit

Seit mehr als zehn Jahren lebt Christa Sammler in einem Berliner Seniorenheim. Ein Tisch in ihrer Wohnung ist immer noch voll mit Arbeitsmaterial. An einem August-Tag dieses Jahres wurde sie nach telefonischer Ankündigung von einem Fernseh-Team des Rundfunks Berlin Brandenburg (rbb) abgeholt und zum Nibelungen-Park gefahren. Vor laufender Kamera stand sie vor ihrem „Mädchen mit Apfel“, „Das Wetter war saumäßig“, erinnert sich Christa Sammler. „Viel gesprochen haben wir nicht. Sie haben mir ein paar Fragen gestellt. Was die mir vorgaben, habe ich getan.“ Der Beitrag zum Thema „Fehlentwicklungen im Städtebau“ wurde in der rbb-Abendschau gesendet.

Am nächsten Morgen wurde Christa Sammler an der Rezeption mit Jubel der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen begrüßt. Die hatten allesamt den TV-Beitrag gesehen. Der Chef des Heimes hatte ihn aufgenommen und spielte ihn nun der überraschten Bewohnerin vor. Sie habe gar nicht gewusst, wie viele Menschen die abendliche Sendung verfolgt haben, sagt Christa Sammler. „Und wie die sich alle gefreut haben. Das war rührend.“

Peter Pragal